

SÄCHSISCHE HEIMAT BLÄTTER 1 2017

Zeitschrift für
Sächsische
Geschichte,
Landeskunde,
Natur und Umwelt
63. Jahrgang
Heft 1/2017
8,50 €



Ist Sachsen anders?



Lars-Arne Dannenberg, Matthias Donath, Werner Rellecke Ist Sachsen anders?	1
<hr/>	
Alexandra Gerlach Vom Musterschüler zum Unhold. Beobachtungen aus Sachsen	5
<hr/>	
Konstantin Hermann Vom Irrweg einer Nation? Historische Hintergründe sächsischer Besonderheiten	11
<hr/>	
André Thieme Ist Sachsen anders? Eine historische Bestandsaufnahme	16
<hr/>	
Antje Hermenau Das Geheimnis des Sachsenstolzes. Warum der „Nachbau West“ zu Ende geht	22
<hr/>	
Jens Baumann Anders	28
<hr/>	
Werner J. Patzelt Ein gescheiterter Staat? Sächsische Besonderheiten	39
<hr/>	
Anton Sterbling Das deutsche Missverständnis um den Freistaat Sachsen. Kritische Reflexionen und Er widerungen auf die Polemiken gegen die sächsischen Bürger	46
<hr/>	
Hans Joachim Meyer Vom Wert sächsischen Selbstbewusstseins. Und dessen Gefahren	52
<hr/>	
Astrid Lorenz Im Klammergriff struktureller Faktoren? Die politische Kultur in Sachsen im europäischen Vergleich	58
<hr/>	
André Brodocz, Stefanie Hammer Gegen-Demokratie auf Sächsisch	65
<hr/>	
Lenz Jacobsen Ein Volk, ein Wille? Legitimationsprobleme der Demokratie in Sachsen	70

Ist Sachsen anders?

Sind die Sachsen anfällig für neonazistische, radikale oder rechtspopulistische Bewegungen? Wer die Medien in den letzten beiden Jahren verfolgt hat, der kann den Eindruck gewinnen, als sei Sachsen ein „Reich der Finsternis“, das sich scharf vom Rest der Bundesrepublik abhebe. Die Entstehung von PEGIDA¹ und die Proteste gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ließen das größte mitteldeutsche Bundesland nicht mehr als „Musterschüler“ des Aufbaus Ost erscheinen, sondern als „Vorort zur Hölle des Vierten Reichs“.² So stellte Stefan Schirmer in der überregionalen Wochenzeitung „Die Zeit“ in seinem Kommentar am 20. August 2015 fest, dass Sachsen an einem Demokratiedefizit leide: „Seit Monaten ist Sachsen das unsympathischste deutsche Bundesland; es macht Schlagzeilen mit Pegida, Rechtsextremismus und Übergriffen auf Flüchtlinge. [...] Ob in Freital, Meißen, Freiberg, Hoyerswerda oder Böhlen – überall schlägt Ausländerhass in Gewalt um. [...] Studien zeigen bei den vier Millionen Sachsen weniger Zustimmung zu Prinzipien von Demokratie und Toleranz als üblich unter Deutschen.“³ Die negative Berichterstattung über Sachsen, die inzwischen mit dem deutsch-englischen Begriff „Sachsen-Bashing“ versehen wurde, erreichte im Oktober 2016 einen Höhepunkt, als das Magazin „Stern“ in seiner Titelgeschichte einen „Report über das dunkelste Bundesland“ veröffentlichte.⁴ Auf dem Titel war unter einer braunrot umfärbten Dresdner Semperoper „Sachsen, ein Trauerspiel“ zu lesen. „Und alle Sachsen wären pausenlos damit beschäftigt, Asylheime anzuzünden oder wenigstens innerlich Beifall zu klatschen“, fasste Uwe Schneider den Tenor des Beitrags zusammen.⁵ Nach dem Selbstmord des mutmaßlichen Terroristen Jaber Al-Bakr in der Leipziger Justizvollzugsanstalt verstiegen sich Kommentatoren sogar dazu, Sachsen als „failed state“ zu bezeichnen.⁶ Sie rückten das Land damit in die Nähe von Somalia, Afghanistan oder Libyen, wo vielerorts staatliche Strukturen zusammengebrochen sind. „Diagnose: Staatsversagen, Bananenrepublik, typisch Sachsen eben“, fasste Andreas Roth in der evangelischen Wochenzeitung „Der Sonntag“ die mediale Erregung zusammen. Er kritisierte: „Die Wucht aber und die Pauschalierung der Urteile sprechen eine Sprache, die die Kritiker eigentlich den Sachsen

vorhalten: getönt von Vorurteilen, der Unlust zu Differenzieren und von der Lust am Verdammten. Man könnte es auch Sächsisismus nennen.“⁷

Bei aller journalistischen Zuspitzung, die erlaubt ist, muss man sich fragen, ob Sachsen denn wirklich einen extremen Sonderfall in der politischen und sozialen Landkarte der Bundesrepublik Deutschland bildet. Natürlich fällt auf, dass einige gesellschaftliche und politische Veränderungen, die ganz Deutschland betreffen, in Sachsen einen stärkeren Widerhall gefunden haben. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) sind zuerst in Dresden auf die Straße gegangen. Nur dort hat sich eine dauerhafte Protestbewegung etablieren können, während die PEGIDA-Ableger andernorts rasch wieder eingingen. Für Sachsen lässt sich eine statistische Häufung von Übergriffen auf Flüchtlinge feststellen. Die Medien machten dies vor allem an dem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bautzen, Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Clausnitz bei Rechenberg-Bienenmühle und einen Brandanschlag auf eine Dresdner Moschee fest. Allerdings führt das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen die Statistik der links- und rechtsextremen Straftaten an.⁸ Die Alternative für Deutschland (AfD), deren Bundesvorsitzende Frau Petry in Sachsen lebt und auch Vorsitzende des sächsischen Landesverbands ist, erreichte bei der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 mit 9,7 Prozent ihr bis dahin bundesweit stärkstes Ergebnis. Beeinflusst durch die Flüchtlingskrise, stimmten am 24. März 2016 24,3 Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt für die AfD. Ihre höchsten Stimmanteile erzielte die Partei in den südlichen, am stärksten industrialisierten Gebieten Sachsens-Anhalts, wo sie auch mehrere Direktmandate gewann. Freilich ist die AfD kein genuin sächsisches Phänomen, was die Stimmanteile bei anderen Landtagswahlen und die bundesweiten Umfragen belegen.

In der medialen Berichterstattung war schnell ausgemacht, dass PEGIDA & Co. nur „in dem kleinen Bundesland am äußersten rechten Rand“⁹ entstehen konnten. Für „Die Zeit“ etwa stand fest: „Inzwischen ist klar, dass die Bewegung in erster Linie ein sächsisches Phänomen ist.“¹⁰ Hier knüpfte man an schon länger bestehende Denkmuster an. So hatte eini-

- 1 Neue Veröffentlichungen zu PEGIDA: Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivildienstgesellschaft. Bielefeld 2015; Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Heidelberg 2016; Werner J. Patzelt/Jürgen Klose: PEGIDA. Warnsignale aus Dresden. Dresden 2016.
- 2 So die Formulierung im Kommentar der Journalisten Uwe Schneider: Geht der Stern mit diesem Sachsen-Bashing zu weit?, vgl. <https://www.tag24.de/nachrichten/stern-titel-sachsen-trauerspiel-fremdenhass-justizskandal-174417> (letzter Zugriff 5.1.2017).
- 3 Stefan Schirmer: Dann geht doch! Hass, Extremismus und Abschottung in Sachsen. Ist es Zeit für einen Säxit?, Zeit Nr. 34/2015 vom 20.8.2015, vgl. <http://www.zeit.de/2015/34/sachsen-austritt-bundesrepublik-rechtsextremismus-pegida> (letzter Zugriff 5.1.2017).
- 4 stern Nr. 43/2016 vom 20.10.2016.
- 5 Wie Anm. 2.
- 6 Jakob Augstein auf Twitter am 14.10.2016: <https://twitter.com/augstein/status/786311007916462080>; und Florian Gathmann in Spiegel Online ebenfalls am 14.10.2016: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jaber-al-bakr-suizid-in-sachsen-failed-freistaat-kommentar-a-1116399.html>, vgl. auch Beitrag von André Thieme in diesem Heft.
- 7 Andreas Roth: Nennen wir es Sächsisismus, Der Sonntag Nr. 43/2016 vom 23.10.2016.
- 8 Vgl. dazu den Beitrag von André Brodocz und Stefanie Hammer in diesem Heft.
- 9 Walter Willenweber: Sachsen, ein Trauerspiel, in: stern Nr. 43/2016 vom 20.10.2016.
- 10 Siehe Anm. 3.

- 11 Sächsische Zeitung vom 30.4./1.5.2016, Magazin, S. 2.
- 12 Christian Bangel/Lenz Jacobsen/Andrea Hanna Hüniger: Ein ganz besonderes Volk, Zeit online vom 3.10.2016, <http://www.zeit.de/feature/sachsen-rechts-extremismus-npd-pegida-spaltung-einheitsfeier> (letzter Zugriff 5.1.2017).

ge Jahre zuvor der Berliner SPD-Politiker Wolfgang Thierse im Hinblick auf die Ermittlungen der Dresdner Staatsanwaltschaft gegen Demonstranten, die mit Straßenblockaden gegen „Neonaziaufmärsche“ protestierten, von „sächsischen Verhältnissen“ gesprochen. Er meinte damit, dass in Sachsen bestimmte „Verhältnisse“ herrschten, die vom Konsens in der Bundesrepublik Deutschland abwichen. Man verharmlose die Gefahren des Rechtsextremismus und gehe zu wenig gegen die NPD vor, die von 2004 bis 2014 im sächsischen Landtag vertreten war und in Sachsen stabile Strukturen aufgebaut zu haben schien. Das Gefühl, dass Sachsen anders sei, verbreiteten aber auch die Demonstranten, die sich zu den „Montagsspaziergängen“ der PEGIDA trafen. So rief Tatjana Festerling, damals noch Frontfrau von PEGIDA, am 12. Oktober 2015, passend zur Forderung des „Zeit“-Journalisten Stefan Schirmer, zum „Säxit“ auf, das heißt zum Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik Deutschland, was wiederum für mediale Aufregung sorgte.

Die These, dass Sachsen anders sei und hier bestimmte Verhältnisse herrschten, die Zustimmung zu Rechtspopulismus oder gar zur Gewaltanwendung begünstigten, wurde vornehmlich in der (Tages-)Presse unreflektiert aufgegriffen. Sogleich suchten die Medien nach Erklärungen für die „sächsischen Verhältnisse“. Diese Erklärungsversuche beruhten in aller Regel auf Hypothesen, Stimmungen und Gefühlen und entbehrten ernsthafter Auseinandersetzung. Ein Beispiel dafür ist etwa das Interview mit dem Schauspieler Jan Josef Liefers in der „Sächsischen Zeitung“

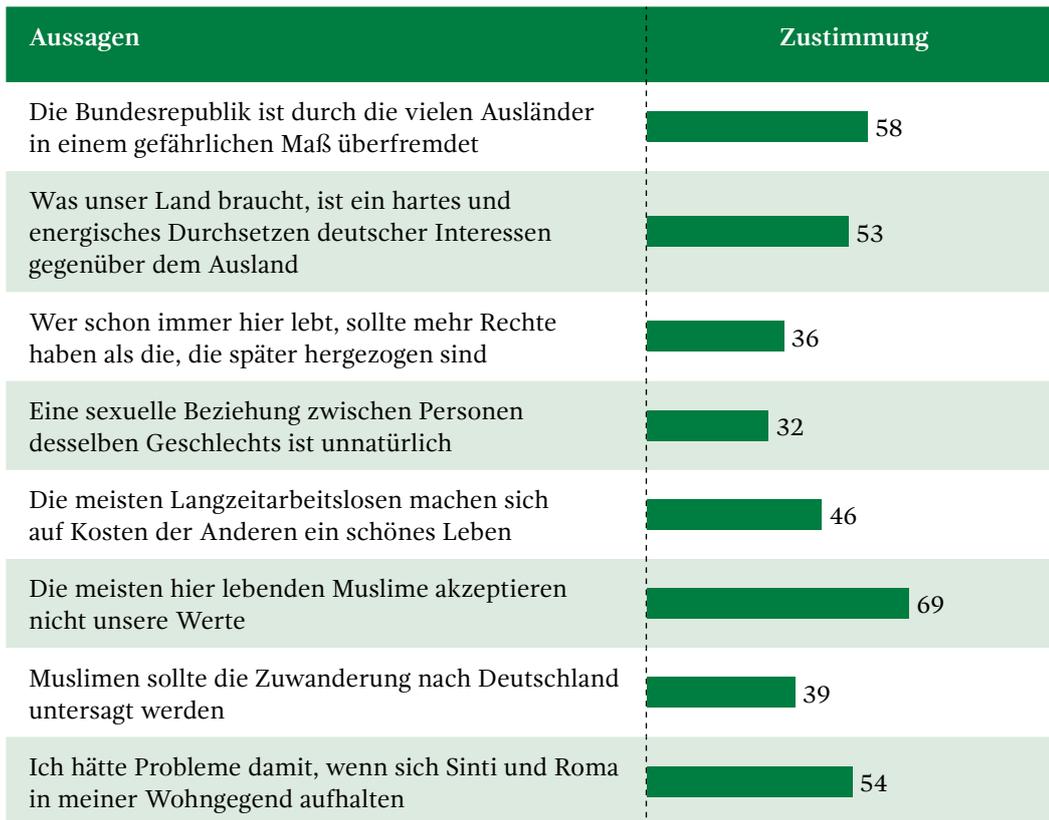
vom 30. April/1. Mai 2016. Auf die Frage „Wieso gerade Dresden und Sachsen?“ antwortete er: „Vielleicht hat der Sachse eine aufmüpfige Ader? Vielleicht ist er im Kern etwas ängstlich? Manchmal klingen auch ordentlich Chauvinismus und Überheblichkeit mit.“¹¹ In den Erklärungsversuchen wird immer wieder auf die jüngere sächsische Geschichte verwiesen, etwa auf Sachsen als Schwerpunkt der Friedlichen Revolution 1989/90 oder auf Entwicklungen der letzten 25 Jahre. Dabei wird kritisiert, dass sich in Sachsen, auch befördert durch die CDU und andere gesellschaftliche Akteure, ein spezifischer „Sachsenstolz“ herausgebildet habe, der eine Abgrenzung von anderen Teilen der Bundesrepublik bewirkt hätte. Das ausgeprägte sächsische Heimatbewusstsein führe, so die These der „Zeit“, zu Formen der Abgrenzung und Ausgrenzung und sei damit latent demokratiefeindlich.¹²

Unterstützt wurde diese Interpretation durch Ergebnisse des „Sachsen-Monitors 2016“. Die im Auftrag der Staatsregierung von dem Meinungsforschungsinstitut dimap durchgeführte Umfrage basiert auf einer Befragung von 1.013 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Einwohnern des Freistaats Sachsen zwischen dem 8. August und 4. September 2016 und wurde am 22. November 2016 veröffentlicht.¹³ Die Berichterstattung der Medien konzentrierte sich auf einige wenige Ergebnisse, die zur momentanen Stimmungslage passten. So haben 20 Prozent der Befragten das Themenfeld „Asylpolitik/zu viele Ausländer/Überfremdung“ als gegenwärtig wichtigstes Problem in Sachsen genannt –

Sachsen-Monitor 2016:
Wichtigstes Problem in Sachsen
(Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Sachsen-Monitor 2016: Aussagen zu "Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" (Zustimmung in Prozent)



hinter anderen Themen wie Arbeitslosigkeit oder Bildung. Außerdem stellten die Meinungsforscher eine erhebliche „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ fest. So stimmten 69 Prozent der Aussage zu, die meist hier lebenden Muslime akzeptierten nicht unsere Werte. 58 Prozent sagten, die Bundesrepublik Deutschland sei gefährlich überfremdet. Obwohl die Autoren des Sachsen-Monitors davon ausgehen, dass ihre Ergebnisse als repräsentativ zu betrachten sind, ist doch zu fragen, ob bei der geringen Datenbasis von nur rund tausend Befragten wirklich ein stimmiges Bild erzielt werden konnte. In diesem Heft wurden zur Veranschaulichung der Debatte einige Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2016 abgedruckt.

Eine tiefere Analyse der Frage, ob Sachsen anders sei und einen „Sonderweg“ beschreite, wie auch der verschiedenen, zumeist emotionalen oder zugespitzten Thesen ist bisher nicht erfolgt. Die Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“ und die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung nahmen das zum Anlass, eine intensivere, wissenschaftlich begründete Diskussion zu führen und in die Öffentlichkeit zu tragen. Wissenschaftler, Politiker und Publizisten verschiedener Fachgebiete wurden gebeten, unter der Fragestellung „Ist Sachsen anders?“

zu bewerten, ob sich die jüngsten Entwicklungen in Sachsen aus Landesgeschichte, Heimatbewusstsein oder Identität erklären lassen oder ob hier andere, etwa wirtschaftliche, soziale und politische Faktoren eine Rolle spielen: Vollzogen oder vollziehen sich die politischen oder gesellschaftlichen Prozesse in Sachsen tatsächlich anders als in anderen Teilen der Bundesrepublik? Geht es soweit, dass man hier sogar von einem „sächsischen Sonderweg“ sprechen könnte? Hat sich der Freistaat Sachsen seit der deutschen Einheit somit anders entwickelt als die übrigen Bundesländer? Und wenn dem so ist, welche Begründungen gibt es dafür; sind historische Entwicklungen dafür verantwortlich? Lassen sich die jüngsten Radikalisierungsprozesse aus der Landesgeschichte herleiten? Führt Patriotismus und Heimatbewusstsein automatisch zur Ablehnung alles Fremden, zu antidemokratischen Einstellungen oder gar zu Neonazismus? Spielt Sachsen wirklich eine Sonderrolle in Deutschland?

Angesprochen wurden Fachleute, die mit den sächsischen Spezifika vertraut sind, die Vergangenheit und Gegenwart Sachsens kennen und somit in der Lage waren, aus verschiedenen Perspektiven Antworten zu geben bzw. Diskussionsangebote zu formulieren. Sie mussten nicht zwingend aus Sachsen stam-

¹³ Vgl. <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2016-4038.html> (letzter Zugriff 5.1.2017).

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme gar nicht zu
Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist	66	29	6	1
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar	49	36	6	2
Verbrechen sollten härter bestraft werden	50	32	11	4
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen	31	38	19	9
Was Deutschland jetzt braucht ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert	24	38	21	13
In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand	24	38	22	13
Im nationalen Interesse ist unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform	2	9	26	57
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls seine Überzeugungen mit Gewalt durchzusetzen	3	3	15	78

Sachsen-Monitor 2016: Politische und demokratietheoretische Aussagen (Angaben in Prozent)

men, denn uns war daran gelegen, auch den Blick von außen in die Debatte hineinzutragen. Beabsichtigt war, eine größtmögliche Bandbreite an Meinungen und Sichtweisen wiederzugeben.

Die Beiträge dieses Heftes stammen von Historikern (Konstantin Hermann, André Thieme, Jens Baumann), Soziologen (Anton Sterbling), Politologen (Astrid Lorenz, Werner J. Patzelt, André Brodocz, Stefanie Hammer), Journalisten (Alexandra Gerlach, Lenz Jacobsen) sowie von zwei ehemaligen Politikern (Antje Hermenau, ehemals Mitglied des Deutschen Bundestags für Bündnis 90/Die Grünen und Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Sächsischen Landtag; Hans Joachim Meyer, CDU, ehemals Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst). Auf die gestellten Fragen gaben sie ganz verschiedene Antworten. Das war gewünscht, denn wir möchten mit diesem Heft eine Debatte anstoßen, ohne ein bestimmtes Ergebnis vorzugeben. In der Gewichtung der Argumente kamen die Autoren zu ganz gegensätzlichen, aber mitunter auch recht nahen Aussagen. Für die einen ist Sachsen anders, weil sich Prägungen und Meinungen von anderen Teilen der Bundesrepublik unterscheiden. Für die anderen ist Sachsen gerade nicht anders, weil sich die derzeitige Stimmungslage logisch aus sozialen und wirtschaftlichen Einflüssen erklären lasse.

Bei aller Unterschiedlichkeit in Herangehensweise und Argumentation lassen die Beiträge aber auch erkennen, dass bestimmte

Themenfelder von mehreren Autoren gleichermaßen zur Erklärung herangezogen werden. Dazu gehört die Erkenntnis, dass die Situation in der ehemaligen DDR und besonders in Sachsen sehr stark der in den ostmitteleuropäischen Staaten ähnelt, die nach dem Ende des sozialistischen Wirtschafts- und Herrschaftsmodells vergleichbare Transformationsprozesse durchlaufen mussten. Weiterhin wird deutlich, dass es vor allem die Umbrüche seit 1990 waren, die die mentale Lage der Gegenwart prägen, weniger die weiter zurückreichende Historie. Angesprochen werden unter anderem der nahezu vollständige Elitenwechsel nach dem Ende der DDR, die Deindustrialisierung der ehemals bedeutenden industriellen Kerne und das Unbehagen über das zunehmende Abgehängtsein des ländlichen Raums. Deutlich wird aber auch, dass Sachsen in Identität und Mentalität durchaus anders sein darf und es gefährlich wäre, eine „bundesrepublikanische Einheitlichkeit“ zu erstreben.

Kurz gesagt: Sachsen ist anders, doch manche vermeintliche „Andersartigkeit“ ist gar nicht so anders, wenn man nur einen anderen Blickwinkel einnimmt.

Dr. Lars-Arne Dannenberg
und Dr. Matthias Donath
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“

Werner Rellecke
Sächsische Landeszentrale für Politische
Bildung



Vom Musterschüler zum Unhold

Beobachtungen aus Sachsen

Alexandra Gerlach

Sie lasse sich nicht einschüchtern und verzage nicht, sagt Susanne Schaper und strafft die Schultern. Die zierliche, gelernte Krankenschwester aus Chemnitz, Jahrgang 1978, ist seit Jahren politisch aktiv für die Partei „Die Linke“. Sie ist seit 2009 Stadträtin der Stadt Chemnitz und Vorsitzende ihrer Fraktion im Stadtrat. Seit 2014 sitzt sie als gewählte Abgeordnete für ihre Partei im Sächsischen Landtag. Die engagierte Sozialpolitikerin hat sich mit ihrer zupackenden Art nicht nur Freunde gemacht in ihrer Stadt. Vor kurzem hat sie ihr Abgeordnetenbüro auf dem Chemnitzer Sonnenberg, einem ehemaligen, klassischen Arbeiterviertel in der drittgrößten Stadt Sachsens, aufgeben müssen. Nach 22 Anschlägen auf ihr Büro in nur 17 Monaten hat ihr der Vermieter gekündigt. Farbbeutelattacken, eingeschlagene Scheiben, Tierkadaver vor der Tür und eimerweise Farbe im Eingangsbereich waren der Kündigung vorausgegangen. Die Suche nach einem neuen Büro gestaltet

sich schwierig, niemand will an sie vermieten aus Angst, seine Immobilie gleichfalls zum Ziel solcher Attacken zu machen.

Susanne Schaper macht sich Sorgen um den Zustand des Landes und seiner Gesellschaft. Was ist hier passiert? Warum erlebt der politische Diskurs solche Exzesse der Gewalt und der Verrohung, die sich nahtlos im Netz fortsetzen und sich in massiven Drohungen gegen die junge Politikerin und ihre Familie manifestieren? Woher kommt dieser Extremismus, obwohl es doch den allermeisten im Freistaat materiell gut geht, ja viel besser geht, als vor dem Mauerfall?

Inzwischen trägt die Fülle der Vorkommnisse, wie Anschläge auf Abgeordnetenbüros, fremdenfeindliche Aufmärsche, Hassparolen bei Pegida-Demonstrationen bis hin zu den Sprengstoff-Anschlägen auf eine Dresdner Moschee sowie das Dresdner Tagungs- und Kongresszentrum immer mehr zur Stigmatisierung des gesamten Freistaates bei. Internationale Kongresse wurden abgesagt,

Politische Polarisierung:
Überspraytes Graffiti „I love NS“
in Chemnitz
Foto: Alexandra Gerlach

- 1 Gert Pickel/Oliver Decker (Hrsg): Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme. Leipzig 2016.
- 2 Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden 2016.
- 3 Jasper von Altenbockum: Sächsische Nuancen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.12.2016.

Investoren halten sich merklich zurück, ausländische Spitzenforscher geben dem Ruf aus Dresden einen Korb und die Tourismuszahlen für „Elbflorenz“ sind gerade bei den deutschen Gästen deutlich eingebrochen. Der Fall vom Musterschüler zum Unhold ist tief. Eine solche Stigmatisierung eines Bundeslandes habe es bislang noch nicht gegeben, stellen die beiden Extremismus-Forscher, Gert Pickel aus Leipzig und Oliver Decker aus Dresden fest.¹

Was ist passiert? Ist Sachsen anders? Das fragen sich viele seit den Angriffen auf einen Flüchtlingsbus im erzgebirgischen Clausnitz, dem Brand eines zum Flüchtlingsheim umgewidmeten Bautzener Hotels und angesichts der andauernden montäglichen so genannten Abendspaziergänge der islam- und ausländerfeindlichen PEGIDA-Bewegung in Dresden. Warum eskalieren Wut und Gewalt nicht nur in städtischen, sondern vielfach in den ländlichen Gegenden des Freistaates? Wie ist es zu erklären, dass sich hasserfüllte Botschaften im Internet ausbreiten wie eine Virusgrippe? Der alltägliche Rassismus im Netz richtet sich zwischenzeitlich gegen alles was fremd ist, auch gegen Westbürger, die seit Jahren im Freistaat Sachsen leben. Was ist schief gelaufen im Land des einstigen mitteldeutschen Klassenprimus?

In den zurückliegenden zweieinhalb Jahrzehnten seit dem Mauerfall habe es große soziale, ökonomische Umwälzungen gegeben, das Umfeld habe sich verändert, die öffentliche Infrastruktur sei zum Teil sehr defizitär geworden, sagt der Politologe Prof. Hans Vorländer von der TU Dresden. Die Versorgung mit Ärzten oder öffentlichem Personen- und Nahverkehr sei schlechter geworden, das alles seien solche Wandlungen, die in den letzten 25 Jahren das Feld so richtig umgepflügt und die Menschen habe skeptischer werden lassen. Viele seien womöglich auch traumatisiert, sagt Vorländer. Er hat an seinem Lehrstuhl die erste systematische Analyse des PEGIDA-Phänomens auf Basis der vorliegenden empirischen Studien vorgelegt. Über Monate waren er und seine wissenschaftlichen Mitarbeiter unterwegs, haben Hunderte von Interviews mit wütenden und besorgten Bürgern geführt, die sich regelmäßig den montäglichen PEGIDA-Spaziergängen durch die dann fast menschenleere Dresdner Innenstadt anschließen. Die ursprünglich islamfeindlich orientierte Bewegung stellt inzwischen ganz ungeniert und offen die „Systemfrage“. Es

handele sich um eine rechtspopulistische Empörungsbewegung, sagt Vorländer, die fremdenfeindliche und islamkritische Ressentiments mobilisiere und dabei grundsätzliche Vorbehalte gegenüber den politischen und medialen Eliten zum Ausdruck bringe.²

Hinzu kommen die Auswüchse eines gruppenspezifischen, landsmannschaftlichen Überlegenheitsgefühls als neues Mittel politischer Radikalisierung – Vorländer spricht von einem „Sachsen-Chauvinismus“. Dieser stärke das Wir-Gefühl und schaffe zugleich Identität, die wiederum starke Abwehr gegen von außen aufgedrängte Veränderungen schaffe. Dieses Phänomen gibt es auch in Bayern, wo es jedoch keineswegs mit Extremismus verbunden ist.³ Das Klima ist aufgeheizt, die Stimmung entlädt sich in den Echoräumen des Internets und bricht sich Bahn in der steigenden Zahl von Übergriffen gegen Flüchtlingseinrichtungen und Menschen, die vor Krieg und Tod geflohen sind.

Der Politologe Vorländer spricht von „aufgestauter Aggressivität“, die jetzt frei wird. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise erlebte auch die PEGIDA-Bewegung hohen Zulauf, nachdem sich zuvor die selbsternannte Bürgerbewegung stark zurückgebildet hatte. Doch die politische Großsituation nach dem September 2015 habe dazu geführt, so der Politikwissenschaftler, dass viele gedacht hätten, „wir haben jetzt seit 15, 16 Monaten immer wieder darauf hingewiesen, auf den Straßen, dass sich etwas ändern muss, bei der Einwanderungspolitik, bei Flüchtlingen, bei Migration und sie sagen, es ist alles nur noch schlimmer geworden, es wird immer mehr, es hört gar nicht mehr auf.“

Wie sich diese Aggressivität entlädt, hat der Meißener Bauunternehmer, Ingolf Brumm im Juni 2015 erlebt. In der Nacht, als auf ein von ihm frisch saniertes Haus, das als Flüchtlingsunterkunft bestimmt war, ein Brandanschlag verübt wurde. Als er damals mitten in der Nacht mit seiner Frau vor dem brennenden Gebäude stand – so berichtet der Unternehmer – habe eine Menschentraube von ca. 150 Leuten draußen vor dem Haus gestanden, ihn angepöbelt und angeschrien. Viel Häme sei dabei gewesen, erinnert er sich noch lange später.

Doch warum eskaliert die Lage ausgerechnet in Sachsen? Ein Grund sei, dass Sachsen schon immer ein ungeklärtes Verhältnis zu den rechtsextremen Gruppierungen gehabt

habe, sagt der Politologe Hans Vorländer. Lange Zeit sei das Thema Rechtsextremismus in Sachsen einfach negiert worden. Das sieht auch die ehemalige Grünen-Politikerin Antje Hermenau so, die heute als Unternehmerin den sächsischen Mittelstand berät. Sie glaubt zudem, dass viele ihrer sächsischen Landsleute ebenso wie die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas ganz grundsätzlich immer noch mit dem westlichen Politik- und Wirtschaftssystem fremdeln. Ihre Kernthese lautet: Die meisten Ostdeutschen hätten eine grundlegende Kritik daran, wie der Westen „unseren“ Alltag managt, unsere Rahmenbedingungen. Das betreffe nicht nur die Zuwanderung, aber da falle es am meisten auf. Die Flüchtlingspolitik wirke auf die Bürger absolut planlos und chaotisch und unbedacht. Hinzu kämen die ungelösten Probleme, wie etwa die Eurokrise, die schon seit Jahren schwele und keiner habe das Gefühl, dass irgendetwas im Positiven aufgelöst sei. Es gebe daher eine fundamentale Kritik an der Unfähigkeit der Politik, komplexe Probleme zu bearbeiten, und da offensichtlich in den etablierten Parteien das nicht gehört und nicht weitergetragen werde, sagten die Leute, ok, dann gehe ich eben zu PEGIDA.

Der Angriff auf einen Flüchtlingsbus im erzgebirgischen Clausnitz und der Brand in einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Bautzen stehen im Jahr 2016 für eine neue Stufe der Eskalation. Der Leiter des 2012 gegründeten Operativen Abwehrzentrums, der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz, warnte im Sommer vor einer „Pogromstimmung“ in Sachsen. In einem Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk deutete Merbitz ein düsteres Szenario an: „Die Entwicklung, die wir in den letzten Monaten sehen, da bin ich fest der Überzeugung, dass wir diese Entwicklung stoppen müssen, ich habe aber die Befürchtung, dass sie weitergeht, und das auch im Fall Clausnitz insbesondere, wo es schon wieder Kommentare dazu gibt, die es begrüßen, die das gut finden, was man nicht gutheißen kann, und aus dem Grund bereiten wir uns schon vor, dass derartige Nachahmungseffekte schon im Freistaat Sachsen von stattem gehen können.“

Sachsen hat angesichts der Ereignisse seine Spar- und Stellenabbaupläne für die Sicherheits- und Justizorgane ad acta gelegt und will Polizeikräfte aufstocken sowie mehr Justizpersonal ausbilden und einstellen. Doch es wird dauern, bis diese Personalplä-

ne mit versierten Kräften umgesetzt werden können. Das Vertrauen der Bürger ist jedoch schon jetzt erschüttert und der Imageschaden für das Land bereits enorm: der Freistaat wirkt stigmatisiert. Die Früchte der jahrelangen Aufbauarbeit sind akut gefährdet.

Das Bekenntnis von Sachsens Regierungschef, Stanislaw Tillich, im Sächsischen Landtag im Frühjahr 2016, in dem er – wie viele Beobachter kritisch anmerkten – endlich – Klartext zu diesem Thema sprach, kam spät. Sichtlich unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse erklärte Tillich damals: „Ja es stimmt, Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus und es ist größer als viele, ich sage es ehrlich, auch ich, es wahrhaben wollten.“ Den Worten des Regierungschefs folgten Taten. Mehr Geld für Polizei und Justiz, für politische Bildung und Anti-Extremismus-Initiativen.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe stehe dem Land bevor, meint auch der Meißener Bauunternehmer Ingolf Brumm. Auch er habe das Gefühl, dass in diesem Land wirklich etwas geändert werden müsse, sagt er. Eine wahre Demokratiebewegung müsse entstehen. Das setze natürlich voraus, dass jeder Mensch sich auch dazu bekenne und aktiv werde, sagt der Unternehmer. Auch er will sich nicht unterkriegen lassen, obwohl und gerade, weil er sich von der Landes- und der Kommunalpolitik im Stich gelassen sah.

Woher kommt die Unruhe in der Gesellschaft? Eine der Ursachen liege in der Gottesferne ganzer Landstriche im Osten, vor allem in Sachsen, sagt Frank Richter, bis Januar 2017 Direktor der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen. Der ehemals katholische Kaplan und Mitgründer der „Gruppe der 20“ in Dresden in der Zeit der Friedlichen Revolution sagt: „Dieses Land ist ausgetrocknet in einer Weise, wie man es sich woanders gar nicht vorstellen kann. Viele Menschen fragen sich nach dem Sinn des Lebens und finden keine Antwort. Und viele fragen gar nicht mehr.“⁴

Richter beklagt, dass die ethisch-geistigen Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens schwach ausgebaut und an einigen Stellen „erkennbar bröckelig“ seien. Diese Grundlagen müssten bewahrt oder dringend neu gelegt werden, sagt der Theologe. Die Entfremdung der Bürger von Gott und Kirche sei nicht nur ein Ergebnis der DDR sondern liege durchaus auch in der Nachwendezeit. Für die Kirche, die während des politischen Aufbruchs in der DDR

⁴ Stefan Locke: Der Vermittler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.12.2016.

5 Ebenda.

6 Ebenda.

einen sicheren Raum für Debatte und politischen Disput geboten habe, seien damals vordergründig goldene Zeiten angebrochen. Tatsächlich seien die Menschen jedoch mit sich selbst beschäftigt gewesen, in einer Zeit, in der vieles Bewährte von jetzt auf gleich weggebrochen sei. Auch die Kirche, die institutionalisierte Kirche habe sich von den Menschen entfernt, sagt Richter. Das von der Bundesrepublik übernommene System der Kirchenorganisation sei viel zu groß und unpassend für die Lebenswirklichkeit im Osten gewesen, kritisiert der Dresdner Theologe.

2009, 20 Jahre nach dem Mauerfall, gerät Sachsen erstmals in eine tiefere Krise. Die Zeiten des dynamischen Aufbruchs und Aufbaus sind vorbei, das Bundesland Sachsen ist kein Junior mehr im bundesdeutschen Föderalismus. Strahlend präsentiert sich der Primus unter den fünf Ländern Mitteldeutschlands nach außen. Doch unter der Oberfläche brodelte es.⁵ Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit dokumentieren sich in sinkenden Zahlen bei der Wahlbeteiligung, zugleich erhielt die rechtsextreme NPD Auftrieb und schaffte zwei Mal in Folge den Einzug in das sächsische Landesparlament. In Dresden ringen die politischen und gesellschaftlichen Kräfte um den angemessenen Umgang mit dem öffentlichen Gedenken am Jahrestag der Zerstörung der Stadt 1945. Es gilt dem über die Jahre entstandenen und zu DDR-Zeiten gepflegten, reinen „Dresdner Opfermythos“ entgegenzuwirken, der regelmäßig von Gruppierungen des rechten Spektrums propagandistisch ausgeschlachtet und mit Schweigemärschen am Tag des Gedenkens, dem 13. Februar, propagandistisch instrumentalisiert wird. Eine eigens eingesetzte Historikerkommission erhielt den Auftrag, zu erforschen, wie viele Opfer es in jener Brandnacht tatsächlich gegeben hat. Die Versachlichung des hochemotionalen Themas soll den postfaktischen Parolen und Formeln der NPD und ihrer Anhänger Paroli bieten und zudem das Fundament für einen modernen und angemessenen Umgang mit dieser schwierigen Thematik liefern. Am Ende kommt es zu einem großen, gesamtgesellschaftlichen Engagement. Tausende Menschen schließen sich im Moment des Gedenkens zu einer Menschenkette rund um die Dresdner Innenstadt zusammen, um einen mächtigen symbolischen Wall gegen den politischen Missbrauch dieses Tages durch Rechtsextremisten zu bilden.

Dieser Konflikt, so stellt Frank Richter zwei Jahre vor dem Entstehen der Pegida-Bewegung fest, sei exemplarisch für den gesamten Freistaat. Volk und Repräsentanten finden nicht mehr zusammen, die Bürger blockieren sich gegenseitig, und gerade auf dem Land, wo der Ton eher rau sei, dienen Veranstaltungen „oft als Ventil für Wut und Misstrauen gegenüber Politik und staatlicher Ordnung“. Bürger litten an einem negativen Gefühlsstau, an Nachwende-Verletzungen, Rückschlägen und Zurückweisungen.⁶

Auf dem Land kommt noch eine weitere Komponente hinzu. Da die demographische Entwicklung gepaart mit einer langjährigen hohen Abwanderungsquote junger Menschen gerade Sachsen zu einem Musterland für Entvölkerung und Überalterung macht, muss die Politik reagieren. Anpassung der Strukturen heißt das Zauberwort und meint großflächige Einsparungen und Zusammenlegungen von Infrastruktur im ländlichen Raum.

In der Folge macht sich bei denen Unmut breit, die mit diesen Kürzungen im Alltag zurecht kommen müssen, massive Einschränkungen etwa im öffentlichen Nahverkehr, bei der schulischen und medizinischen Versorgung bis hin zu den Einkaufsmöglichkeiten und nicht zuletzt der aktiven kirchlichen Präsenz. Das Gefühl des Abgehängtseins schlägt aufs Gemüt und auf das Selbstbewusstsein. Ohnmacht und manchmal auch Wut lassen sich leicht in politische Bekenntnisse ummünzen. Ein Effekt, der sich auch international im Abstimmungsverhalten beim britischen Brexit-Referendum oder in den Bundesstaaten des weitgehend de-industrialisierten so genannten Rust-Belt im letzten US-Wahlkampf beobachten ließ. In den ländlichen Regionen Sachsens, etwa in der Lausitz oder im Erzgebirge, findet man viele Beispiele für „abgehängte“ Gemeinden. Seit der Freistaat vor wenigen Jahren eine umfassende Gemeindegebietsreform durchgeführt und die Zahl der Landkreise faktisch halbiert hat, haben vor allem die Mittel- und Oberzentren Entwicklungschancen. Die kleinen Gemeinden sind vielfach gezwungen zu fusionieren, sonst droht der Finanzkollaps. So auch in Pfaffroda am Erzgebirgskamm. Mit dem Neujahrstag 2017 endete hier eine mehr als 800-jährige Geschichte der Eigenständigkeit. Da die Gemeinde mit ihren rund 2.500 Einwohnern in den letzten Jahren mehr als tausend Bürger durch Abwanderung verloren hat und es

inzwischen auch kaum mehr Busverbindungen und keine neue Infrastruktur gibt, sahen die Gemeinderäte keine Zukunft mehr und entschieden sich für eine aktive Fusion mit dem Nachbarort Olbernhau. Eine umstrittene Entscheidung, aber wohl ohne Alternative, denn seit der ersten Fusion mit benachbarten Dörfern im Jahr 1999 gibt es keine Schule mehr im Ort, geblieben ist der Kindergarten. Auch zwei Bäcker gibt es noch und einen Dorfladen, um dessen Einrichtung und Existenzberechtigung lange und intensiv bis heute gekämpft wurde und wird. Ohne Fusion gibt es keine Zukunft. Bauchschmerz bereitet die Entscheidung trotzdem sogar dem stellvertretenden, ehrenamtlichen Bürgermeister, Michael Rudolph, der die Fusion mit ausgehandelt hat. Er sagt, er sei davon überzeugt, dass die Entscheidung richtig ist und doch empfindet er es als Mangel in seiner Vita, dass ausgerechnet er, nach über 800 Jahren Pfaffroda, einer der Verantwortlichen ist, der das Dorf abwickelt. „Das Dorf war und ist auch Identität“, sagt Rudolph. Aus Sicht des Kommunalpolitikers Rudolph, der von Haus aus ein Liberaler ist, hat die Landespolitik des Freistaates Sachsen die Weichen schon vor Jahren falsch gestellt. Mit der Konzentration auf die urbanen Ballungszentren seien die ländlichen Regionen ins Abseits gestellt worden. Das habe nun gravierende Folgen, sagt Michael Rudolph, und er habe einfach Angst, dass irgendwann mal ein Erwachen kommt und dass die Leute sagen: „Wenn Ihr uns nicht braucht, brauchen wir Euch auch nicht.“ Diese Sorge sei berechtigt, meint Prof. Everhard Holtmann, Forschungsdirektor des Zentrums für Sozialforschung in Halle an der Saale. Er sieht durchaus einen Zusammenhang zwischen demografischer Entwicklung, vor allen Dingen etwa auch zwischen den beiden Faktoren Abwanderung bzw. Alterung der Gesellschaft einerseits und den Potenzialen, den Reserven, der Bereitschaft, sich politisch und bürgerschaftlich zu engagieren andererseits. Besonders kritisch sei es, wenn die negative demografische Entwicklung ein signifikantes Abschmelzen der lokalen Infrastruktur nach sich ziehe, sagt Politologe Holtmann. Zwar gebe es derzeit noch keine belastbaren empirischen Belege dafür, dass ein gravierender Bevölkerungsschwund und der Abbau der Infrastruktur vor Ort einen deutlichen Effekt auf die Wahlentscheidungen der Bürger entfalte. Aber es gebe durchaus Beobachtungen, die derartige Schlüsse möglich

erscheinen ließen, formuliert Holtmann vorsichtig und führt an, das sei ein ganz kritischer Punkt, der in den letzten Jahren besonders stark in das Bewusstsein gerückt ist, auch vor dem Hintergrund, dass die Quote der Nichtwähler ja doch signifikant angestiegen war und das dann umgekehrt auch bei den jüngsten Wahlen sich aus diesem Nichtwählerpotential doch viele zu einem Votum für rechtspopulistische Angebote entschlossen haben.

Gerade die Nichtwähler machen auch dem stellvertretenden Bürgermeister von Pfaffroda große Sorgen. Wenn 50 Prozent nicht mehr wählen, sagt Michael Rudolph, haben wir diese nicht nur verloren sondern abhängt. Doch wer wird davon profitieren?

Selbst der Politiker, der die schmerzhaften Anpassungsprozesse seiner Gemeinde gestalten und auch durchsetzen muss, hadert von Zeit zu Zeit mit dem System. Unterstützung oder gar Wertschätzung für die harte Kärnerarbeit gebe es kaum, sagt er, und gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise werde es schwer, der Landbevölkerung zu vermitteln, dass es zwar kein Geld für den öffentlichen Nahverkehr, wohl aber Millionen für die Flüchtlingshilfe gebe. Was die Gemeinde Pfaffroda für die Zukunft brauche, sei ein klug durchdachtes Siedlungsprogramm. Ohne attraktive Bedingungen kämen keine neuen Familien in die Region, sagt Rudolph, und die Pfaffrodaer Gemeinderätin Matthes stimmt ihm zu, das sei ein „Teufelskreis“! Sie warnt eindringlich davor, die ländlichen Regionen abzuhängen, „wenn das jetzt noch 10 Jahre so weitergeht, kriegen wir Probleme, die werden wir nicht mehr beherrschen.“

Wie Pfaffroda geht es vielen Dörfern – nicht nur im Erzgebirge. Die Unsicherheit schafft Unzufriedenheit bei den Bürgern, die auch Wähler sind. Aus Sicht des Hallenser Politologen Everhard Holtmann muss die Politik hier handeln, stärker als bisher und vielleicht auch systematischer als das bisher angegangen worden ist. Wissenschaftler beobachten, dass Bürger in ländlichen Regionen eher konservativ, im Sinne von „das Gewohnte“ wählen. Die politische Präferenz der Wahlentscheidung und auch die Wahlbeteiligung selbst hängen einerseits stark vom Lebensalter ab, andererseits spielt die politische Sozialisation durch das Elternhaus, den Freundeskreis und das soziale Umfeld eine große Rolle. Ältere gehen eher zur Wahl als Jüngere und je nachdem, welche Bevölkerungsgruppe eine Region verlas-

se, könne das einen Effekt auf den Ausgang einer Wahl oder eines Referendums haben, so wie man es zuletzt in Großbritannien beobachten konnte, sagt Frank Meyer, Diplom-Geograph und Doktorand am Leipziger Leibniz-Institut für Länderkunde.

Einigkeit besteht in der Wissenschaft, dass die Wahlentscheidung stark geprägt wird von eigenen Interessen, der persönlichen Lebenssituation und der Frage, ob die zur Abstimmung stehenden politischen Positionen für die eigenen Belange förderlich sind oder nicht.

Im Rahmen einer empirischen Forschungsstudie zu Lebensqualität und Zukunftsperspektiven hat sich ein Forscherteam des Leipziger Leibniz-Instituts für Länderkunde seit 2013 drei Jahre lang mit dem Ostthüringer Landkreis Altenburger Land beschäftigt. Einer Region, die nach dem Mauerfall stark deindustrialisiert wurde und die von hoher Abwanderung gezeichnet ist.

In manchen Siedlungen des Altenburger Landes leben heute 75 Prozent weniger Jugendliche als noch vor 20 Jahren. Die Berufsperspektiven sind woanders besser. In der medialen Berichterstattung erscheint die Region abgehängt. Wie erfahren Menschen das Leben in einer derart benachteiligten Region? Und was für eine Wirkung entfalten die Negativ-Schlagzeilen über den Standort auf den Einzelnen? Das waren Kernfragen, die die Leipziger Wissenschaftler erforschen wollten. Am Anfang seien ihnen die Interviewpartner mit größter Vorsicht begegnet, sagen die beiden Geographen Judith Miggelbrink und Frank Meyer. Doch dann hätte sich sowohl in den Einzelinterviews als auch in den Gruppendiskussionen immer mehr gezeigt, dass viele der Befragten die Interviews als geradezu befreiend empfunden hätten. Hier konnten sie ihre Sorgen endlich einmal zum Ausdruck bringen. Ein Interview als Ventil? „Ja“, meint Frank Meyer, der viele dieser Interviews geführt hat.

Zugleich werfe die Studie erneut die Frage auf, wie weit sich der Staat überhaupt zurückziehen dürfe, sagt Projektleiterin Judith Miggelbrink. Diese Debatte laufe schon länger in der Wissenschaft unter dem Stichwort „Selbstverantwortungsräume“ und sei auch dort hoch umstritten, weil es natürlich erst mal ganz viele auch rechtliche Implikationen nach sich zieht. Also wie weit darf sich denn ein Staat auch überhaupt zurückziehen? Wie steht es mit der Garantie gleichwertiger Lebensbedingungen?

Autorin

Alexandra Gerlach
Meißen

Besonders überrascht hat die beiden Wissenschaftler die Reaktion der Befragten auf die Einsparungen bei der Kirche. Die Kürzung von Pfarrstellen schaffe größte Unsicherheit, so ihr Befund. Sie hätten die Wahrnehmung, dass Menschen dies eben als Zeichen deuten, dass das Leben in dieser Region eben nicht mehr so von Vorteil zu sein scheint. „Wenn im Pfarrhaus kein Licht mehr brennt, dann sind wir eigentlich von allen verlassen“, so eine zentrale Erkenntnis aus dieser Studie.

Da muss der jüngste Beschluss der evangelischen Landessynode Sachsens in den Ohren vieler Bürger wie eine Hiobsbotschaft klingen. Die Kirche plant bis 2040 einen drastischen Abbau bei den sächsischen Pfarrstellen um 40 Prozent. Von den derzeit 550 Gemeindepfarrern bleiben dann nur noch 320 im Freistaat übrig. Der Grund: In den kommenden 25 Jahren rechnet die evangelische Kirche in Sachsen damit, knapp 300.000 Mitglieder zu verlieren.

Festzuhalten ist: Der demografische Wandel führt zunehmend zu einer Schwächung des ländlichen Raumes. In Zeiten großer ökonomischer Umbrüche, einer rasanten Digitalisierung, sicherheitspolitischer Unsicherheiten und vieler anderer Ungewissheiten, reagieren die Bürger besonders empfindlich auf den Abbau von Infrastruktur in ihren Gemeinden. Gefühle der Vernachlässigung entstehen, die sich schnell in Ohnmacht und Wut verwandeln können. Eine Steilvorlage für Populisten und eine Gefühlslage, die, wie Frank Meyer vom Leipziger Leibniz-Institut für Länderkunde bilanziert, ihre Wurzel in den 25 Jahren des Wiederaufbaus hat: „Wir haben im Osten Deutschlands noch den Sonderfall, dass der Rückzug der DDR und das, was ökonomisch und arbeitsplatzbezogen Anfang der Neunziger passiert ist, als ein gesellschaftliches Rahmen-Narrativ im ländlichen Raum, ein Fakt ist. Leute werden immer wieder, wenn Sie das erfahren haben oder davon erzählt bekommen, darauf zurückführen, dass ja wieder ein Ausverkauf bevorsteht. Erst kamen die Wessis, jetzt kommt jemand anders. Ob das so wahr ist und ob das so gewesen ist, spielt keine Rolle mehr. Es ist ein gesellschaftliches Narrativ in bestimmten Schichten.“

Diese Aussage könnte ein wichtiger Fingerzeig sein für Parteien, Strategen und Politiker, mit Blick auf die nächste Bundestagswahl 2017. In Sachsen wird 2019 ein neuer Landtag gewählt.



Vom Irrweg einer Nation?

Historische Hintergründe sächsischer Besonderheiten

Konstantin Hermann

Als Alexander Abusch 1945 sein Buch „Der Irrweg einer Nation“ veröffentlichte, zog er – unter dem programmatischen und einprägsamen Titel – eine Herleitungskette von Martin Luther über Preußen und das Kaiserreich zu Hitlers Nationalsozialismus. Helmuth Plessner hatte nur wenige Jahre später den Begriff von Deutschland als „verspäteter Nation“ geprägt, die in wenigen Jahrzehnten das kompensierte, wofür anderen Völkern Jahrhunderte der Nationsbildung zur Verfügung standen. Beide Begriffe implizierten einen deutschen Sonderweg, der so im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern stand, die die im Kalten Krieg naheliegende Vergleichsbasis für die Bundesrepublik bildeten. Hätte

man sich nach dem Osten orientiert, in das Baltikum, zum Balkan, wäre der Sonderweg der verspäteten Nationsbildung eher der Regelfall. Die Staaten entstanden erst nach dem Rückzug sowie der geographischen Randverluste der Großmächte Russisches Reich und Osmanisches Reich.

Erklärungen in der Geschichte zu suchen ist gern geübt; wenn die Geschichte schon keine Zukunftsprognosen geben könne, müsse sie wenigstens das Heute erklären können. Dies gilt vor allem für ein Abweichen von der Norm, bei Entwicklungen, die sich anders vollziehen als anderswo – wie eben einleitend der „deutsche Sonderweg“. Heute wird in den Medien eine Art „sächsischer Sonder-

Verklärte Monarchie: Der „Lebendige Fürstenzug“ zum Dresdner Stadtjubiläum 2006
Foto: Archiv ZKG

weg“ beschrieben, konstruiert. Das reicht hin bis zum mehr oder minder humoristischen „Säxit“, zu Schlagzeilen wie „Sachsen – Land der Trottel?“ im Nachrichtenteil eines großen Mailedienstleisters. In den Spuren der sächsischen Geschichte müssten sich doch Erklärungsmuster finden lassen für die Probleme im heutigen Sachsen, so die Annahme. Wenn man sich in die Tiefen der auf die weiland vielberufenen „Volkscharakterstudien“ des 18. und 19. Jahrhunderts herunterbegeben möchte, erscheint der Sachse als friedfertig, höflich, aber in Kleinigkeiten empfindlich. Doch damit und überhaupt mit der historischen Begründung ist es so eine Sache: Zu unwägbare sind die Vergleichsbefunde mit anderen Bundesländern, geht man in die Geschichte hinein. Eines ist Sachsen dabei nicht: eine verspätete Nation, hier bewusst diesen Begriff und nicht den des Stammes verwendend. Ganz im Gegenteil bildete Obersachsen bereits jahrhundertlang eine gefügte Organisation, die zwar 1485 die dann ernestinischen Lande verlor, aber als Land – und das gilt auch nach den Verlusten 1815 – bestehen blieb. Geopolitisch betrachtet, verlor Sachsen die Ränder, aber das Kernland blieb. Will man den Besonderheiten der sächsischen Geschichte nachgehen, die das heutige Sachsen zu dem machten, was es im Sinne der vorliegenden Publikation heute ist, nämlich unter der Fragestellung einer Anfälligkeit zur Ausländerfeindlichkeit, zum ausgeprägten Konservatismus, hier mit einer starken Rechtslastigkeit, muss zunächst nach dem Bezugsrahmen, nach den Vergleichsmustern gefragt werden. Unter den 16 Bundesländern ist Sachsen eines der wenigen ohne Bindestrich. Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (-Hohenzollern), Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt spiegeln bereits in ihren Namen den Zusammenschluss wieder, denen sie ihren Ursprung verdanken. Die anderen wie Brandenburg, Thüringen, Saarland, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Bayern bilden die reichliche zweite Hälfte, wenn wir die Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) unberücksichtigt lassen. Fast hätte es 1996 ein weiteres Bindestrich-Land gegeben, wenn die Volksabstimmung zu einem gemeinsamen Bundesland Berlin-Brandenburg nicht am Widerstand der Bevölkerung des Flächenlandes gescheitert wäre. Thüringen und das Saarland entstanden erst nach dem Ersten Weltkrieg, Hessen in dieser Form 1945, Niedersachsen ebenfalls in diesem Jahr als Besatzungsgrün-

dung und Nachfolger der Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe. Bayern zieht seine integrative Kraft aus dem wirtschaftlichen Erfolg, auch wenn die Franken lieber Franken als Bayern sind.

Einzig Brandenburg weist, 200 Jahre jünger, oberflächlich betrachtet und ohne die historischen Spezifika der Einzelterritorien innerhalb der Länder berücksichtigend, eine doch vergleichbare Geschichte mit Sachsen auf, wobei das Brandenburgische allerdings jahrhundertlang im Preußischen aufging. Es wäre also reizvoll, diese beiden Länder in ihren Entwicklungen zu vergleichen und einen gemeinsamen Sonderweg zu bestimmen, so er existiert. Doch mindestens zwei wesentliche Unterschiede gibt es: die schon benannte Dominanz des Preußischen, auch wenn es vom Brandenburgischen nicht zu trennen ist, und die Sogkraft des umschlossenen Berlins. Über eine solche Metropole verfügt Sachsen nicht. Hier teilen sich zwei Städte die Metropolfunktion: Dresden als Hauptstadt, die heute in den Medien bisweilen als dunkler Kontrapunkt gegenüber der weltoffenen Handelsstadt Leipzig dargestellt wird. Konnotiert wird dies dann allgemein mit der Kessellage Dresdens, dem „Tal der Ahnungslosen“. Und tatsächlich ist es so, dass Dresdner Besonderheiten festzustellen sind, die auf das gesamte Bundesland abstrahlen.

Doch wenn in den Medien aktuell, wie bereits skizziert, über den „sächsischen Sonderweg“ berichtet wird und Fragen nach dem historischen Warum gestellt werden, grenzt eine Antwort an kontrafaktische Geschichtsschreibung. Was wäre wenn?, hieße das Leitmotiv, unter das man jedes historische Ereignis stellen kann. Eine Antwort auf diese Frage kann zuverlässig nur im sehr begrenzten Umfang aus den letzten hundert Jahren sächsischer Geschichte gegeben werden.

Überzeugender sind Erklärungsversuche aus der jüngeren sächsischen Geschichte, die allerdings bisweilen auf historischen Ereignissen früherer Zeit beruhen. Wichtig erscheint die Vergleichsperspektive. Das Zurseitstellen der westdeutschen Länder ist zwar, wie jeder Vergleich, legitim, aber die Sinnhaftigkeit ist begrenzt. Der Vergleichsmaßstab muss an die jahrzehntelange Erlebensgemeinschaft gestellt werden: an die Länder Ost- und Mitteleuropas im ehemals sozialistischen Block. Wird diese Perspektive gewählt, erscheint manche Entwicklung in Sachsen gar nicht mehr als Besonderheit, sondern eher – stark abgeschwächt – als Normalität. Und manche fragen sich bereits, ob nicht

Osteuropa die Zukunft Westeuropas vorwegnimmt, ähnlich wie die neuen Länder bestimmte Entwicklungen der alten Länder vorwegnahmen; denkt man an die geringere Wählerbindung, an den Verlust der Bindung zu den Glaubensgemeinschaften und politisch-gesellschaftlichen Organisationen.

Freilich belegt diese Perspektive nicht die Unterschiede zu den anderen neuen Bundesländern, die ebenfalls in der DDR zum Ostblock gehörten. Hier stellen sich also die Fragen nach den Besonderheiten der sächsischen Geschichte. Sicherlich gehört der politische Umschwung in der DDR-Zeit dazu. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs galt Sachsen immer noch, wie schon im Kaiserreich, als „rot“. Mutmaßungen, dass deshalb in Sachsen bei der ersten freien Wahl 1990 ebenfalls mehrheitlich links wählen würde, waren nicht selten, entsprachen jedoch nicht dem Wahlausgang. Stattdessen dominierten deutlich die konservativen Parteien. In den 40 Jahren DDR muss sich also in den drei sächsischen Bezirken ein Meinungswandel der Bevölkerung vollzogen haben, der jedoch kaum zu fassen ist. Zieht man die Schwerpunkte der Aufstände, Revolten und der Friedlichen Revolution wie 1953, 1968 oder 1989 heran, lagen die Schwerpunkte im Osten, außer Berlin und den Industriezentren im südlichen Sachsen-Anhalt, stets in Sachsen. Sachsen als Revolutionsland? Als Land der Revolte? Dieser Zug, wenn er so pauschal überhaupt stimmt, dürfte tiefere Ursachen in der Geschichte haben, abgesehen von dem großen Anteil von Arbeitern an der Bevölkerung.

Der Zug zur Revolte, wenn er den Sachsen wirklich innewohnen würde, kann nur aus der Zeit der Industrialisierung stammen, die gerade dieses Land wie kaum ein anderes deutsches im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert berührt hat. Eventuell hat durch die Herausbildung eines großen Anteils von Arbeitern, verbunden mit vielen sozialen Verwerfungen, eine allmähliche Wandlung stattgefunden. Doch ist dies hochspekulativ und kaum argumentativ zu belegen. Jedoch sind es eher psychologische Momente, die bei der Beantwortung der einleitend aufgeworfenen Frage eine Rolle spielen. Parallelen zu manch sächsischer Entwicklung finden sich in historisch, wirtschaftlich – was die letzten Jahrzehnte betrifft – und sozial ähnlichen Regionen wie dem südlichen Sachsen-Anhalt nicht, was die Intensität angeht. Es müssen also Antwortversuche aus der Geschichte herangezogen werden, um diese Unterschiede

zu erklären, die stets nur äußerst pauschal genannt werden können. Wenn die genannten Kriterien keine zahlenbasierte Ableitung für eine Antwort zulassen, bleiben Erklärungen auf der Ebene der personenbezogenen Kompetenzen. Am dezidiertesten, aber auch polarisierend, hat bisher Michael Bittner auf mutmaßliche Ursachen aus der sächsischen Geschichte abgestellt. Doch auch Bittner wies auf die Nichtausschließlichkeit der historisch-sächsischen Ursachen hin, sondern ging auf die Fragen der gemeinsamen und getrennten ost- und westeuropäischen Geschichte zwischen 1945 und 1990 ein. Einen Schwerpunkt bildet bei Bittner indes die CDU-Dominanz in der sächsischen Politik nach 1990.

Um die Eigenheiten zu skizzieren, fällt ein Moment stark auf: Wohl kein anderes Bundesland unterliegt einem solch tradierten Opfernarrativ wie Sachsen, was im Gegensatz zu Westdeutschland an dem dortigen wirtschaftlichen Aufbau seit den 1950er Jahren liegt – quasi als Meistererzählung –, im Osten an der gering ausgeprägten Landesidentität der anderen Länder (außer Brandenburg), die eine solche Entwicklung nicht zustande kommen ließen. Die Ost-Berliner und Kern-Brandenburger um Berlin herum konnten sich zu den Begünstigten zählen. Damit liegt auch auf der Hand, dass Entwicklungen, wie sie sich nach 1990 und vor allem in den letzten beiden Jahren in Sachsen vollzogen, keine rein Dresdner Spezifik sind, sondern gesamtsächsische Auswirkungen der hier genannten historischen Bedingungen sind. Daher verwundert auch nicht, dass an den PEGIDA-Demonstrationen am Montag viele Teilnehmer aus ganz Sachsen stammen und diese Aufzüge keine Dresdner Angelegenheit sind. In Dresden wirkt ohne Zweifel das Opfernarrativ deutlicher und sicher trägt die mediale Inszenierung ihr Übriges, wenn Demonstrationen vor der durch die Radeberger-Werbung deutschlandweit bekannten Semper-Oper oder vor dem Elbpanorama stattfinden. Demonstrationen durch weniger pittoreske Straßenzüge, z.B. durch Dresden-Gorbitz, dürften eine geringere mediale Aufmerksamkeit erhalten haben und sicher spielt im Gesamtkontext eine Rolle, dass Dresden mit seiner Entwicklung nach 1990 als der Leuchtturm Ostdeutschlands galt, gerade städtebaulich. Die Organisatoren von PEGIDA waren sich dessen zumindest mittelfristig sicher bewusst, als die Demonstrationen über den Theaterplatz und an der Hofkirche vorbeizogen.

Die enttäuschte Hoffnung nach 1990, dass Sachsen schnell wieder an die wirtschaftliche Bedeutung vor 1945 anschließen könne und damit auch Sachsen als Land und Freistaat eine überdurchschnittliche Anerkennung erhalten würde, harmonierte schnell mit der „Verliererrolle“ Sachsens seit 1763. Schließlich wurde die Hoffnung, ökonomisch schnell Anschluss an die westdeutschen Bundesländer zu bekommen, von Politik und Wirtschaft gut genährt. Das Bewusstsein der „heimlichen Hauptstadt der DDR“, Dresden, setzte sich insofern fort, als Helmut Kohl im Dezember 1989 nach Dresden fuhr und dort die Menschen begeisterte. In den überregionalen Medien erhielt Dresden eine Aufmerksamkeit wie kaum eine andere ostdeutsche Stadt. Dresden avancierte zum Symbol des gelungenen Aufbaus Ost, der „blühenden Landschaften“ und erhielt von der Politik und den Medien eine Rolle zugewiesen, die weit über die einer „normalen“ Landeshauptstadt hinausging. Dies wird wiederum weitere Hoffnungen und Erwartungen bei der Bevölkerung geweckt haben. Wahrscheinlich dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass Dresden in der medialen Meinung positiv erschien, während das übrige Sachsen unter den altbekannten Vorurteilen betrachtet wurde. Eine solche Trennung zwischen Landeshauptstadt und übrigem Land ist sicher bei den anderen Ländern nicht in dieser Form zu verzeichnen. Der „13. Februar“, eine Wort-Zahl-Marke, die in Dresden denselben Status genießt wie der „11. September“ in den USA und weltweit, konzentrierte den Opfermythos auf die sächsische Hauptstadt und blendete andere Seiten der Geschichte aus. Der 13. Februar bot insofern ganz Sachsen eine Anschlussfähigkeit, als dass Dresden immer noch als sächsische Hauptstadt, auch in den Zeiten der Bezirksgliederung, galt und die – hier ohne Wertung der historischen Geschehnisse – „Sinnlosigkeit des Angriffs auf eine bedeutende Kulturstadt“ nicht zuletzt auch in der DDR stark propagiert wurde, was eine starke Identifizierung ermöglichte. Übrigens: Schaut man sich die westdeutschen Publikationen über Sachsen aus den 1970er oder 1980er Jahren an, wird nicht selten schon damals eine Sonderrolle Sachsens vermerkt und auf das Heimatbewusstsein hingewiesen.

Weitet man den Blick wieder auf das gesamte Sachsen und seine Teile, fällt eine weitere historische Bedingung auf, die bei den genannten Vorurteilen eine Besonderheit darstellt: der „sächsische Dialekt“, den es so

nicht gibt, geschweige denn in ganz Sachsen gesprochen wird. Parallel zum Aufstieg Preußens zur dominierenden deutschen Macht im 19. Jahrhundert, des zunehmenden politischen Bedeutungsverlustes Sachsens nach 1815 und 1866 nahm die Verächtlichmachung des sächsischen Dialekts zu. Der Sachse eignete sich zur Witzfigur und wurde kariert, überzeichnet in Literatur und Bild. Dieses fand Anschluss in der DDR, als die Grenzpolizisten nicht selten aus Sachsen kamen und die Ost-Berliner gerade in den 1950er, 1960er Jahren das Gefühl hatten, hier habe sich eine „fünfte Kolonne Sachsens“ angesiedelt. Dazu trug nicht wenig Walter Ulbricht bei, sowohl in Ost als auch in West. Das Bild Sachsens wurde also auch dadurch geprägt: Aufgrund des Dialekts deutlich zu erkennen, der im konkreten Fall nicht als Ausweis hoher Intelligenz galt. Diese Geringschätzung korrespondierte jedoch keinesfalls mit der Bedeutung Sachsens in wirtschaftlicher Hinsicht.

Völlig ungeklärt ist außerdem die Bedeutung der tradierten Geschichtsbilder des 20. Jahrhunderts für das heutige sächsische Bewusstsein. Aufgrund der anfänglichen Tabuisierung der Landesgeschichte in der DDR bzw. ihrer Umdeutung zur Regionalgeschichte sowie der verhältnismäßig bescheidenen Publikationsmöglichkeiten blieb nur die Nutzung der historischen Literatur. Nicht zuletzt hängt damit auch die unkritische Verwendung von NS-Literatur, z. B. des Heimatwerkes Sachsen, zusammen, natürlich die allzu offensichtlich politischen Phrasen negierend. Doch inwieweit hier Geschichtsbilder unverändert oder fortentwickelt in der breiten Bevölkerung weiter existierten, ist eine interessante Fragestellung, die jedoch kaum zu beantworten ist und die lediglich annähernd durch Oral-History-Projekte zu Ergebnissen führen kann, was eine reizvolle Aufgabe für die Landesgeschichte wäre. Hier trafen sich 1990 zwei Linien: die der exilierten Sachsen, die ihr Geschichtsbild mitgenommen hatten, und die in Sachsen gebliebenen, deren landeshistorisches Geschichtsbild ebenfalls nur gering weiterentwickelt worden war. Der bewusst manifestierte Stolz auf Sachsen, wie er sich zum Beispiel in „Sachsen“, der von 1937 bis 1943 erschienenen Zeitschrift des Heimatwerkes manifestiert, ist Beleg genug, wie man das Sächsische betonen musste, was sicher nach 1945 seine Fortsetzung fand. Die Beschäftigung mit der lokalen und regionalen NS-Geschichte begann auch in Sachsen, wie in den anderen neuen Ländern, spät. Bis die

ersten Studien dazu erschienen, dürfte das Meinungsbild vorgeherrscht haben, Gauleiter Martin Mutschman, genannt „König Mu“, sei der sächsische Obernazi gewesen und der Rest auf Reichsebene in Berlin geschehen. Eine kritische Auseinandersetzung mit Traditionen und Geschichtsbildern wäre jedoch in Sachsen umso notwendiger gewesen, als dass hier einiges ungebrochen weiterlebte.

Eines scheint dabei auch noch relevant zu sein: der verklärende Blick auf die sächsische Monarchie. Trotz des „roten Königreichs“ war die Monarchie durch die Persönlichkeit des letzten Königs Friedrich August III. populär, bis weit hinein in die beginnenden 1930er Jahre, was sich nochmals in den Trauerfeiern zur Beerdigung 1932 manifestierte. Eigentlich hätte ihn der Großteil der Bevölkerung sicher nicht zur Abdankung bewegt, auch wenn er in den Kriegsjahren kaum mehr eine politische Rolle gespielt hatte. Alles, was danach politisch kam, war nicht mehr so populär wie diese Jahre vor 1914. Auffallend kennzeichnet sich die Sehnsucht nach einem „geordneten Staatswesen“ unter der Regierung eines Landesvaters nirgendwo in den neuen Ländern wie in Sachsen: den erwähnten „König Mu“, wenn auch spöttelnd, für den Gauleiter Martin Mutschmann und „König Kurt“ für den Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf; eine Titulierung unabhängig vom politischen System, in dem der betreffende „König“ regiert. Und Mutschmann hatte gezielt einen „sächsischen Weg“ verordnet und entwickelt, so dass selbst Heinrich Himmler konstatieren musste, dass das Reichsrecht an der sächsischen Grenze erlischt.

Auch in Berlin-Brandenburg findet man diese monarchische Anhänglichkeit, gerade nach der Wiederentdeckung des „alten Fritz“ im Zuge der Tradition-und-Erbe-Debatte in der DDR. Doch es besteht ein Unterschied: Die Sachsen fühlten sich gegenüber dem preußisch dominierten Norden benachteiligt, unterdrückt. Und heute gegenüber dem Westen. Anders als bei den Berlinern, die wirtschaftlich besser versorgt waren als der Rest der Republik und die damit, abgesehen von politischen Deutungen, eines Landesvaters nicht unbedingt bedurften, konzentrierte sich der sächsische Blick in die Vergangenheit als eine positive Reminiszenz, die dem „Früher war alles besser“ schon nahekam. Dies galt für das ausgehende Königreich und, wenn auch völlig historisiert, für das Sachsen Augusts des Starken. Hier konnte man die frühere Bedeutung Sachsens als Preußen

ebenbürtiger Staat erkennen und als Wunschvorstellung in die Gegenwart projizieren.

Die anderen Landesstämme im Osten hatten dafür keine Notwendigkeit. Die thüringische Identitätsbildung vollzog sich in der DDR relativ spät, die Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt) gliederte sich im Bewusstsein in die historischen Landesteile, und Mecklenburg-Vorpommern war eher Mecklenburg, da Pommern zu sehr nach Revanchismus klang. Brandenburg als Sachsen vergleichbares Land gehörte in den Augen der sächsischen Bevölkerung zu den Vorherrschern, während man selbst seine Rolle als Unterlegener durch die Großartigkeiten der Vergangenheit zu kompensieren suchte. Dies beförderte den sächsischen Patriotismus, der in die spezifischen Ausprägungen der Sachsen-Renaissance der 1980er Jahre mündete. Und ebenso nahe lag es, nach 1990 an diese Entwicklung anzuschließen, die nunmehr als sächsische Identität ebenfalls die Verliererstraße zu kreuzen suchte, an der der Zusammenbruch der Industrie stand. Inbegriffen sind dabei die zahlreichen sozialen Aspekte. Hinzu kommen die Verlustängste, gerade im Osten Deutschlands und Europas. Das, was man sich nach 1990 erarbeitet hat, will keiner verlieren. Diese wirtschaftliche Reservelosisigkeit ist gepaart mit einer Art geistiger Reservelosisigkeit im Sinne der integrierenden Kraft einer neuen Gründerzeit im umfassenden Sinne, die die Antwort auf die Zeit gibt.

Ausgehend von 1989/90 wäre eine solche Idee gewesen: „Wir leben die offene Demokratie“. Sachsen als Stammland der friedlichen Revolution, als Drehkreuz zwischen West und Ost, als Nachbar zweier slawischer Völker mit einem slawischen Volk im eigenen Land. Es mag auch angesichts der in den 1990er Jahren herrschenden ökonomischen Probleme als weltfremd oder als allzu bequemer Ruf aus der Jetztzeit erscheinen, doch hätte es weniger bloßer Postulaten bedurft, sondern der Integration aus allen Ebenen. Stattdessen blieb Sachsen der Leuchtturm, der die Schiffe vor den eigenen Küsten warnt. Aber Sachsen ist eben nicht immer ein Leuchtfeuer gewesen, der die anderen in die Mitte führt.

Es ist also eine historisch begründete Melange oder Mariage aus einem Bewusstsein, das sich aus Verlieren und Gewinnen aus Siegen und Verlusten speist. Diesen Erfahrungsverlusten, vor allem der Zeit zwischen 1990 und 1995, tritt heute die Verlustangst angesichts der Globalisierung bei, was jedoch die historische Ursachendarstellung bereits verlässt.

Autor

Dr. Konstantin Hermann
Frauenstein



Ist Sachsen anders?

Eine historische Bestandsaufnahme

André Thieme

Umwälzungen der Nachwendejahre: Industriebrache der ehemaligen Strickwarenfabrik Aktivist Zwickau-Planitz © Wikimedia (Schlockerwitz)

¹ Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992; Aleida Assmann: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. München 1999.

Um es vorweg zu sagen: Die Prägekraft langfristiger historischer Mentalitäten wird generell überschätzt. Historische Rückschauen bis tief ins Mittelalter hinein, um „Volkscharaktere“ zu destillieren oder um kulturelle Codierungen heutiger Gesellschaften zu entschlüsseln, erfreuen uns gelegentlich im Feuilleton und manchem Sachbuch, halten aber wissenschaftlichen Kriterien selten stand. Viel stärker als uns die Vergangenheit vorgeblich prägt, prägen wir die Vergangenheit, die wir aus gegenwärtigem Blickwinkel und aus gegenwärtigen Befindlichkeiten heraus fortwährend neu interpretieren und dadurch quasi aktualisierend überschreiben.

Deshalb verrät unser Bild von der Vergangenheit häufig mehr über uns als über diese. Dennoch gibt es länger wirkende historische Traditionen und Kontinuitäten, die unter dem von Jan und Aleida Assmann eingeführten Begriff vom „kulturellen Gedächtnis“ treffend gefasst werden können. Dabei geht es um generationenübergreifend eingeübte Bilder, Texte und kulturelle Praktiken, von denen historisches Bewusstsein und Weltvorstellung mit geprägt werden.¹ Kurzfristiger, aber intensiver wirken die Einflüsse des kommunikativen Gedächtnisses, das sich aus den vorzugsweise mündlichen, persönlichen und emotionalen Überlieferungen innerhalb

einer engeren sozialen Gruppe speist. Gemeinsam fügen sich das kulturelle und das kommunikative Gedächtnis zu einem kollektiven Gedächtnis zusammen, von dem auch historisch begründete Mentalitäten vermittelt werden.

Doch eben diese historischen Mentalitäten in all ihrer Fragilität sind wiederum nur ein Teil der kulturellen Identitäten, die sich diskursiv ausformen und die dementsprechend, manchmal hoch aktuell, gesellschaftliche Zustände reflektieren. Kulturelle Identitäten entstehen in Abgrenzung des Eigenen vom Fremden – und damit immer wieder neu. Sie sind nicht zwangsläufig und nicht zwangsläufig vordergründig historisch konnotiert, und sie werden überhaupt neben mentalen stärker noch von sozialen Gegebenheiten geprägt.

Was ist dennoch mit Blick auf Sachsen, seine Geschichte und seine historischen Mentalitäten zu sagen?²

Eine besondere ältere Geschichte?

Die Frage, ob Sachsen anders sei, wurzelt in der gegenwärtigen öffentlichen Wahrnehmung: Zu konstatieren sind hierzulande eine Häufung rechtsextremer Straftaten, wiederholte schwere Krawalle vor (geplanten) Flüchtlingsheimen, rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Wahlerfolge, eine durch PEGIDA sichtbar gewordene, bis in die Mitte der Gesellschaft greifende Kultur der Fremden- und Islamfeindlichkeit sowie ein außerordentlicher Vertrauensverlust in die „etablierte“ bundesdeutsche und europäische Politik und „ihre“ Medien.

Im Blick auf die erfolgreichen rechtspopulistischen Bewegungen in Österreich, Frankreich und den Niederlanden, auf den Wahlerfolg Donald Trumps in den USA und die Brexit-Entscheidung relativieren sich freilich viele der exklusiv auf Sachsen projizierten Eigenarten – erst recht, wenn man den Blick auf die in nationaler Abschottung verharrenden ostmitteleuropäischen Nachbarn richtet. Die Auffälligkeit Sachsens besteht vor allem im innerdeutschen Vergleich, der bei Lichte betrachtet ein Ost-West-Vergleich ist. Doch der Reihe nach.

Gibt es historische Sonderentwicklungen Sachsens gegenüber anderen deutschen Regionen und Bundesländern? Ja, selbstverständlich, hat Sachsen doch eine sehr spezifische, eine sehr eigene Landesgeschichte – so wie die anderen deutschen Länder/Regionen auch. Aber wenn wir auf die ältere sächsische

Landesgeschichte blicken, so weist nichts, wirklich nichts, auf eine exklusive sächsische Sonderstellung, die für eine historische Erklärung der gegenwärtigen Phänomene in Anspruch genommen werden könnte – nicht mehr zumindest, als in anderen Teilen und Regionen Deutschlands auch.

Dass Sachsen überhaupt erst durch massenhafte Migrationen des 12./13. und 15./16. Jahrhunderts im Zusammenwachsen Eingessener und Zugewanderter seine bevölkerungsmäßigen, siedlungsgeografischen, rechtlichen und mentalen Strukturen ausgeprägt hat, hat für die heutige sächsische Gesellschaft ebenso wenig Relevanz wie die teilweise bedrückende konfessionelle Enge unter den lutherischen Obrigkeiten des späten 16. und 17. Jahrhunderts oder die nach der Konversion des wettinischen Herrscherhauses im 18. Jahrhundert aufbrechenden religiösen Zwigigkeiten mit ihren teils gewaltsamen Übergriffen auf Katholiken. Nichts davon hat sich im kulturellen Code des heutigen Sachsen „historisch-genetisch“ erhalten. Die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und mentalen Revolutionen der Moderne haben dieses Erbe nachhaltig überschrieben und weithin gelöscht. Und selbst wenn sich Reste davon in Traditionen, Überlieferungen und Gewohnheiten verschüttet und vergraben erhalten hätten – nichts wäre ausgefallen, nichts auffällig, nichts so besonders, dass es nicht auch in anderen Teilen des Alten Reiches/Deutschlands ähnlich gewesen wäre. Vergessen wir also diese spannende ältere Geschichte, wenn wir das heutige Sachsen analysieren wollen.

Sicher, Sachsen ist von der Modernisierung des 19. und 20. Jahrhunderts dann besonders geprägt worden. Industrialisierung, Bevölkerungszuwachs, Verstädterung und Entkirchlichung setzten hier früher und entschiedener ein als in den meisten anderen Regionen Deutschlands und gaben Raum für ideologische Mobilität, für neue politisch-religiöse Bewegungen: Sozialdemokratie, Kommunismus und auch Nationalsozialismus haben in Sachsen zeitig und breit Widerhall gefunden. Aber nichts davon ist im innerdeutschen Vergleich wirklich außergewöhnlich, erst recht, wenn man sozial vergleichbare Regionen in den Blick nimmt. Alle Narrative, die ein kulturelles Gedächtnis Sachsens auf heute konstatierte gesellschaftlich-politische Verwerfungen hinführen wollen, beruhen nicht auf Analyse sondern auf rückwärts gerichteter Konstruktion.

2 Und was ist nicht zu sagen; denn zunächst müssten die jeweiligen Träger einer sächsisch-historischen Gruppenidentität identifiziert und die Frage in den Blick genommen werden, wodurch diese Gruppenidentität bestimmt wird und wen sie auszugrenzen versucht. Aus einer unterstellten kulturellen Eigen-Identität dieser Sachsen wäre danach der spezifisch sächsische Anteil herauszukristallisieren und nach seinem Gewicht innerhalb dieser unterstellten Gesamtidentität zu bestimmen – alles in allem eine hoch komplexe und interdisziplinäre Aufgabe, der in diesem Essay tiefer schürfend nicht gerecht zu werden ist. Hier bleibt nur eine vorsichtige Sondierung und Problemvermessung.

Eine besondere jüngere Geschichte!

Es bleibt, was ohnehin naheliegt. Wenn wir historisch, soziologisch, kulturell oder mental das heutige Sachsen erklären wollen, müssen wir den Blick auf die jüngere Geschichte lenken, auf die letzten 70 Jahre, die Ära des kommunikativen Gedächtnisses, des Selbst-Erlebten, der großen Zäsuren und Umbrüche. Es geht um die Teilung Deutschlands und um seine Wiedervereinigung. Hier liegen, weder unerwartet noch verborgen, die Ursachen für die vor allem aus dem alten Westdeutschland wahrgenommene Andersartigkeit Sachsens, die also eine Andersartigkeit des Ostens Deutschlands ist, der 1945 unter den Einfluss des sowjetischen Imperiums geriet, der damit für 45 Jahre Teil der sogenannten „sozialistischen Staatengemeinschaft“ wurde und der nach 1990 einen gewaltigen, wirklich außergewöhnlichen Transformationsprozess durchlief. Schon aus diesem Grund ist im Übrigen ein bloßer Vergleich West- und Ostdeutschlands ohne Blick auf die anderen sozialistischen Staaten wenigstens Mitteleuropas unvollständig. Erst der parallele Blick auf Tschechien, Polen, Ungarn und die Slowakei ermöglicht eine abgerundete Analyse der ostdeutschen Gesellschaft und ihrer Entwicklungen nach 1990 – und er schützt nebenher vor allzu vorschnellen Urteilen und Vorurteilen.

Die Ursachen für eine wie auch immer zu fassende, wie auch immer soziologisch zu quantifizierende Andersartigkeit Sachsens aus der jüngsten Geschichte zu erheben ist nicht Aufgabe dieses Beitrages. Aber wenigstens fünf grundlegende historische Befunde bzw. Thesen für die signifikant erhöhte Fremdenfeindlichkeit, für das stärkere Fußfassen rechtspopulistischer Bewegungen und für die stärkeren Vorbehalte gegenüber den politischen und kulturellen Eliten seien angedeutet:

1. Soziale Wandlungen. Der Blick auf die politisch gewollte (und notwendige) „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte hat gleichwohl lange verstellt, welche sozialen und mentalen Folgen die großen Transformationsprozesse nach 1990 in Ostdeutschland gezeitigt haben. So wohlfeil es scheinen mag, die Wurzeln einer andersartigen ostdeutschen Gegenwartsgesellschaft hauptsächlich der toten DDR anzulasten, die Umwälzungen der Nachwendejahre dürften gravierendere Spuren hinterlassen haben. An erster Stelle stehen die sozialen und mentalen Irritationen im Zuge der ostdeutschen Wirtschafts- und

Rechtsanpassung der 1990er Jahre mit ihren Massentlassungen, beruflichen und besitzrechtlichen Verunsicherungen. Auch über die wirtschaftliche Konsolidierung seit dem Ende der 1990er Jahre hinaus hat diese Transformation – gerade angesichts der bei vielen übergroßen revolutionären Hoffnungen und Erwartungen – bleibende Irritationen und Enttäuschungen hinterlassen, die zu keinen grundlegenden, aber nur langsam verwachsenden graduellen Mentalitätsunterschieden in Ost und West geführt haben.

2. Demografische Wandlungen. Gravierende Folgen für Meinungsbildung und politischen Diskurs zog und zieht die stetig gebliebene Abwanderung von „jungen, gebildeten Ostdeutschen“ in den Westen nach sich. Mit Ausnahme der größeren Städte Dresden und Leipzig, die ihrerseits sogar Wanderungsgewinne verzeichnen, hat das zu einem immer spürbareren Verlust an intellektueller Substanz in den ländlichen Räumen geführt – eine im Übrigen keineswegs exklusiv ostdeutsche Entwicklung, die sich hier aber mit einer zweiten Entwicklung überlagert, nämlich:

3. Westdeutsche Eliten im Osten. Die im internationalen Vergleich durchaus gelungene Transformation und Integration Ostdeutschlands hätte ohne den gewaltigen westdeutschen Kompetenz- und Personaltransfer so nicht stattfinden können. Die Begleit- und Folgeerscheinungen führen allerdings bis heute zu gesellschaftlichen Verzerrungen. Die politischen, administrativen, wirtschaftlichen und akademischen Eliten in Sachsen und ganz Ostdeutschland werden weit überproportional von Westdeutschen dominiert. Erstaunlicherweise hat sich dieser Effekt in den letzten Jahren nicht abgeschwächt. Weite Teile der „alt-sächsischen“ Einwohnerschaft haben dadurch keinen persönlichen Bezug zu den neuen Eliten, es sei denn als Angestellte oder Untergebene. Die Folge ist eine stärkere Entkoppelung der neuen politischen, akademischen und wirtschaftlichen Elite von großen Teilen der alteingesessenen, älteren Dagebliebenen mit DDR-Biografie, die als Fremdbestimmung interpretiert wird. Eine daraus gefühlte Ohnmacht schlägt sich in der vergleichsweise geringeren Zufriedenheit Ostdeutscher mit den politischen Partizipationsmöglichkeiten verstärkend nieder und mündet in einem größeren Misstrauen gegenüber dem politisch-kulturellen Establishment und „seinen“ Medien.

Ganz konkret fehlen die Stimmen der (westdeutschen) Eliten und der abgewanderten jungen (ostdeutschen) Gebildeten aber auch

im alltäglichen privaten und kollegialen Diskurs – mit Folgen für die politische Meinungsbildung, weil dadurch durchschnittlich liberalere und tolerantere Stimmen fehlen. Sogenannte rechtspopulistische Echokammern sind infolgedessen seit der katalysierenden Flüchtlingskrise gerade in Sachsen längst nicht mehr nur virtuell, sondern durchaus real vorhanden, auch jenseits der PEGIDA-Demonstrationen und -Klientel. Dieses erfolgreiche Heraustreten aus der Meinungsisolation hat zu einer graduellen Ausweitung, Verfestigung und Vertiefung der fremdenfeindlichen und rechtspopulistischen Einstellungen in Ostdeutschland erheblich beigetragen.

4. Abschottung statt (Welt-)Offenheit. Als Folge des Weltkrieges und der anschließenden Umsiedlungen und Vertreibungen etablierten sich im bis dahin häufig multiethnischen Ostmitteleuropa (einschließlich der DDR), historisch gesehen erstmals, wirklich weitgehend national homogene Staaten, die unter dem Deckmantel eines „proletarischen Internationalismus“ und allen Verwerfungen dessen, was konkret unter der jeweiligen Nation zu fassen sei, eine ausgesprochen „nationale Kultur“ entwickelten und propagierten und weitgehend immun gegen multikulturelle Einflüsse blieben. Zu einer kulturellen Begegnung und einem kulturellen Austausch etwa mit den kasernierten Vertragsarbeitern aus Moçambique, Kuba und Vietnam kam es in der DDR folgerichtig nicht; Erfahrungen mit muslimischen Kulturen blieben völlig aus.

Dagegen setzte in Westeuropa und gerade in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren eine fortgesetzte Zuwanderung ein. Kulturelle Begegnung wurde dort Alltag; Konflikte früh ausgetragen. Die unterschiedliche Ethnogeografie hat sich auch 26 Jahre nach dem Mauerfall nicht angeglichen. Westdeutschland ist bis weit in den ländlichen Raum hinein ein immer sichtbarer migrantisch geprägtes Land; Ostdeutschland mit Ausnahme von Berlin ist, auch als Folge der rechtsradikalen Ausschreitungen und Anschläge der 1990er Jahre, ein national homogeneres Land geblieben. Dieses kulturelle Nicht-Erbe ist nolens volens im Osten Deutschlands (ebenso wie in Ostmitteleuropa) virulent und eine psychologische Hypothek. Die anthropologisch völlig selbstverständliche „Angst vor dem Fremden“ wird deshalb in Ostdeutschland angesichts der Flüchtlingsbewegungen und auch angesichts der schon im „Westen“ wahrgenommenen multiethnischen Migration zu-

mindest graduell stärker aktiviert. Faktisch heißt das, sozialisierte Ostdeutsche müssen im Durchschnitt größere intellektuelle und emotionale Energie aufbringen, um solche reflexartigen Ängste zu kontrollieren.

5. Die „nationale“ Revolution von 1989/90. Die Friedliche Revolution klang letztlich unter dem Label deutscher Einheit aus. Aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“ und der wiedervereinigte „Nationalstaat“ Deutschland zur Heilserwartung. Diese Renationalisierung war ebenso Bestandteil der revolutionären Emanzipationsbewegungen in Polen, Tschechien und Ungarn, und sie war gewissermaßen zwangsläufig, erfolgte sie doch in bewusster Ablehnung des oktroyierten proletarischen Internationalismus, einer Chiffre, die als sowjetische Fremdbestimmung verstanden wurde. Aber ausgerechnet die Revolution und ihr Wunsch nach nationaler Einheit haben einen weiteren Keim für den mentalen Dissens zwischen Ost und West gelegt. Für Ostdeutschland bilden Revolutionserfahrung und Revolutionserinnerung bis heute einen Kern der kollektiven Identität, – während sich die westdeutsche Identität durch die Wiedervereinigung letztlich kaum herausgefordert fühlte. Mit Volk und Nation machten 1989/90 überdies zwei Begriffe noch einmal revolutionäre Karriere, die im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs Westdeutschlands bereits damals umstritten waren. Dem „Deutschland, einig Vaterland“ im Osten stand eine bei den führenden kulturellen Eliten im Westen schon stärker verbreitete europäische Perspektive und ansatzweise europäische Identität gegenüber. Diese mentale Kluft hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten verringert, aber die immer noch stärker nationale Fundierung ostdeutscher Mentalität blieb, nicht zuletzt durch die Permanenz der revolutionären Polit-Eliten und ihrer Rhetorik als ein Erbe der Friedlichen Revolution erhalten.

Trotz allem, gerade im europäischen Vergleich scheinen die sozialen und mentalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nur graduell, der langfristige Prozess einer Nivellierung ist längst angelaufen und schreitet fort. Auch wenn die Flüchtlingskrise bestehende Differenzen noch einmal unters Brennglas gestellt hat, überwiegen die politischen, kulturellen und mentalen Gemeinsamkeiten oder wenigstens doch Ähnlichkeiten. Und die gemeinsamen globalen Herausforderungen dürften über kurz oder lang eine mentale Annäherung weiter beför-

- 3 Vgl. Beat Siebenhaar: Der sächsische Dialekt, in: Matthias Donath/André Thieme (Hrsg.): Sächsische Mythen. Leipzig 2011, S. 91-100.
- 4 Dazu Thomas Schaar-schmidt: Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR. Köln 2004.

dern, in Deutschland – und hoffentlich auch in Europa und in der Welt.

Sachsen – pars pro toto für den Osten

Im Zuge der Flüchtlingskrise haben sich Protest und Ausschreitung immer wieder in Sachsen ereignet bzw. wurden dort als besonderes sächsisches Phänomen wahrgenommen. Obwohl die historischen Gründe einer Sonderstellung also den ganzen Osten Deutschlands betreffen, stand und steht immer Sachsen voran. Die Gründe dafür sind einerseits strukturell und andererseits hausgemacht.

1. Sachsen ist das dichtbesiedeltste und einwohnerstärkste der „neuen“ Bundesländer, und nur in Sachsen gibt es – lässt man den Sonderfall Berlin beiseite – mit Leipzig und Dresden zwei Großstädte. Es ist also bevölkerungsstatistisch kein Wunder, dass ausgerechnet hier (in Dresden) die kritische Masse einer wahrnehmbaren Demonstration wie der von PEGIDA überschritten wurde und dass sich in Sachsen fremdenfeindliche Vorfälle statistisch häufen.

2. Seit den 1990er-Jahren konnten sich in Sachsen rechtsextreme Strukturen etablieren und verfestigen, die teilweise bis in die etablierten Lokalgesellschaften vorgedrungen sind und dort verhängnisvolle Wirksamkeit u. a. als sich immer wieder selbst reproduzierende Jugendbewegung entfalteten.

3. Die sächsische Identität speist sich in besonderer Weise aus den Erfahrungen und Erfolgen der Friedlichen Revolution. Daran knüpfte PEGIDA bewusst an. Mit der zielsicher aufgegriffenen Tradition der 1989er Montagsdemonstrationen reklamierte sie für sich durchaus erfolgreich den Nimbus einer patriotischen (sächsischen) Bürgerbewegung.

4. Dazu tritt die besondere symbolische Bedeutung Dresdens als Bühne politischer Proteste und Auseinandersetzungen. Es erregt deutlich größere mediale Aufmerksamkeit, wenn man vor der Dresdner Frauenkirche oder auf dem Dresdner Theaterplatz demonstriert als auf den Marktplätzen von Stendal, Döbeln oder Rudolstadt.

5. Sachsen und der „sächsische Dialekt“ stehen aus westdeutscher Sicht seit jeher beispielhaft für den deutschen Osten und die DDR. Das und die historisch gefestigte sächsische Identität machen Sachsen medial besonders wahrnehmbar und besonders identifizierbar, was die pauschale Zuschreibung regionaler Charakteristika erleichtert.

6. Der öffentlichen Selbstinszenierung, den Demonstrationen und Aufläufen rechtspopulistischer und fremdenfeindlicher Bewegungen konnten dort Grenzen gesetzt werden, wo ihnen frühzeitig die Mehrheitsgesellschaft im Konsens und angeführt von den etablierten Parteien, ihren Spitzenpolitikern und gewählten Amtsträgern entgegengetreten ist. Das ist in Sachsen auf Landesebene und lokal gerade in Dresden ausgeblieben. Die Reaktionen der maßgeblichen sächsischen CDU-Landespolitik im Großen und der Dresdner Stadt-oberen/der Dresdner Stadtverwaltung im Kleinen changierten allzu lange zwischen bewusstem, manchmal beifälligem Ignorieren und erbärmlichem Versagen. Klare Bekenntnisse blieben aus oder erfolgten, wenn sie dennoch abgefordert wurden, stets mit dem penetranten Verweis auf gleichzeitige, ebenso gefährliche linksextremistische Tendenzen und Straftaten.

Sachsen-Bashing als westdeutsches Problem

Die Karikatur des Sachsen, seiner Mentalität und seines Dialekts reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück. Sie ist Folge der damaligen gravierenden politischen und intellektuellen Verschiebung im Reich und seinen territorialen Nachfolgern und erfuhr mit dem anhaltenden Aufstieg Preußens zur deutschen Vormacht im 19. Jahrhundert eine erhebliche Konjunktur. Als „Bliemchen-Sachse“ etablierte sich das populäre Bild eines provinziellen, kleingeistigen sächsischen Spießbürgers voller Einfältigkeit, Geschwätzigkeit und Überheblichkeit, die mit der nachhaltigen Diffamierung des sächsischen Dialekts einherging.³

Gescholten wurden Sachsen (und Bayern) im damaligen aufstrebenden preußisch-deutschen Reich als Inbegriff provinzieller/regionaler Identität und altdeutscher Kleinstaaterei. Die Schelte diente letztlich einer preußischen Selbstkonstruktion als Nabel der deutschen Welt, von Zentralität und Berliner Bedeutsamkeit, hat aber auch nach dem Untergang des Deutschen Reichs und Preußens nichts von seiner populären Prägnanz verloren. Martin Mutschmann, nach 1933 Gauleiter und Reichsstatthalter Sachsens, schrieb sich deshalb eine Rehabilitierung der geschmähten Sachsen auf die Fahnen, eröffnete einen Feldzug gegen die sogenannten „Sachsenkomiker“ und verordnete den Sachsen selbst hochdeutsche Sprecherziehung.⁴ Vergeblich, denn über den charakteristischen Slang Walter Ulbrichts und die sächselden

DDR-Grenzsoldaten behielten Sachsen und das Sächsische vor allem in Westdeutschland einen negativen, provinziellen Beigeschmack. Die Sachsenschelte der Gegenwart kann also durchaus an eingeübte historische Bilder und Charakteristiken anknüpfen.

Untergründig dürfte auch das dazu beigetragen haben, dass das Sachsenbashing zum reflexartigen und ritualisierten medialen Begleiterinden Zeiten von Massenzuwanderung und Flüchtlingskrise, von fremdenfeindlichen Protesten und Übergriffen geworden ist. Einen vorläufigen Höhepunkt stellten die Äußerungen nach der zunächst misslungenen Chemnitzer Festnahme und dem späteren Leipziger Selbstmord des mutmaßlichen islamistischen Terrorverdächtigen Jaber Albakr in einer sächsischen Haftanstalt dar. Sachsen wurde zum „failed state“ erklärt,⁵ den Sachsen pauschal ein Austritt aus der Bundesrepublik nahegelegt und gelegentlich auch die deutsche Wiedervereinigung bedauert.

Im Vokabular und in der kollektiven Stigmatisierung erfüllte dieses Sachsen- bzw. Ostdeutschen-Bashing gelegentlich durchaus den Tatbestand der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Rhetorisch-strukturelle Parallelen zu den demagogischen, populistischen und rassistischen Aversionen gegen Flüchtlinge, Fremde und besonders gegen muslimische Migranten sind nicht von der Hand zu weisen. Und das sollte für so manchen gutmeinenden Sachsen-Basher Grund genug zum gelegentlichen Innehalten, zu Mäßigung und Analyse sein. (Gleichzeitige Hoffnungen, die medial gepushten Sachsen-Aversionen könnten den hiesigen fremdenfeindlichen Demagogen, Populisten und Rassisten im Rückschluss ihrerseits Anlass geben, eigene Kategorisierungsmuster und vorurteilende Gruppenzuschreibungen zu überprüfen, sind wohl überzogen.)

Über Sachsen, soviel steht fest, ist aus den allzu häufig pauschalisierenden Beschimpfungen eigentlich recht wenig zu erfahren. Eine wichtige Rolle spielt die Sachsen-Schelte stattdessen für die westdeutsche Gesellschaft selbst. Das Sachsenbashing überdeckt die Angst der dortigen Eliten vor der eigenen Fehlbarkeit, vor den Rassisten, Demagogen und Populisten nebenan. Das Rassistische, das national Aggressive, das Rechtsextreme wird räumlich aus dem „weltoffenen Westen“ in den „rückständigen Osten“ outgesourct, wo man es gern weiter gibt: aus Leipzig nach Dresden, aus Dresden nach Freital und Heidenau ...

Das Sachsen-Bashing dient letztlich der Selbstvergewisserung eigener westdeutscher Überlegenheit. Es dient der Konstruktion einer scheinbaren westdeutschen Mehrheitsgesellschaft, die „anders“ ist. Es behauptet, in einem qualitativ deutlich messbaren Maße moralischer, demokratischer, weltgewandter zu sein. Es appelliert an das nun schon 26-jährige Unbehagen über eine deutsche Einheit, die den europaorientierten Eliten Westdeutschlands – im Großen und Ganzen zu Recht! – als nationalstaatliche Retardierung erschienen ist. Es bedient das Klischee vom abgehängten, sozial deprivierten Ossi, den man heute nicht mehr an seinen Kleinwagen und schlechten Klamotten erkennt, sondern bestenfalls an seinen schlichten Weltvorstellungen, schlimmstenfalls an einer rechtsextremen Geisteshaltung.

Sollte dieses Ostdeutschen-/Sachsen-Bashing freilich dazu beitragen, dass PEGIDA und PEGIDA-Mentalitäten im Westen weniger Fuß fassen konnten und können, dann hätten die fragwürdigen Überzeichnungen ihren tieferen Sinn gefunden. Ich möchte allerdings bezweifeln, dass dies als Bollwerk dauerhaft reicht. Denn so „anders“ ist Sachsen eben nicht!

5 Beispielhaft dafür Jakob Augstein auf Twitter am 14.10.2016: <https://twitter.com/augstein/status/786311007916462080>; und Florian Gathmann in Spiegel Online ebenfalls am 14.10.2016: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jaber-al-bakr-suizid-in-sachsen-failed-freistaat-kommentar-a-1116399.html>.

Autor

Dr. André Thieme
Staatliche Schlösser,
Burgen und Gärten
Sachsen gGmbH
Leiter Museen
Stauffenbergallee 2 a
01099 Dresden



Das Geheimnis des Sachsenstolzes

Warum der „Nachbau West“ zu Ende geht

Antje Hermenau

Sachsenstolz: Motiv einer Kampagne der Tourismuswerbung, 2001
© Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen mbH, Dresden

Die Sachsen gibt es eigentlich gar nicht. Jedenfalls nicht so, wie die heutigen Sachsen sich selbst und alle Welt sie wohl größtenteils verstehen. Sie sind als regionale Bevölkerung aus einem bunten Mischmasch von Zuwanderern aus dem mitteldeutschen Raum entstanden, aus heutigen Bundesländern wie Thüringen, Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg. Das erlaubt schon ein historisches Zitat als „Bayern des Ostens“, das auch

immer wieder gerne in Anspruch genommen wird, bis hin zur Bezeichnung Freistaat, die sofort deutlich werden lässt, dass die Sachsen jeden Provinzialismus von sich weisen und sich gegen (preußischen) Zentralismus verwahren. Und den Namen „Sachsen“ mussten sie sich auch aus dem Norden, in dem unter dem Sammelbegriff „Sachsen“ viele verschiedene Stämme zusammengefasst wurden, leihen. Diese Region der Saxones ging weit über

das heutige Niedersachsen hinaus und umfasste viele einzelne Stämme. Ein Königssohn aus dem Hause der Askanier brachte ihn im Zuge einer dynastischen Namenswanderung mit, als ihm diese Ländereien, die später dann an die Wettiner fielen, zukamen¹. Reichlich tausend Jahre ist dies her und geht damit spätestens mit der Verleihung der Kurfürstenwürde im 14. Jahrhundert als Region und Bevölkerungsgruppe mit langer Tradition und Geschichte im Vergleich mit anderen europäischen Regionen sehr gut durch. Immerhin prägten die „Obersachsen“ ihr Bild von sich selbst so stark, dass aus dem ursprünglichen Sachsen ein bis in die Neuzeit geltendes Niedersachsen wurde, dessen Bezeichnung benutzt wird, um die beiden Sachsen voneinander zu unterscheiden, während sich die Bezeichnung Obersachsen nicht dauerhaft durchsetzte. Sachsen ist Sachsen – geworden. Vielleicht glich das damalige Sachsen vielmehr den USA vor einigen Jahrhunderten, als unterschiedliche Einwanderer in einem Land, das sie zu besiedeln begannen. Sie packten gemeinsam an und fanden sich zusammen. Gut denkbar, dass damals schon das zupackende und erfunderische Naturell der heutigen Sachsen geprägt wurde, genauso wie ihr Zusammengehörigkeitsgefühl.

Die Sachsen haben sich dieses Naturell bis hin ins Eigenbrötlerische über Jahrhunderte hinweg erworben und immer wieder unter auch sehr harten Bedingungen unter Beweis gestellt. Das gibt ihnen die Sicherheit, vieles bewältigen zu können und schafft eine quasi natürliche Skepsis zu aus ihrer Sicht selbsternannter Obrigkeit, die mitunter aber auch verborgen wird. Resultat sind mitunter daher auch unterschiedlichste Abwehrreaktionen gegenüber Neuankömmlingen, die vermeintlich herumkommandieren oder sich nicht aktiv mit einbringen wollen, oder letztendlich der vollkommene Rückzug aus dem öffentlichen Geschehen. Hier ist auch die sprichwörtliche „sächsische Heimtücke“² einzuordnen, die allerdings nicht mit der sehr ehrlichen sächsischen Gastfreundschaft verwechselt werden sollte.

Es war wohl so, dass germanische Stämme diese Region des heutigen Sachsen im 3. und 4. Jahrhundert verlassen hatten und slawische Stämme, vor allem die Sorben, nachrückten. 600 Jahre später jedoch mussten diese Slawen wiederum nach und nach anderen germanischen Zuwanderern aus Mitteleuropa weichen. Dieser Prozess dauerte Jahrhunderte und verlief innerhalb Sachsens unterschiedlich schnell. Bis heute kann man erkennen,

dass es ein Ost- und ein Westsachsen gibt. Ostsachsen war immer mit Polen, Böhmen und Ungarn verwoben. Westsachsen, und hier insbesondere Leipzig, ist mitteldeutsch geprägt und enger mit Thüringen und Sachsen-Anhalt verbunden. Deshalb ist auch die Rivalität zwischen Leipzig und Dresden nicht nur eine starke Divergenz zwischen einer freien Bürger- und Handelsstadt auf der einen und einer Residenzstadt³ auf der anderen Seite, sondern es kommt auch noch hinzu, dass Dresden als ostsächsische Metropole enger an das östliche Mitteleuropa angebunden war und ist. Dresden war lange mit den Habsburgern verbündet, hat u. a. auch Truppenhilfen gegen die Türken, die vor Wien standen, entsandt. Die Oberlausitz wurde von polnischen, böhmischen oder ungarischen Königen regiert, und Sachsen hat den Polen auch mal einen König gegeben (August der Starke). Da Dresden heute wieder Hauptstadt des Freistaates Sachsen ist, die das Land nach außen hin prägt und vertritt, spielt dies eine Rolle in der Wahrnehmung auch aus der Leipziger Region, die sich anders definiert, nicht zu sprechen von der Wahrnehmung aus anderen deutschen Bundesländern.

Es hätte aus diesem Grunde sehr guten Sinn gehabt, die mitteldeutschen Städte Jena, Chemnitz, Leipzig und Halle als Sonderwirtschaftszone gemeinsam starten zu lassen, anstatt diesen Kultur- und Wirtschaftsraum wieder kleinstaatlich in unterschiedliche Förderregionen durch Landesgrenzen zu zerlegen. Leipzig hätte einen eigenen mitteldeutschen Weg finden und gehen können. Diese Chance wurde vielleicht nicht erkannt, aber jedenfalls nicht erkennbar genutzt.

Schon in der Zeit der DDR zeigte Sachsen mit einem Bevölkerungsanteil von ca. 25 Prozent, aber einer Wirtschaftsleistung von ca. 40 Prozent, wo das industrielle Herz der DDR schlug. Sachsen gehörte bereits im 19. Jahrhundert zu den stärksten Industrieregionen in Europa und konnte nach der Friedlichen Revolution wieder erfolgreich an seine mittelständische Entwicklung anknüpfen. Das prägt die Mentalität und den Sachsenstolz.

Diese über Jahrhunderte seit dem Mittelalter gewachsene Struktur des Landes wurde zu wenig berücksichtigt, als der „Nachbau West“ mit dem Mauerfall begann. Nun brechen diese Versäumnisse ernsthaft auf und sind nicht auf Sachsen beschränkt, wie man an den Diskussionen über Europa im ehemaligen Ostblock ablesen kann. Allerdings wird Sachsen innerdeutsch zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges über seine „Zugehörigkeit zu

- 1 Weitere Details unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Sachsen>.
- 2 Damit wird eine scheinbare Unterordnung und Zurückhaltung der eigenen Meinung um des lieben Friedens beschreiben. Harmonie ist wichtig. Das kann durchaus unehrlich auf Außenstehende wirken.
- 3 „Residenzstadt Dresden“ sei nicht bürgerlich-diskursiv, sondern „höfisch-repräsentativ“, also auch nicht dynamisch, führt Prof. Winfried Müller von der TU Dresden, Inhaber des Lehrstuhls für Sächsische Landesgeschichte, aus.

- 4 Der Vorschlag eines „Säxit“ wurde mehrmals medienöffentlich in der Auseinandersetzung zurückweisend gebraucht.
- 5 Welche Seite ist die richtige? Diese Frage ist vor allem geprägt von der Angst, auf der falschen Seite zu landen. Dann möchte man sich doch eher ganz heraushalten.
- 6 Karl-Siegbert Rehberg spricht in diesem Zusammenhang vom „Refugiumbürgertum“. Der Dresdner Kulturoziologe beschreibt die Hingabe an das Schöne und Gemütliche, das sich in Stolz und Rückzug zeigt, eine grundlegend barocke Einstellung: man weiß, dass das Leben schlimm ist, man feiert es trotzdem mit Bildung und Kultur.
- 7 Die Landeskirche trägt bewusst das Attribut „evangelisch-lutherisch“. Weitere Ausführungen unter https://de.wikipedia.org/.../Evangelisch-Lutherische_Landeskirche_Sachsen... Geschichte.
- 8 Diese Aufmüpfigkeit gegenüber „den Oberen“, zumal, wenn sie außerhalb Sachsens sitzen, gab es immer wieder, z. B. auch 1989, als am 8. Oktober in Dresden und am 9. Oktober in Leipzig der Schießbefehl aus Berlin nicht umgesetzt wurde, sondern Gespräche zwischen der Bevölkerung und den örtlichen SED - Spitzen aufgenommen wurden.
- 9 Deutsch: ja.

Deutschland/Europa⁴“, da es ausreichend Sachsen gibt, die ihrer Tradition folgen und daher selbstempfundene „kulturellen Widerstand“ leisten. Hierbei gibt sich der Westen Europas als fortgeschritten, aufgeschlossen und modern aus und steht damit „auf der richtigen Seite“⁵ der Geschichte. Und der Osten Europas, aus der Sicht eben dieses Westens rückwärtsgewandt, fremdenfeindlich und altmodisch und damit natürlich „auf der falschen Seite“ der Geschichte sieht in Dresden noch am ehesten die deutsche Metropole, wo er sich akzeptiert und verstanden fühlt. Das hat auch damit zu tun, dass das Dresdner Bürgertum ein sehr spezielles Eigenleben zu DDR-Zeiten führte und eine gewisse Enklave bildete.⁶ Aber das ist keine auf Dresden konzentrierte Wahrnehmung. Richard Sulik, slowakischer EU-Abgeordneter, trug in der Sendung „Anne Will“ am 26. Juni 2016 sinngemäß vor, dass die Slowakei auch dann keine von der EU-Kommission aufgedrängte Flüchtlingsquote akzeptieren würde, wenn Brüssel die EU-Gelder kürzte oder einfriere. Die wieder errungene Selbstbestimmung spielt im östlichen Mitteleuropa eine große Rolle, die vielleicht im Westen unterschätzt wird.

Sachsen spielte auch historisch seine Rolle während der Reformation durch Martin Luther und hat den Calvinismus stets abgelehnt⁷, aber dann seinen Frieden auch mit der römisch-katholischen Kirche gefunden. Bis heute gibt es Regionen in Sachsen, in denen die Heilige Schrift sehr nah am Text und relativ eng ausgelegt wird. Man trifft auch immer wieder auf eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den Ideen der Aufklärung. Das führte wiederholt zu politischen Spannungen innerhalb Sachsens, aber auch innerhalb Deutschlands. Diese Spannungen speisen auch einen Teil des Grundgefühls, man solle politisch „erzogen“ werden, um sich „den neuen Herren“ anzupassen. Für eine Demokratie, die von der Stärke der Demokraten und dem Föderalismus lebt, ist das eine belastende Entwicklung. Für einen Sachsen kann das die Bestätigung seiner Grundempfindung, sich jemandem unterordnen zu sollen, der in seinen Augen dafür keine ausreichende Autorität besitzt, sein⁸.

Auch hat es Sachsen immer wieder geschafft, sich nach Verheerungen aus der Asche zu neuem Glanz zu erheben, insbesondere nach dem Dreißigjährigen Krieg. Die schnelle Erholung fußte nicht nur auf den guten Böden, den reichen Erzvorkommen und der sehr gut organisierten Verwaltung, sondern auch auf

den größtenteils böhmischen Exulanten, also Zuwanderern. Sie glichen Bevölkerungsverluste schnell aus und waren mit verantwortlich für den schnellen ökonomischen Aufschwung ihrer neuen Heimat, die sie mit ihrem technischen Know-How und ihrem Gewerbefleiß bereicherten. Die Stände hatten daher immer einen großen Einfluss auf die Gesellschaft. Und das hat sich bis heute nicht geändert. Sachsen hat also eine lange und erfolgreiche Zuwanderungsgeschichte. Wer kräftig mit anpackte, war schnell akzeptiert und integriert. Kam diese Zuwanderung zustande, kam das Land auch schnell wieder zu materiellem Glanz, so, wie auch nach dem Mauerfall 1989.

Allerdings ging die Anerkennung zunehmend in den letzten Jahren zurück, und das spüren viele Menschen. Das Gefühl, die eigene Leistung, die eigene Anstrengung würde nicht angemessen honoriert, macht sich langsam bei vielen Sachsen breit. Dieses Gefühl der Entwertung der vermeintlich harten Gemeinschaftswährung Euro seit der Finanzmarktkrise und der Entwertung der Aufbauleistung durch das unkontrollierte Öffnen der Landesgrenzen hat viele über 40-Jährige ratlos mit dem Gefühl zurück gelassen, sich für die falschen Ziele ins Zeug gelegt und die Bedeutung der Zugehörigkeit zur Ersten Welt und damit zum Club der reichen Industriestaaten überschätzt zu haben. Also kehren nicht wenige zu ihren historischen Wurzeln zurück und überlassen „den Westen“ seiner als solche wahrgenommenen Hybris und Schwäche. Der inflationär gebrauchte Vorwurf, man sei ein Nazi, wenn man diese oder jene Frage aufwürfe, hat diese Tendenz noch verstärkt und dabei hat dieser Vorwurf seine Wirksamkeit massiv verloren.

Und all das geschieht in einem Land, das immer Zuwanderungsland war: Man erkennt das auch an der Lausitz, die erst recht spät im 17. Jahrhundert an Sachsen fiel und ebenfalls ein klassisches Zuwanderungsgebiet gewesen ist. Die Neusiedler kamen sogar aus Flandern oder dem Rheinland. Und sie lebten unter böhmischen Königen. Die Elbe war neben dem Pfad über Görlitz und Zittau der gemeinsame Verkehrsweg, der die Regionen miteinander und mit der Ostsee verband. Bis heute signalisiert das Dresdner mundartliche „nu nu“, das vom tschechischen „Ano“⁹ herühren soll, wer die Gutsherren lange waren und wer die Befehle entgegen nahm und die Arbeiten ausführte.

Das Auf und Ab im germanisch-slawischen Grenzgebiet hat Sachsen auch durch die

Wahrnehmung Dresdens als Hauptstadt über Jahrhunderte geprägt, zumindest den südöstlichen Teil. Viele Rückkehrer aus der Ostbesiedlung ließen sich, auch schon vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in Sachsen nieder. Deren Erfahrungen flossen in die gesellschaftliche Erinnerung ein. In den Zeiten der DDR fand kaum eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen ererbten Ansichten statt. Es gab strafbewehrte Verbote, aber keine entsprechende breite Debatte in der Gesellschaft. Der inflationäre Gebrauch dieses Vorwurfs eines latenten weiterverbreiteten Rassismus, verbunden mit einer totalen Kommunikationsverweigerung, hat ihn wirkungslos gemacht. Vielen ist ihr Sachsenstolz wichtiger als der Vorwurf, abweisend gegenüber anderen zu sein.

Prof. Dr. Günter Jäckel führte in seiner Rede zum 20-jährigen Jubiläum des Dresdner Geschichtsvereins vom 3. April 2002 aus, dass „Dresden als Schnittpunkt der Kulturen des Slawischen und des Latein-Romanischen [...] als] Mitte einer Verknüpfungslandschaft zwischen Norden und Süden, Osten und Westen, [...] stets im Kontext der europäischen Kulturgeschichte gestanden“ habe. Sachsen ist ein klassisches Einwanderungsgebiet und durchlief historisch ein ständiges Auf und Ab an Öffnung und Zuwanderung und an Schließung und Konsolidierung. Die letzte Öffnung und Zuwanderung liegt noch nicht einmal ein Vierteljahrhundert zurück.

Nach dem Siebenjährigen Krieg wiederum schwer verwüstet und finanziell ruiniert, stieg es schnell innerhalb von 40 Jahren wieder zu einem führenden Wirtschaftsstandort auf. Diese Aufbauleistung hat sogar eine eigene Bezeichnung erhalten: das Sächsische Rétablissement.¹⁰ Man darf also davon ausgehen, dass die Sachsen das können: nach einer Verheerung zu neuer ökonomischer Blüte aufzusteigen. Und die ökonomische und infrastrukturelle Aufbauleistung nach der Friedlichen Revolution zeigt es ebenfalls. Dieses wurde auch dadurch befördert, dass nach der Friedlichen Revolution insbesondere Naturwissenschaftler und Techniker hoch im politischen Kurs standen, weil die Gesellschaftswissenschaften dem DDR-Regime tendenziell doch näher standen. Inzwischen macht sich das aber auch negativ bemerkbar, denn es fehlt offensichtlich in der Politik an „Gesellschaftsingenieuren“, die die Zivilgesellschaft befördern und weiter entwickeln. Das wird umso offensichtlicher, je klarer man sich vor Augen führt, dass die SED das Ziel hatte, das Bürgertum zu zerschlagen und die Arbeiter-

klasse zur führenden Klasse in der Gesellschaft zu erheben. Daraus erwuchs durchaus u. a. auch ein neues Bildungsbürgertum, aber es wurde auch viel historisches Bürgertum zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert beschnitten. In einer Demokratie kommt einer breiten bürgerlichen Schicht aber eine wichtige Aufgabe zu: die Stabilisierung der Mitte. Dafür braucht sie eine gewisse Mindestmasse und Einigkeit in grundlegenden zivilisatorischen Fragen. Durch die Brüche im 20. Jahrhundert wurde das Bürgertum in Sachsen aber nicht nur reduziert, sondern auch mehrmals neu durchmischt¹¹.

Es fehlt also offenbar an einer breiten bürgerlichen Schicht, die über Jahrhunderte homogen geblieben wäre und eine starke Stellung in einer Demokratie einnehmen könnte. Eine breite bürgerliche Mitte in Sachsen müsste sich weitgehend einig sein und andere Schichten integrieren und mitnehmen, statt sich von ihnen abgrenzen, um dieser Rolle gerecht werden zu können. Das ist im Osten Deutschlands, insbesondere in einer Hauptstadt wie Dresden mit Regierungssitz, durch zwei völlig verschiedene Eliten erkennbar schwieriger. Dieser Prozess konnte erst nach 1989 wieder beginnen, in dessen Konsequenz unterschiedliche Traditionen des Bürgertums, insbesondere durch den Zuzug aus dem Westen Deutschlands, eher aufeinander prallten.

Diese Spaltung fällt insbesondere auf, wenn man einerseits die Teilnehmerstruktur an den PEGIDA-Demonstrationen im Januar 2015¹² studiert, zu der Professor Hans Vorländer, Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung, u. a. ausführte, dass fast die Hälfte der Teilnehmer über das Abitur oder gar einen Hochschulabschluss verfüge und andererseits auf den Gegenveranstaltungen oft jüngere Menschen aus ganz Deutschland und Menschen, die aus dem Altbundesgebiet zugewandert sind, zu finden seien, ebenfalls mit hohem Bildungsgrad. Welche der beiden bürgerlichen Gruppen die kultiviertere ist, ist offen geblieben. Unversöhnlichkeit wurde von beiden Seiten verbalisiert.

Die mangelhafte Aufarbeitung der Nazizeit in der DDR hat auch ihre Spuren hinterlassen. Diese Antifaschisten mussten ja auf der richtigen Seite sein. Ihre Lehre musste ja stimmen, und ihre gnadenlose Geschichtsauslöschung, um Platz für den Glanz ihrer eigenen neuen Welt zu schaffen, wurde nie breit gesellschaftlich aufgearbeitet. Die DDR-Führung hat Neonazis geächtet. Ausei-

10 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Rétablissement](https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%A9tablissement).

11 In Dresden kann man davon ausgehen, dass sowohl 1945 und als auch 1989 eine erhebliche Einwanderung in die bürgerlichen Schichten stattfand.

12 Am 25. Januar 2015 ca. 25.000 Menschen.

13 Vgl. Tom W. Smith, NORC/University of Chicago, RELEASE APRIL 18, 2012. Gesamtstudie unter www.norc.org/pdfs/beliefs_about_god_report.pdf.

14 Joachim Fischer: Bürgerliche Gesellschaft. Zur historischen Soziologie der Gegenwartsgesellschaft, in: Clemens Albrecht (Hrsg.); Die bürgerliche Kultur und ihre Avantgarden. Würzburg 2004, S. 97.

mandergesetzt hat man sich mit ihnen intellektuell nicht. So blieb vieles über Jahrzehnte öffentlich unwidersprochen, was privat am Küchentisch nicht nur der Vertriebenenfamilien geäußert wurde. Das ermöglicht den Nazivorwurf von der einen Seite und das Verlachen der Nazikeule von der anderen Seite. PEGIDA und NOPEGIDA treten beide meinungsstark auf und wännen sich jeweils auf der richtigen Seite – aber sie diskutieren nicht miteinander. Es ist ihnen selbst wichtiger, die richtige Seite einzunehmen und zu verteidigen. Eine politische Streitkultur ist in Dresden, wie vielleicht auch in vielen deutschen Städten, eine Entwicklung, die noch stattfinden muss. NOPEGIDA wird als latent westdeutsch empfunden und bekommt einen Hauch von Erziehung und Anpassungsdruck. Es gibt viel „enttäuschte Liebe“ gegenüber „dem Westen“, die sich auch über den Aufbau-Ost-Helfern oft ungerechtfertigt entlädt. Auch das spiegelt sich in dieser Unversöhnlichkeit wider.

Dieser Riss geht nicht nur durch das Bürgertum, sondern auch durch die Kirchgemeinden. Heftige Diskussionen in den Gemeinderäumen und Kirchen hat es mehr als eine gegeben – in beiden großen Konfessionen.

Die Kirchen spielen in Sachsen im exekutiven Bereich eine erstaunlich große Rolle, wenn man sich ansieht, wie stark Gläubige nicht nur nach der Friedlichen Revolution an den Runden Tischen damals aktiv waren, sondern auch bis heute in der Landesregierung vertreten sind. Ihr Bevölkerungsanteil liegt bei ca. 25 Prozent. Es gibt kein anderes Land, nicht einmal der tschechische Nachbar, das so stark von Menschen bevölkert ist, die der Religion bewusst entsagten oder niemals mit ihr wirklich in Berührung kamen. Nur 13 Prozent der Ostdeutschen erklärten laut der internationalen Studie „Belief About God Across Time and Countries“¹³, sie seien schon immer gläubig gewesen. 59 Prozent und damit mehr als anderswo weltweit sonst gaben an, dass sie „niemals an Gott geglaubt“ hätten. Sachsen ist da keine Ausnahme im ostdeutschen Vergleich.

Aber daraus kann man nicht ableiten, dass die Gläubigen nun alle auf der Seite der Regierung stünden und die Atheisten bei PEGIDA mitliefen. Viele „Spaziergänger von Dresden“ aus dem Jahre 2015 waren Christen und haderten mit der Regierung in der einen oder anderen Frage grundsätzlich; und damit ist nicht immer Berlin gemeint. Gerade weil die Regierung so stark aus Christen zusammengesetzt ist, ist die Erwartungshaltung

dieser Bevölkerungsgruppe so hoch. Was man 2015 zum Höhepunkt von PEGIDA beobachten konnte, ist folgendes: Ein bestimmter Teil des Dresdner Bürgertums „verbündete“ sich mit den Demonstranten, um das Vehikel PEGIDA für ihren Protest zu nutzen. Und ein anderer Teil des Bürgertums, vorzugsweise zugewandert aus dem Westen, reagierte sehr heftig darauf, nachdem es anfänglich völlig falsch bewertet hatte, wie viele Facetten die Protestbewegung hat. PEGIDA wurde anfänglich massiv unterschätzt, auch von der Regierung.

Diese unterschiedlichen Gruppen kommunizieren offenbar nicht ausreichend miteinander. Alle blieben viele Jahre unter sich und wichen einander in festen sozialen Netzwerken aus. So entstanden Selbstvergewisserungsgemeinschaften, die von einer ratlos gewordenen Gesellschaftssoziologie nicht mehr moderiert werden konnten, da diese selbst in der neuen Unübersichtlichkeit der Welt nach Orientierung sucht und keine zu geben vermag.

„Die Gesellschaftstheorie befindet sich in ihrer Gegenwartsdiagnostik in einer Theorie-not, denn als Antwort auf die Frage, was unsere Gesellschaft zusammen hält, bleibt die gegenwärtige Fülle der ‚soziologischen Gegenwartsbegriffe...‘: Postindustrielle Gesellschaft, Risikogesellschaft, Erlebnisgesellschaft, aktive Gesellschaft, Disziplinargesellschaft, Konsumgesellschaft, Mediengesellschaft... die moderne Unübersichtlichkeit.“¹⁴

Die Sachsen gehören zu Deutschland innerhalb der gültigen Parameter für ein demokratisch verfasstes Bundesland in einer modernen Industrienation. Die Abweichungen liegen im Toleranzbereich. Dass das andere Deutsche nicht so empfinden, kann mehrere Ursachen haben. Denkbar ist, dass der Sachverhalt, dass sich die vor zwei Jahrzehnten zugewanderten Westdeutschen sehr unterschiedlich in die einheimische Bevölkerung integriert haben, eben auch eine bundesweite Wahrheit widerspiegelt. Die Anpassung wird von den Ostdeutschen erwartet. Sinnfragen sind eher unangenehm. Denn die Westdeutschen müssen ja „auf der richtigen Seite“ gestanden haben. Wie hätten sie sonst die Systemauseinandersetzung gewinnen können?

Auffällig ist, dass der Rückgang der Touristen, den Dresden durchaus zu verzeichnen hatte, vor allem auf den Rückgang westdeutscher Besucher zurück zu führen ist. Ähnliches beobachtet man an den Hochschulen: vor allem die Zahl der westdeutschen Studie-

renden geht zurück. Es gibt Interpretationen, die dies für eine innerdeutsche moralische Strafaktion halten. Da sich andere europäische Staaten aber offenkundig nicht daran beteiligen, steht die Frage, ob der sächsische Weg der Sonderweg ist oder der deutsche Weg ein besonderer ist, offen im Raum. In der Zuwanderungsfrage ist Deutschland mehr vom europäischen Konsens abgerückt als Sachsen oder Osteuropa, zumindest laut der Verträge. Aber viele Sachsen können auch auf ihr eigenbrötlerisches Naturell nicht verzichten. Da kann der Verdacht eines sächsischen Sonderweges aufkommen. Ob es sich dabei um eine Positionierung als Außenseiter oder Vorreiter handelt, wird die Zukunft beantworten müssen. Vielleicht ist PEGIDA auch ein Demokratie-TÜV: Erst wurde in den 1990er Jahren die Linke stark als Protest gewählt, dann ein Jahrzehnt später die NPD. Die zweite Eskalationsstufe war die fallende Wahlbeteiligung. Spaziergänger bei PEGIDA zu sein, war die dritte. Und nun die AfD zu wählen, scheint die vierte Eskalationsstufe zu sein. Und dieser Protest ist nicht auf Dresden oder Sachsen reduzierbar. Sonst gäbe es keine zweistelligen Wahlergebnisse in westdeutschen Bundesländern oder Stadtstaaten wie Berlin.

Demokratie ist nicht schlecht. Das sehen sehr viele Menschen in Sachsen so. Aber das Versprechen der Meinungsfreiheit, eben, „dass man alles sagen dürfe, was man wolle“, tritt so gefühlt nicht ein. Es gibt moralische Äch-

tungen, die aus gesellschaftlichen Debatten stammen, in denen die Altbundesrepublik noch unter sich diskutierte. Diese sind hier zum Teil bekannt, zum Teil aber auch nicht. Die DDR-Führung ist diesen gesellschaftlichen Debatten in den 1960er und 1970er Jahren ausgewichen. So wird hier Ungleichzeitigkeit zur gesellschaftlichen Verwerfungszone. Aufgrund der Durchsetzung der Verwaltung und auch anderer Spitzenjobs in der Gesellschaft mit sehr vielen, die in Westdeutschland vor dem Mauerfall sozialisiert wurden und hier den Aufbau Ost als „Nachbau West“ voran brachten, prallen hier nun zwei Welten aufeinander. Diese würden in jedem anderen Land eher zusammen gehören, aber sie sind hier zeitlich und nun auch gesellschaftlich voneinander getrennt. Soll Demokratie in ostdeutschen Augen funktionieren, wird sehr viel über die letzten 27 Jahre zu reden sein, um am Ende neu miteinander auf Augenhöhe auszuhandeln, was die deutsche Gesellschaft die nächsten 25 Jahre zusammen halten soll. Modernisiert worden ist jetzt in den Augen vieler Sachsen erst einmal genug. Nun muss das Erreichte konsolidiert und geschützt werden. Darauf werden viele Sachsen bestehen – weil sie den Dingen gerne bis zur Schmerzgrenze auf den Grund gehen, eigenbrötlerisch und erfinderisch sind und selbst über ihre Zukunft entscheiden wollen. Aufbauen kann man sie dann gerne wieder gemeinsam. Aber der „Nachbau West“ ist zu Ende.

Autorin

Antje Hermenau
Dresden



Anders

Jens Baumann

Gibt es „die Sachsen“ überhaupt?
 Demonstration für Flüchtlinge in
 Dresden, 2015
 © dpa

*Und dann mag es geschehn, dass
 ein Argwohn entsteht.
 Denn neue Erfahrung
 Bringt den Satz in Verdacht.
 Der Zweifel erhebt sich.
 Und eines Tages streicht ein
 Mensch
 Im Merkbuch des Wissens
 Bedächtig den Satz durch.
 aus „Lob des Zweifels“
 von Bertold Brecht*

Anders – so lautet auch der Titel eines Romans von Jörg Bernig aus Radebeul¹, der aus einem angesehenen Lehrer auf Grund falscher, absichtlich falscher, Verdächtigungen wegen sexueller Belästigung einen Außenseiter werden lässt, der sich seinen Kollegen, seiner Frau und letztlich sich selbst entfremdet. Der Lehrer, der kommunalpolitisch aktiv werden wollte und auf ideologische Widersacher stieß, entzieht sich seinem fremdfehlgeleiteten Leben durch Flucht in einen großen See, den zu durchschwimmen kaum machbar erscheint. Bernig schildert eindringlich, welche Kraft ein Verdacht haben kann, dass der Beweis eben nur noch in der Naturwissenschaft gefordert ist, und sonst im gesellschaftlichen Leben allein Augenschein, Bauchgefühl, Mehrheitsmeinung jede Verteidigung unmöglich machen, ja der Beweis gar nicht mehr verlangt wird. Ein gesellschaftliches Urteil, ein Stigma, ergeht vor dem Widerwort der inkriminierten Person. Und ist die- oder derjenige erst in einer gesellschaft-

lichen Frage in Verruf gebracht, dann erledigen sich auch alle seine anderen Talente in den Augen der Öffentlichkeit. Eine Beschuldigung reicht wie im Roman so auch im wirklichen Leben und das Gedächtnis der Öffentlichkeit im Internet, auf dem auch die Berichte der Massenmedien fußen, vergisst ein Leben lang nicht.

Der Gottesbeweis durch das future exactum, das Future II, von Robert Spaeman hat hier quasi seine Entsprechung; es wird aber nicht nur nichts vergessen, sondern auch moralisch, unabhängig vom eigentlichen ehemaligen Sachgegenstand, und unter der Fahne der Toleranz, die man vertrete, fortwährend diskreditiert. Wenn das Etikett einmal haftet: „Es lastet ein Fluch auf dem Etikett. Im Jackett, am Kotelett, Auf dem Kopf hinterm Brett, Am Brikett, am Korsett, Jedem Ding von A bis Z Klebt es dick und fett: Das Etikett!... das Etikett ...“, dichtete Reinhard Mey. In den seltenen Fällen, wo die oder der Gefallene sich wieder aufrichten kann, kehren

1 Jörg Bernig: Anders. Roman, Halle 2014.

auch die (nunmehr erwiesenermaßen nur noch vermeintlichen) Freunde wieder zurück.

Um das Bild des Romans bei Bernig aufzunehmen: Ein solch großer See, trotz der wunderschönen Bergbaunachfolgelandschaften in Form von Seen, worin schon einige sächsische Orte begraben liegen, fehlt für Sachsen, worin es sich selbst versenken könnte oder nach Meinung anderer versenkt werden sollte. Denn auch auf Sachsen lastet ja das Stigma, dass signifikante Kreise der Bevölkerung rechtsgerichtete Haltungen und ausländerfeindliche Meinungen vertreten. Verliehen u. a. von Wolfgang Thierse mit seinen „sächsischen Verhältnissen“, also Konsensabweichungen, oder von Stefan Schirmer in der Zeit vom 21. August 2015, wo er Sachsen als das „unsympathischste deutsche Bundesland“ ausmachte und den Sachsen einen Säxit nahelegte, immerhin ja keine Leserzuschrift in einer bundesweiten sich als liberal sehenden Wochenzeitung, sondern eine Autorenmeinung. Und wie beim Bernig'schen Lehrer wird aus der Meinungsäußerung ganz unauffällig über die Zeit hinweg eine Tatsache, für die es sich nun in Sachsen zu verteidigen gilt. Wie kann das eigentlich heute geschehen, was ist da geschehen und ist Sachsen wirklich: Anders? Und was ist denn anders und warum?

Der Autor möchte einige Blickmöglichkeiten anbieten, die auf Widerlegung stoßen dürfen, aber vielleicht die eigene Sichtweise und die eigenen Diskussionszugänge zumindest anregen könnten.

Damit sind wir schon bei einem ersten wichtigen Punkt, der noch ganz unabhängig von Sachsen gilt: Diskussion. Was heißt das eigentlich? Schauen wir in Nachschlagewerke, so finden wir für Diskussion die Erläuterung als ein lebhaftes, oft kontrovers geführtes Gespräch über ein Thema oder Problem. Diskussion stammt vom lateinischen *discussio* und meint mithin ursächlich Untersuchung, Prüfung, Erörterung oder auch eine Sache besprechend erwägen. Bei den gesellschaftlichen Diskussionen besteht heutzutage manchmal noch Einigkeit um das Thema, auch wenn bereits hier oft auf die Empfehlungen von Arthur Schopenhauer zurückgegriffen wird und zwar auf seinen Kunstgriff 1: „Die Erweiterung. Die Behauptung des Gegners über ihre natürliche Grenze hinausführen, sie möglichst allgemein deuten, in möglichst weitem Sinne nehmen und sie übertreiben; seine eigne dagegen in möglichst eingeschränktem Sinne, in möglichst

enge Grenzen zusammenziehen: weil je allgemeiner eine Behauptung wird, desto mehreren Angriffen sie bloß steht. Das Gegenmittel ist die genaue Aufstellung des *puncti* oder *status controversiae*.“ Jedoch wie man bereits in Talkshows im Fernsehen verfolgen kann, mangelt es uns oftmals an jeglichem Diskussionsstil. Heute wird nicht mehr diskutiert. Eine besprechende Erwägung setzt ja voraus, dass man verschiedene Argumente vorträgt. Dazu darf man dann nicht ins Wort fallen, denn der wirkliche Diskussionsteilnehmer ist ja auf die Vollständigkeit der Argumente aus. Man will in der Diskussion erwägen und mitnichten sofort verwerfen: „ja aber...“. Insbesondere ergeben Diskussionen nur dann Sinn, wenn die Teilnehmer bereit sind, Argumente anderer in ihre eigene Problemlösungsfindung zu übernehmen. Diskussionsteilnehmer suchen in der Diskussion gemeinsam eine Lösung des Themas. Heutige Diskussionsteilnehmer sind aber Überwältiger und Selbstdarsteller zugleich, sie wollen den anderen mit ihren, immer wieder in Varianten vorgetragenen Argumenten, erschlagen und umstimmen, sie nehmen andere als die selbst schon vorab für richtig gehaltenen Argumente aber gar nicht erst gedanklich auf. Es gibt kein Richtig und Falsch zugleich mehr, nur weiß oder schwarz, und letzteres ist immer der andere.

Ein gutes Beispiel ist dafür das Wort „alternativlos“, weil es jede Diskussion vorab erwürgt. Wer es dennoch wagt, Alternativen wenigstens diskutieren zu wollen, steht plötzlich als dummer Mensch da, weil er ja gar nicht verstanden hat, dass es nichts zu diskutieren gebe. „Alternativlos“ ist das Aufgeben jeder demokratischen Position. Und wer vielleicht sich sportlich betätigt, der weiß, dass „alternativlos“ nie zum Sieg führt. Wer sich einmal verletzt hat beim Bergwandern, der bleibt nicht alternativlos liegen, sondern sucht sich zu retten. Es ist kein Geld da, wurde der Bevölkerung jahrelang vermittelt, Hartz IV wurde erfunden (wer Hartz IV bezieht, der weiß, dass kein Geld da ist, um ins Kino oder Theater zu gehen, eine Tageszeitung zu halten, sich also am kulturellen Leben, im Sinne der gesellschaftlichen Identität, zu beteiligen) – aber um den Austritt Griechenlands aus der EU zu verhindern, war plötzlich genug Geld da, der Bürger merkte es an immer neuen Scheinen aus dem Automaten. Die „Katastrophe“ für die EU, der Austritt Griechenlands, konnte bis jetzt abgewendet werden; hingegen „Großbritannien verlässt die EU, weil eine Mehrheit das politi-

- 2 Dirk Schümer, in: Die Welt, 25. Juni 2016.
 3 chrismon, Heft 1/2017.
 4 Vgl. Trawny im Philosophie Magazin Februar/März 2017: „Das Grundgesetz hat keine narrative Aura.“

sche Versagen der Gemeinschaft nicht länger hinnehmen will. Dazu hat die Bundeskanzlerin mit ihren Alleingängen in der Flüchtlingspolitik maßgeblich beigetragen.“² Das eine gerettet, das andere verloren. Auch die Katastrophe, sofern überhaupt der Austritt eines Landes aus der EU eine solche ist, wird verarbeitet. Alternativen gibt es immer³ – das weiß eigentlich auch die Bundeskanzlerin, denn viele Sachsen hatten sich 1989 in Plauen, Leipzig und Dresden einfach getraut, vor (anders als heute geschulte) Polizisten zu treten und der Alternative zur real existierenden DDR den Weg zu öffnen. Das Suchen einer Alternative durch Menschen, die nicht Rücksicht auf ihr persönliches Wohlergehen nahmen (eindrucksvoll im Solidarność-Zentrum in Danzig erlebbar, hier spürt man förmlich den Mut, die Angst, die Freude, das Hintenanstellen persönlicher Belange der Menschen), hat letztendlich Angela Merkel zur – in den Augen der SPD nicht alternativlosen – Kanzlerin gemacht.

Ist Sachsen anders?

Die Antwort kann aus logischen Gründen nur lauten: Unbedingt. Der Begriff des Individuums setzt notwendig ein solches voraus. Dieses muss geradezu verschieden von anderen Individuen sein. Wären Stämme, die wir gern mal entdecken, Volksgruppen wie in Sachsen die Sorben oder Völker nicht von anderen verschieden, wären sie kein eigenes. Wir zeigen aber mit solchen Fragestellungen kein gutes Verhältnis zu unserer eigenen Zivilisation, wir haben kein Vertrauen zu uns selbst. Ulrich Baron zeigte in der „Welt“ vom 2. Juni 2008 am Beispiel der neu entdeckten 87 Mitglieder der Metyktire uns unser Missverständnis von Zivilisation auf, indem er auf Wissenschaftler hinwies, die vor Folgen warnten, wenn dieser Stamm mit uns in Berührung käme, weil das Immunsystem der Indios nicht auf Infektionen mit ihnen unbekanntem Krankheiten eingestellt sein könnte – und er mit dem schönen Hinweis schloss: Was also sagt es über unser Zivilisationsverständnis aus, wenn man jedem Dschungelbewohner an der Pforte am liebsten rät, sobald und so weit in den Wald zurückzukehren wie nur möglich?

Wenn der Badener kein Württemberger sein will, so darf auch der Sachse eben Sachse sein. Beide, Badener und Sachsen, dazu Württemberger, Bayern, Sorben, Dänen in Schleswig-Holstein, Menschen polnischer Abstammung im Ruhrgebiet, Berliner türki-

scher Abstammung usw. sind aber zugleich auch Deutsche. Und die Deutschen, soweit sie auch voneinander verschieden sind, sind offensichtlich gewillt, das Grundgesetz als gemeinsame Grundlage des Zusammenlebens zu akzeptieren (vielleicht weniger im Sinne eines Verfassungspatriotismus, Erfindungen sind immer schwer zu vermitteln und Patriotismus auf 146 Artikel mit vielen Absätzen ist eben schwerer als bei ursprünglich sieben, heute 34 Artikeln der Verfassung der Vereinigten Staaten⁴), weil es sich für alle lohnt, in Deutschland zu leben – selbst wenn sie ihre Nachbarn nicht leiden mögen, weil diese dick sind, die falsche Musik hören, eine andere Partei wählen, nicht vegetarisch essen, eine andere Hautfarbe haben, eine Burka als Zeichen der Abgrenzung tragen ... oder weil sie eben Sachsen sind.

Die, natürlich provokant anregend gemeinte und auch so beantwortete, Frage: „Ist Sachsen anders“, scheidet bereits hier. Doch die Unklarheiten häufen sich, weil sie eben aus Pauschalisierungen erwachsen:

Was ist Sachsen und wer ist Sachse?

Das heutige Sachsen, ein Gebiet an der oberen Mittelbe, der südlichen Lausitz und im Erzgebirge, hat mit dem Stammesherzogtum Sachsen, also dem Siedlungsraum des historischen Sachsenvolkes in Norddeutschland, nichts zu tun. Sachsen war lange Zeit von slawischen Stämmen besiedelt. Mit der Ostsiedlung durch vor allem Franken und Thüringer (Markgrafschaft Meißen 929) begann die Übernahme und Erweiterung slawischer Strukturen, übrigens wohl weitestgehend ohne große Konflikte oder gar Vertreibungen. 1089 kam die Markgrafschaft Meißen in den Besitz der Wettiner und mit dem Zugewinn infolge Aussterbens im Mannesstamm der sächsisch-wittenbergischen Linie des askanischen Herzogtums Sachsen-Wittenberg, welches seit der Goldenen Bulle 1356 die Kurwürde besaß und den Titel Herzog von Sachsen nach dem Sturz von Heinrich des Löwen erhalten hatte, erlangte 1423 die sächsische Kurwürde die meißnische Linie der Wettiner. Der Name Sachsen wurde dadurch allmählich auf die Markgrafschaft Meißen übertragen. Mit der Leipziger Teilung 1485 erfolgte dann die Trennung in eine ernestinsche und eine albertinische Linie. Nach der Schlacht von Mühlberg 1547 gelangte die sächsische Kurwürde von den Ernestinern auf die Albertiner. 1806 wurde Sachsen Königreich durch seine Hinwendung zu Napole-

Es gibt jedenfalls etwas, das ein Ensemble, ein Miteinander darstellt, das man vielleicht unmöglich beschreiben oder definieren kann, aber für das man sehr wohl das Wort „Volk“ benutzen kann. Es gibt eine Form der Gemeinschaft, die jeglicher individuellen Existenz vorausgeht und die die individuelle Existenz erst möglich macht.
 Jean-Luc Nancy

Etwas ist nur dann wichtig, wenn und weil wir Gründe haben, es für wichtig zu halten.
 Derek Parfit

on, 1815 verlor es im Wiener Kongress zwei Drittel seines Gebiets an Preußen (Österreich und Frankreich sicherten überhaupt den Fortbestand Sachsens; 1866 im Deutschen Krieg stand Sachsen auch auf der Seite Österreichs). 1918 wurde Sachsen Freistaat, in der Weimarer Reichsverfassung als Synonym für Republik begriffen, wobei zu beachten ist, dass im 17. und 18. Jahrhundert Republik auch für beispielsweise Monarchien usw. verwendet wurde; Freistaat hebt also bewusst ab von der Bindung an eine Dynastie; für das damals „Rote Sachsen“ (vergleiche die Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen durch die Reichsregierung) auch folgerichtig.

Sachsen ist nun nicht zu groß, aber doch innerlich verschieden. Mit der Zuschreibung, Sachsen sei anders und besonders unsympathisch, werden demnach nicht alle in Sachsen lebenden Menschen einverstanden sein. Zuerst die Leipziger nicht, denn wie uns Oberbürgermeister Burkhard Jung, stammend aus Siegen und aus sächsischen Geldern sicherlich mehr als nur auskömmlich alimentiert, über den „Spiegel“ vom 20. Februar 2016 wissen ließ, sei seine Stadt aufgrund des Zuzugs aus der alten Bundesrepublik „vom Lebensgefühl her westdeutsch, zumindest sind wir weltoffen, gerade wegen unserer Messen, und nicht zu sächsisch“. Auch die Vogtländer sind nicht unbedingt Sachsen in ihrem Selbstverständnis, viele Görlitzer sehen sich als Schlesier, die Sorben sind auch nicht die mit der Fragestellung gemeinten Sachsen, die zugewanderten Bayern, Niedersachsen, Badener usw. dürften das Etikett Sachse in diesem Sinne strikt von sich weisen und die Bürger türkischer, vietnamesischer, griechischer, italienischer usw. Herkunft sowieso. Der Sachse, der gemeint ist, lebt irgendwo zwischen Dresden und Bautzen, zwischen Königstein und Freital – und er muss schon immer von hier sein.

Schaut man sich die Zuwandererzahlen an, so wird noch deutlicher, wer alles die Zuschreibung „Sachse“ im von Stefan Schirmer gemeinten Sinne sofort ablehnen dürfte. Gemeinhin wird ja nach den Wanderungssalden geschaut, die für Sachsen, aber auch für die anderen ostdeutschen Bundesländer eher negativ ausschauen, es gibt also einen markanten Bevölkerungsverlust (für Sachsen zwischen 1991 und 2013 von über 630.000 Menschen⁵). Dieser Wanderungssaldo reicht aber allein nicht für eine Aussage über den Wandel der Bevölkerungsstruktur aus, bei beispielsweise einem Saldo von minus

100.000 können 1.000.000 weg- und 900.000 zugezogen sein oder auch nur 100.000 weg- und 0 zugezogen sein. Daneben sind noch die Bevölkerungszusammensetzung, das Alter usw. von wesentlicher Bedeutung.

Sucht und rechnet man also nur die Zuzüge, so ergibt sich⁶ von 2002 bis 2015 ein Zuzug nach Sachsen von insgesamt 1.020.456 Menschen, davon 366.671 Nichtdeutsche, wobei ein starker Anstieg 2014 und 2015 (ungefähr Verdopplung gegenüber den vorhergehenden Jahren) zu verzeichnen ist. Demgegenüber standen 1.006.437 Wegzüge aus Sachsen, davon 273.533 Nichtdeutsche; wobei die Wegzüge insgesamt leicht sinken. Das heißt, allein die letzten 14 Jahre gab es einen Bevölkerungsaustausch von rund einem Viertel der Gesamtbevölkerung (dies gilt auch dann, wenn man die Rückkehrer nach Sachsen bedenkt, denn auch diese haben neue Prägungen erfahren).⁷ Ganz sicher darf man davon ausgehen, dass all diese Menschen hierher gezogen sind, weil Sachsen lebenswert ist und nicht deshalb, weil sie bei PEGIDA mitdemonstrieren wollen. Die verunglimpfend gemeinte Zuschreibung „Sachse“ in der „Zeit“ für alle hier in Sachsen Lebenden durch einen Journalisten, zu dessen Ethos eigentlich doch eine gründliche Recherche und gedankliche Überlegung, im Gegensatz zu einer eigenen Meinungsäußerung, gehören sollte, ist daher verfehlt und trägt wenig zu einer Versachlichung der Diskussion bei.

Der Ausländeranteil in Sachsen ist mit Bestimmtheit gering; laut Statistischem Landesamt betrug er 2010 114.000 Menschen; nach dem Mikrozensus 2005 geschätzt 219.000 Menschen mit Migrationshintergrund (um die 5 Prozent an der Gesamtbevölkerung, Bundesdurchschnitt 19,6 Prozent⁸). Daraus aber den Schluss ziehen zu wollen, dass die Sachsen nicht über den Zuzug von Migranten diskutieren dürfen (Sachsen lesen im Übrigen auch Zeitung, sehen fern oder benutzen das Internet, sie haben also durchaus ein Verständnis von dem, was um sie herum passiert) ist genauso falsch, wie nur Anwohner im Umkreis von Atomkraftwerken zur Diskussion über Atomenergie zuzulassen. Ein Pfarrer muss nicht erst tot sein, um eine Beredigung richtig durchführen zu können.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Überlegung, wie wir eigentlich zukünftig mit unserer besonders bedrückenden Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 umgehen wollen. Wie gerade gesehen, werden wir ja immer mehr Deutsche mit anderen Wurzeln.

- 5 25 Jahre Deutsche Einheit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder; prozentual war der Bevölkerungsrückgang allerdings in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern am höchsten.
- 6 Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 1, Reihe 1.2, 2015.
- 7 Auch in den 1990er Jahren gilt dies, so zogen allein 1991 aus Sachsen über 72.000 Menschen weg, vgl. Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland seit 1990 – Darstellung der Zahl und Struktur, Determinanten, zukünftige Entwicklung; Yasmin Büttgen, Universität Trier. Wenn man dies hochrechnet, käme man auf einen Bevölkerungsaustausch von ca. 50 Prozent.
- 8 www.migrasax.de; dies gilt auch 2013 laut der Publikation „25 Jahre Deutsche Einheit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder“; allerdings liegt Sachsen bei den ostdeutschen Flächenländern damit nur knapp hinter Brandenburg und deutlich vor den anderen dreien.

9 Vgl. die Aufsätze in Frank-Lothar Kroll/ Hendrik Thoß (Hrsg.): *Zwei Staaten, eine Krone. Die polnisch-sächsische Union 1697-1763*, Berlin 2016.

Nichts passiert ohne zureichenden Grund.
Gottfried Wilhelm Leibniz

Schon jetzt haben wir in Deutschland, je nach Statistik, rund 20 Prozent Einwohner mit Migrationshintergrund, dies sind bei 82 Millionen Bundesdeutschen also über 16 Millionen aller Deutschen. Wenn sich Deutschland seiner besonderen Verantwortung stellen muss, wie machen das dann diese 16 Millionen Deutschen? Welche Verantwortung können sie überhaupt tragen? Wenn wir uns als Zuwandererland bezeichnen wollen, wie wirkt sich das auf die Übernahme historischer Verantwortung aus?

Was ist anders in Sachsen?

Wie wäre eigentlich die Frage 1517 intendiert gewesen, als das Kurfürstentum Sachsen der Hort der Reformation war – und u. a. hierdurch einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Kulturnation, die Jahrhunderte vor dem Nationalstaat existierte, leistete? Oder 1918/1919, als das „Rote Sachsen“ Furore machte? Oder am 17. Juni 1953, als in den Kreisen Görlitz und Niesky für wenige Stunden das SED-Regime beseitigt werden konnte? Oder 1989, als die Friedliche Revolution von Sachsen aus sich Bahn brach? Natürlich muss man bei dieser positiven Aufzählung auch das „Braune Sachsen“ in Rechnung stellen, denn in Sachsen erzielten die Nationalsozialisten relativ schnell hohe Zustimmungswerte. Aber es ist falsch und einseitig, Sachsen eine schon immer starke rechtsradikale Gesinnung zu unterstellen. Frank Richter, ehemals Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, verweist in der „Welt“ vom 26. August 2015 für die „Anfälligkeit“ von Kreisen der Bevölkerung für Gedankengut rechtsextremer Parteien auf folgende interessante Überlegung: „Die DDR hat sich als antifaschistischer Staat definiert. Der Nationalsozialismus wurde als große Katastrophe der deutschen Geschichte dem Kapitalismus und Imperialismus zugeordnet. Und damit hatten die Deutschen in der DDR per definitionem nichts zu tun. Eine ehrliche und offene und persönliche Aufarbeitung der schuldhaften Verstrickungen in der Nazizeit hat es nicht gegeben, jedenfalls nicht in meiner Umgebung. Es wurde viel geschwiegen und wenig darüber gesprochen. Dieses kommunikative Gedächtnis wird von einer Generation an die nächste weitergegeben. Die Gesprächs- und Diskussionskultur, die eine offene Gesellschaft auszeichnet, ist schwach ausgeprägt. Das spielt den Rechtsextremen in die Hände. Die Abwehr des Fremden sichert vermeintlich die schwach ausge-

prägte Identität, die ihrerseits mit mangelnder Geschichtsaufarbeitung zu tun hat.“

Auch den Begriff „Rechts“ zu diskutieren ist wohl müßig: wer „Links“ sein will, braucht denknötwendig den sprachlichen Gegenspieler „Rechts“. Auch „konservativ“ (den Konservativen geht es im ersten Blick immer darum: was sollte bewahrt werden – es schließt aber Neuerungen keinesfalls aus, nur eben fußend auf schon Bewährtem) und „rechtskonservativ“ sind zulässig; „rechtsextrem“ und „linksextrem“ sollten jedoch zu denken geben.

Sachsen hat eine lange reichhaltige historische Tradition und war eines der maßgebenden Länder im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Hieraus folgt zwangsläufig Selbstbewusstsein. Mit der Kurwürde, die eben nur die sieben, später neun Kurfürsten zur Königswahl berechnigte, war es exponiert unter geschätzt um die 300 deutschen Kleinstaaten nach dem Westfälischen Frieden. Der sächsische Herrscher musste auch nicht ein schwacher deutscher König werden – dies lehnte der sächsische Kurfürst wohlwissend ab. Sachsen vermochte es hingegen, auf anderen Wegen außenpolitisch mitzuwirken – zum Beispiel, indem der sächsische Kurfürst es schaffte, sich zum polnischen König krönen zu lassen.⁹ Sachsen ist eines der wenigen deutschen Bundesländer, die auf ein sehr langes Selbstverständnis als Staat (und zwar eben als Staat, der die Politik im Alten Reich und ansatzweise in Europa mitbestimmte) zurückgreifen können, denken würde man zuallererst noch an Bayern. Von daher muss Sachsen ein starkes Traditionsverständnis haben, welches u. a. beim Aufbau ab 1990, zuerst durch „König Kurt“, durchaus gezielt angesprochen wurde und weder den sächsischen Einwohnern noch dem Ansehen der Bundesrepublik schadete. Mit Sachsen zeigte sich, dass es eben doch geht. Historisch gesehen besitzt Sachsen auch eine starke Südbindung – zu Bayern, zu Österreich, welches ja den Fortbestand von Sachsen überhaupt sicherte. Insofern war Sachsen aber auch oftmals gegen ein immer übermächtiger werdendes Preußen, also gegen die Hauptstadt-politik im Reich, positioniert.

Dieses Traditionsverständnis, welches natürlich immer nur ein Gesamthinweis sein kann und nicht am Einzelnen festzumachen ist, insofern bleibt auch vieles glücklicherweise dem Zufall überlassen, hat nicht nur tiefe Wurzeln, sondern erhält auch immer neue Anker. Traditionsverständnis ist ebenso nicht nur ein „rechtes“ Domizil, sondern in

der Bevölkerung weit verbreitet, je nachdem, für welche Absichten man es einsetzen möchte. So wäre z. B. auch an den Einsatz grüner und anderer Apologeten zur Verhinderung der Dresdener Waldschlösschenbrücke zu denken, um das Dresdner Elbtal, welches es trotz Brücke weiterhin unbestritten gibt, zu schützen. Auch hier wurde auf Tradition verwiesen, gebracht hat es lediglich den Verlust des Welterbetitels und genutzt wird die Brücke intensiv.

Sicherlich wurde und wird ein „sächsisches Bewusstsein“ aber auch vom Staat gefördert. Sachsen war der sechste Bundesstaat und der erste ostdeutsche überhaupt¹⁰, der seit 1992 mit dem „Tag der Sachsen“ einen eigenen Heimattag hat¹¹, die „Landesmutter“ Ingrid Biedenkopf veranlasste „ihre“ Sachsen zur Suche nach einer Sachsenhymne – und die Staatskanzlei druckte von den Einsendungen ein Buch. Seit 1997 gibt es die Sächsische Verfassungsmedaille, gegen die Kürzung von Denkmalpflegemitteln erwächst sofort starker Protest wie zuletzt bei Petition „Denkmale in Sachsen retten“ zum Regierungsentwurf des Sächsischen Haushaltsplanes 2017/2018. Bergmannsaufzüge, Mettenschichten und vieles mehr tragen zu einem reichen Kulturerbe ebenso bei wie zum Selbstverständnis der (Neu-)Sachsen. Das Landesamt für Denkmalpflege Sachsen hat für und im Freistaat eine ganz überragende Bedeutung. Auch heute wird der Sachsenstolz, der bisweilen absurde Züge trägt, etwa wenn sich ein Unternehmen „Sachsenfett“ nennt, erfolgreich angesprochen. So verwies die „Süddeutsche Zeitung“ am 17. Mai 2010 auf Folgendes: „Es reicht, wenn er [gemeint ist Ministerpräsident Stanislaw Tillich] sich an das Biedenkopf'sche Erfolgsrezept hält: einfach die stolze sächsische Seele streicheln. Auf Wahlplakaten steht neben seinem Konterfei in dicken Lettern: ‚Der Sachse‘.“

Tradition wird oftmals sichtbar an einem Punkt oder Ort, der sich im Gedächtnis einzuprägen vermag. Deutscher Karneval ist mit Köln, Mainz, Düsseldorf verbunden, und Hamburg ist eben das Tor zur Welt. Hamburg und Dresden als Partnerstädte vertreten in ihrem Stadtbild auch zwei ganz unterschiedliche Baukonzepte: Hamburg feierte kürzlich die Einweihung des 2016 fertiggestellten Konzerthauses Elbphilharmonie (nicht zu verwechseln mit der Elbland-Philharmonie Sachsen); Sachsen hingegen weihte am 30. Oktober 2005 die mit Spenden aus aller Welt wiedererrichtete Frauenkirche ein, verbunden mit einem Orgelstreit über das

richtige Traditionsverständnis. Für Sachsen ist Dresden der Ort, der Gedächtnis prägt. Im durchaus reibungsvollen und manchmal ungewollten Nach- und Zusammenwirken haben die DDR, dann die Regierung des Freistaates und insbesondere auch die Dresdner Einwohner die Landeshauptstadt zu einer über die Grenzen Deutschlands hinweg bekannten und berühmten Residenzstadt wieder erstehen lassen; auch wenn die Dresdner in großer Selbstverliebtheit ihr bauliches Erbe auf einen imaginären Zeitpunkt hin ausrichten. Das hat mehrere Auswirkungen.

Die Kulisse: Der Transport von Meldungen braucht heutzutage Bilder, Medien brauchen Bilder. Die PEGIDA-Demonstrationen sind eben nur vor der Kulisse Dresdens wirkmächtig, sowohl für Pegida selbst als auch für das Fernsehen. Und mit Kulisse ist ein Ort gemeint, der eine Bewegungsmöglichkeit bietet. Semperoper, Theaterplatz, Frauenkirche, Kreuzkirche, Georgentor, Fürstenzug, Brühlsche Terrasse – das gibt es so sonst nirgendwo in Sachsen. Wo könnte man sowohl für die eigene Anhängerschaft als auch für die Medien, was das Kommen ja eher stärkt als schwächt, über Jahre hinweg attraktiver wahrgenommen werden? Würde das funktionieren in Leipzig vor dem Alten Rathaus oder wenn man um den Augustusplatz liefe? Oder in Bautzen wohl nur am Kornmarkt, was ja auch so ist; in Chemnitz ist vermutlich kein Ort dauerhaft attraktiv genug. PEGIDA ist auch ein Produkt der Bilder, die nur in Dresden tatsächlich funktionieren.

Residenzstadt und Publikum: Dresden war über Jahrhunderte hinweg eine europäische Residenzstadt mit einer glanzvollen Kultur- und Prachtentfaltung, mit einem ihren Einwohnern zu eigen gemachten Kulturgefühl. „Das Alte Dresden“ von Löffler hatte man. Theater- und Opernanrechte wurden vererbt. Bildung war kein zwanghaftes Muss, sondern entsprach innerer Freude. Man findet das alles im „Turm“ von Uwe Tellkamp. Als vergleichbare deutsche Residenzstadt würde man vielleicht noch Weimar ansehen können; und eben nicht Potsdam, welches ja Jagdresidenz ab ca. 1660 und dann vor allem auch Garnisonsstadt war – Sachsen verkaufte seine Soldaten gegen Vasen. Zudem ist Potsdam wesentlich jünger, was man auch bei Mannheim oder Karlsruhe schon in ihrem Straßennetz ablesen kann. Residenzstädte führen jedoch ein Eigenleben. Sie haben ein langes Traditionsverständnis, sie definieren sich durch ihr Kulturleben (welches eben dem Kulturbedürfnis der Einwohner ent-

¹⁰ Tag der Franken seit 2006; Brandenburg-Tag seit 1995, seit 2004 nur noch zweijährlich; Mecklenburg-Vorpommern-Tag seit 2000, seit 2006 nur noch zweijährlich; Tag der Niedersachsen seit 1981, seit 2015 nur noch zweijährlich; Nordrhein-Westfalen-Tag seit 2006, seit 2012 nur noch zweijährlich; Rheinland-Pfalz-Tag seit 1984, Saarlandtag siebenmal zwischen 1988 und 2007; Sachsen-Anhalt-Tag seit 1996; Schleswig-Holstein-Tag von 1992 bis 2012 zweijährlich; Thüringentag seit 1996, seit 2007 zweijährlich; Hessentage seit 1961, Heimattage Baden-Württemberg seit 1978.

¹¹ 1914 gab es schon den sogenannten Sachsentag. Weiter sei auf die Bundeslandsmannschaft Sachsen verwiesen, vgl. Hans Haferland: Für Einheit in Freiheit - Die Bundeslandsmannschaft Sachsen 1954-1993, Dresden 2005 (Herausgeber war der Sächsische Landtag, der Verfasser Dr. Hans Haferland wurde 2010 mit dem Verdienstorden des Freistaates Sachsen ausgezeichnet), sowie auf die von Mitgliedern der ehemaligen Bundeslandsmannschaft Sachsen gegründete Stiftung Land Sachsen, errichtet 1975 mit Sitz in Coburg, mittlerweile aufgelöst mit Übertragung ihrer Sammlung an die Gemeinde Großhartmannsdorf.

Eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die der Freiheit – insbesondere der Redefreiheit – keine Bedeutung gibt, ist wahrscheinlich nicht vertretbar.
Amartya Sen

12 Hardeep Singh Puri, Die Zeit, 5. Januar 2017.

13 Die „Oberhessische Presse“ vom 22. November 2016 vermeldete: „Die Sachsen haben wenig Vertrauen in die Demokratie und weisen eine starke gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf – vor allem gegenüber Muslimen. Das sind Ergebnisse des sogenannten ‚Sachsen-Monitors‘, der am Dienstag in Dresden vorgestellt wurde. Im Auftrag der Staatsregierung hatte das Meinungsforschungsinstitut dimap von Anfang August bis Anfang September erstmals politische Einstellungen der Bevölkerung und ihre Haltung zur Demokratie abgefragt. [...] Die Ergebnisse zu extrem rechtem, gruppenbezogen menschenfeindlichem und rassistischem Gedankengut nannte Richter ‚alarmierend‘. 69 Prozent der Befragten glaubten nicht, dass die in Deutschland lebenden Muslime ‚unsere Werte‘ akzeptierten. 39 Prozent sind dafür, Muslimen die Zuwanderung zu untersagen. 18 Prozent der Sachsen glauben, dass Deutsche ‚anderen Völkern von Natur aus überlegen‘ sind.“ Auch hier wird zusammengerührt, was nicht immer zusammenpasst: Die 69 Prozent, die sicherlich eine Ansicht vertreten, die auch spätestens seit der Silvesternacht 2015/2016 in Köln von breiteren Kreisen geteilt werden wird, zu den extrem rechtem, gruppenbezogen menschenfeindlichem und rassistischem Gedankengut zuzurechnen, ist schon in der Fragestellung und „wissenschaftlichen“ Schlussfolgerung unlauter. Wenn ich feststelle, dass andere Menschen andere Werte akzeptieren, sagt das noch nicht einmal aus, wie ich zu diesen Menschen ste-

spricht), sie sind Verwaltungssitz und damit ist ihr Bürgertum auch von einer Beamten-schaft mit getragen, welche von ihrem Selbstverständnis her schon die bestehende Ordnung nicht permanent anzweifelt. Dieses Beharrungsvermögen widerspricht keineswegs der steten Freude an Neuem: Jeder Dresdner weiß, dass ohne italienische Architekten, Maler, Sänger usw. Dresden als solches gar nicht denkbar wäre. Aber es geht eben etwas leiser zur Sache, es wird nicht der Wechsel, sondern das Einpassen mit eigenem Akzent gesucht. Einem zumal noch von Berlin kommenden Umschwung, den man selbst nicht mit gestalten kann und der sichtbar Probleme mit sich bringt, steht man zwangsläufig skeptisch gegenüber. Übertragen könnte man an den Paragraph 34 des Baugesetzbuches denken, wonach Vorhaben zulässig sind, wenn sie sich in das Vorhandene einfügen.

Montagsdemonstration: Eine gewisse Autorität leihen sich Protestbewegungen dann, wenn sie die „Wendetradition“ der Montagsdemonstrationen, die es zuerst in Leipzig gab, aufnehmen; eine Strategie, die übrigens regelmäßig bis in die heutige Zeit angewandt wird: „Montagsdemonstrationen“ fanden so gegen das Kommunalabgabengesetz, gegen Schulschließungen und gegen den Sparkassenverband statt. Gerade die Okkupation des Montags durch PEGIDA ist natürlich ein Umstand, der besonders bei den Leipziguern breiten Unmut hervorrufen musste.

Idee der Friedlichen Revolution: „Wende“ ist eigentlich kein guter und mindestens viel zu kraftloser Begriff. Eingeführt wurde er zudem durch Egon Krenz am 18. Oktober 1989 in seiner Antrittsrede. Er machte damit deutlich, was er wollte, aber eben die Menschen auf den Straßen gerade nicht: Eine nötige Wende durch die SED. Mit Friedlicher Revolution scheint hingegen der bürger-schaftliche Ansatz, der aufgebrachte Mut, der gerade friedliche und nicht gewaltsame Weg und das erreichte Ziel, nämlich die Zerschlagung des vorherrschenden Gesellschaftsmodells, richtig betont. Wobei das Endziel offen und diffus war, man wusste eher was man nicht mehr wollte, aber weniger, was kommen sollte. Ein wie auch immer zu begehender „Dritter Weg“ schwebte manchem vor. Die ersten Ziele waren auch den Transparenten zu entnehmen: „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, „Freiheit“, „Wir wollen raus“, „Wir brauchen Reformen“, „Für Reformen und Reisefreiheit gegen Massenflucht – vor allem Frieden“ oder „Reisefreiheit – Meinungsfreiheit – Pressefreiheit“ und „Wir sind

ein Volk“, um nur einige zu nennen. Ausgangspunkte für die DDR waren Leipzig, Plauen und Dresden. Zweierlei wird damit deutlich, was auch heute noch nachwirkt bei manchem im Osten Deutschlands, aber über die sächsischen Grenzen hinaus:

a) Wichtige Forderungen waren Freiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, und man war stolz auf seinen Mut, auf die Straße gegangen zu sein und dem System getrotzt, es letztendlich zersprengt zu haben. So etwas prägt sich ein, besonders, da man die Polizei und Kampfgruppen nicht als Einheiten zur Absicherung der Demonstrationen sah, sondern sie Gegner waren; vereinzelt, so in Plauen und Dresden, kam es ja auch zu gewalttätigen Übergriffen der Staatsmacht. Was man aber damals sich getraute (Demonstrationsrecht) und erkämpfte (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit), und welches sich zudem noch mit dem Grundgesetz deckt, das will man auch heute, auch wenn die Meinung wiederum nicht „den Regierenden“ passt, nicht aufgeben. Die Pressefreiheit, unter der eine unabhängige und nicht meinungsgeleitete Berichterstattung verstanden wird, hat sich in den Köpfen der Menschen als hohes Gut etabliert, auch wenn sie eben nicht so erfahren wird – auch im Ausland. „Eure politischen Führungen fallen einem emotionalisierten Journalismus zum Opfer.“¹² Ein Rechtfertigungsdruck schlägt dann eher ins Gegenteil um. Am 29. Dezember 2015 vermeldete „Tag24“ dazu: „Sachsens früherer Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (85, CDU) hat indirekt Verständnis für das islam- und fremdenfeindliche PEGIDA-Bündnis geäußert. ‚Die PEGIDA-Demonstrationen sind Ausübung eines ganz entscheidenden demokratischen Grundrechts, nämlich demonstrieren zu dürfen. Und es gibt genug Gründe in Ostdeutschland, nicht nur in Sachsen, sondern in Ostdeutschland, warum die Bevölkerung über diesen starken Flüchtlingszustrom beunruhigt ist‘, sagte Biedenkopf am Dienstag in einem Interview von Deutschlandradio Kultur. [...] Der wichtigste Grund sei, dass sie ‚keinerlei Erfahrung‘ damit habe. Die Menschen im Osten hätten zudem 25 Jahre eine völlige Umstellung ihres Lebens bewältigt, ‚und zwar in einer Tiefe, wie es sich Westdeutsche überhaupt nicht vorstellen können‘.“¹³

b) Aus dem 1989/1990 anfangs offenem Ziel, was eigentlich kommen soll, wurde der Ruf unter dem Slogan „Wir sind ein Volk“ nach der Wiedervereinigung laut. In den Augen des Ostens meinte wohl bei manchem aber

Wiedervereinigung zweier deutscher Teile die Wiedervereinigung zu Deutschland und eben nicht eine Wiedervereinigung zur schon vorhandenen Bundesrepublik, denn „Für viele Ostdeutsche ist die Wiedervereinigung noch immer nicht abgeschlossen.“¹⁴ Dieses unterschiedliche Bild und Erwartungshaltung zum Land, in dem wir leben, reflektieren ebenso diejenigen, die „anders“ sind – und gerade darum politisch einbezogen und nicht ausgegrenzt werden dürfen (was ja zur sog. Denkkettelwahl führt), denn: „Unsere Gesellschaften teilen sich heute nicht mehr in Ausbeuter und Ausgebeutete, sondern das entscheidende Kriterium ist, ob man sich ausgeschlossen fühlt. Und Ausgeschlossenheit wird von der extremen Rechten politisiert.“¹⁵

Konstatieren könnte man hieraus, dass offensichtlich „die Sachsen“ für eine einmal gewonnene Ansicht, dass die Welt da draußen sich nicht mit dem deckt, was von ihr berichtet wird, sei diese Ansicht nun richtig oder falsch bzw. gesellschaftlich akzeptiert oder diskreditiert, tendenziell eher bereit sind auf die Straße zu gehen. Die Menschen akzeptierten keine Genehmigungsdemokratie mehr¹⁶ und etwas verändern zu wollen ist nicht generell schlecht, nur die Art und Weise, erinnert sei an den 3. Oktober 2016, wäre zu hinterfragen.¹⁷ Das darf aber nicht dazu führen, dass hierhin alle „rechten“ Probleme verschoben und auf Sachsen klammheimlich übertragen werden. Daher sei daran erinnert, dass die AfD zwar auch in Sachsen vergleichsweise starken Zuspruch genießt, jedoch ihre Gründung in Berlin erfuhr und zwar durch den West-Berliner Bernd Lucke, Professor für Makroökonomie in Hamburg, was auch auf den Impuls für die Parteigründung hinweist, nämlich die Kritik an der Euro-Rettungspolitik.¹⁸ Die erste öffentliche AfD-Versammlung fand in Oberursel im Taunus statt, weitere Führungspersönlichkeiten waren bzw. sind Konrad Adam aus Wuppertal, Jörg Meuthen aus Essen und Frauke Petry aus Sachsen. Doch auch hier lohnt es genauer hinzuschauen, bevor man verallgemeinert: Frauke Petry wurde zwar 1975 in Dresden geboren, lebte dann aber bis 1989 in Schwarzhöhe in der Niederlausitz und zog noch vor dem Fall der Mauer nach Bergkamen bei Dortmund. 1995 legte sie dort das Abitur ab und war bis über 2004 hinaus an der Universität Göttingen, wo sie auch promovierte. Sozialisiert hat sie sich also mitnichten in Sachsen. Sie ist also eine der oben genannten Rückkehrer, die sich auch in Sachsen wirt-

schaftlich betätigten; auch zur Selbstständigkeit gehören Mut und Können und vom Mittelstand profitiert unser Land.

Allein dieses Beispiel reicht eigentlich aus um zu zeigen, dass es völlig unzulässig ist, von einzelnen Menschen, seien sie nun tüchtig oder nicht, auf eine Volksgruppe oder dergleichen zu schließen. Es ist reinweg auch Zufall, wer wo mit wem wie lange lebt. Kein ernstzunehmender Mensch käme auf die Idee, alle Bürger Ludwigshafens seien als Kanzler berufen. Auch alle drei NSU-Mitglieder, die sich in Zwickau und eben nicht in Eberswalde versteckten, stammen aus Thüringen (Eisenach und Jena) und waren bis nach 1997 dort aktiv. Sachsen war insofern Versteck und nicht Nährboden. Dieser kleine Exkurs soll aber nur zeigen, dass die Journalisten nicht gut daran tun, Bundesländer zu stereotypisieren.

Was sagen die Zahlen zum „rechten Sachsen“? Bei den Landtagswahlen 2014 erreichte die NPD in Sachsen 4,95 Prozent, in Thüringen 2014 3,6 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 2016 3 Prozent. Überall sonst lag sie deutlich unter 3 Prozent. Nirgends ist sie aber im Landtag vertreten. Insofern ließe sich schlussfolgern, dass das Wählerbewusstsein auch in Sachsen gegenüber Parteien, die mit verfassungsfeindlichen Zielen in Verbindung gebracht werden können, gewachsen ist. Nicht zuletzt gibt der Autor hier ebenso zu bedenken, dass sich die NPD gerade auf Sachsen konzentrierte – so zog der rechtsextreme Verlag Deutsche Stimme aus Bayern nach Riesa.

Die AfD erzielte ihre besten Landtagsergebnisse in Sachsen-Anhalt 2016 mit 24,2 Prozent; in Mecklenburg-Vorpommern 2016 mit 20,8 Prozent; in Baden-Württemberg 2016 mit 15,1 Prozent; dann folgen Berlin 2016 mit 14,2 Prozent; Rheinland-Pfalz 2016 mit 12,6 Prozent; Brandenburg 2014 mit 12,2 Prozent; Thüringen 2014 mit 10,6 Prozent; dann erst kommt Sachsen 2014 mit 9,7 Prozent, und nach Sachsen rangieren nur noch Hessen, Hamburg und Bremen (wobei natürlich die unterschiedlichen Jahreszahlen zu beachten sind, sicherlich wären die Wahlergebnisse 2016 für die AfD in Brandenburg, Thüringen und Sachsen besser ausgefallen). In Sachsen ist die CDU eine feste Bank – bisher. Seit 2004 regiert sie aber in Koalition mit der SPD oder der FDP, so dass auch die Aussage, die CDU würde alleine bestimmen, schlicht falsch ist. Was SPD oder FDP aus den ihnen gegebenen Möglichkeiten natürlich machen, ob wie bei der FDP Öffnungszeiten von Videotheken und Autowaschanlagen wirklich

Ich glaube, dass eine rein ökonomische Gemeinschaft ohne eine Gemeinschaft des Herzens im Sinne eines gemeinsamen Ziels zum Scheitern verurteilt ist.
Martha Nussbaum

he. Immerhin findet die Studie auch einen Schluss über die Grenzen Sachsens hinaus: „Man soll sich auch keine Illusion machen, dass diese ganzen Einstellungen nur auf Sachsen begrenzt sind“, sagte Schlinkert. Im Freistaat seien sie „vielleicht in manchen Ausprägungen etwas stärker als im Rest der Bundesrepublik“. Befragungen zeigten aber immer wieder, dass rund die Hälfte aller Deutschen der Aussage „Es macht mir Angst, dass so viele Flüchtlinge kommen“ zustimmten. An anderer Stelle verwies Biedenkopf darauf, dass die Demokratie solange nicht gefährdet sei, wie man an sie glaubt. Das macht aber auch nochmal die Verantwortung der Regierenden deutlich. Rechtsgrundsätze sind nur geronnene Erfahrung und damit lebendiges kulturelles Gedächtnis – sie sind ein gesellschaftlicher Kitt, der aber nicht einer Beliebigkeit unterworfen werden darf.

14 Stefan Locke, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. November 2016.

15 Gilles Kepel, in: Die Zeit, 5. Januar 2017.

16 Andreas Zielcke, in: Die Zeit, 10. November 2016.

17 Raphael Thelen, in: Die Zeit, 12. Mai 2016.

18 Dass Bernd Lucke mit seinen ökonomischen Überlegungen nicht allein stand, zeigt neben anderen Initiativen, die vielfältige Unterstützung durch Wirtschaftsprofessoren fanden, ein im September 2013 veröffentlichter Aufruf, in dem der EZB rechtswidrige monetäre Staatsfinanzierung vorgeworfen wurde. Diesen Aufruf unterzeichneten 136 deutsche Wirtschaftsprofessoren, darunter Roland Vaubel, Hans-Werner Sinn und Georg Milbradt.

19 Thomas Aussheuer, in: Die Zeit, 25. Mai 2016 über Trumps Wählerangebot.

Die Sprache ist die grundlegende soziale Institution.
John Searle

ein wichtiges Anliegen der Bürger sind, muss deren Führungspersonal entscheiden. Die Ergebnisse der Landtagswahlen (siehe Tabelle) verdeutlichen nicht nur die bis jetzt noch tragende CDU-Dominanz in Sachsen, sondern verweisen gleichzeitig auf ein den Osten (neben den östlichen Bundesländern auch eingeschlossen andere Staaten wie Polen etc.) vom Westen unterscheidendes Merkmal: die wenn nicht fehlende, so doch wesentlich geringere Parteibindung. Solange die Menschen eine Orientierung in den Parteien finden, mit denen sie sich identifizieren können, ist die Gefahr von großen Stimmungsumschwüngen gering. Insofern ist es sicherlich für eine Partei besser, ihr Profil auch für kritische Gruppen offen zu halten, als eine neue Partei durch eine eigene thematische Verengung entstehen zu lassen. Es ist für den Menschen leichter, auch mal so sein zu dürfen und bleiben zu können, wie er ist, er will auch mal hören: „Bleib so wie du bist. Du musst kein Opfer mehr bringen, ich respektiere dich auch so.“¹⁹ Und es ist für den Menschen zudem leichter, einer Idee sein Gehör zu schenken, als immer wieder von Sparvorschlägen und Solidaritätsaufrufen gemartert zu werden. Diese sind per se nicht falsch, aber die Idee: wozu, wie schön haben wir es dann, was hat der Einzelne konkret davon – die geht oftmals unter. Und zumindest viele Menschen im Osten Deutschlands haben noch den Klang einer Idee aus den Jahren 1989/1990 im Ohr und würden sich einer neuen nicht verweigern. Dies ist Gefahr, aber auch Möglichkeit zugleich, man muss es nur sehen, ergreifen und das Feld besetzen wollen. Ein Negativbeispiel ist sicherlich Russland, welches mit seiner Krim- und Ukrainepolitik, überhaupt der Politik zurück zur alten Großmacht, die Lebensbedingun-

gen der Menschen nicht verbessert, es aber versteht, sie allein durch die Idee eines wieder „großen starken Russlands“ von ihren Alltagsorgen abzulenken und für die Regierung einzubinden. Es ist gut und richtig, dass Deutschland einen solchen Weg nicht sucht, aber es ist offensichtlich nicht ausreichend, sich auf Verfassungspatriotismus und die europäischen Idee allein zu verlassen, denn „Die EU hat keine Erzählung“, so Hannes Stein in der „Welt“ vom 1. Juli 2016. Dieses Politikangebot als Leitidee für die Mitnahme der Bürger wird offensichtlich von vielen als nicht ausreichend empfunden.

Umgang mit Minderheiten in Sachsen

Die Konzentration auf Vorurteile und Negativberichte macht es manchmal unmöglich, auch das Positive zu sehen. Denn auch davon gäbe es in Sachsen viel zu berichten. So ist Sachsen neben Schleswig-Holstein (Dänen) und Brandenburg (Sorben) und gegebenenfalls Baden-Württemberg (in Heidelberg befinden sich der Sitz des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma sowie das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma) das Bundesland, in welchem eine traditionelle Minderheit lebt. Für Sachsen ergibt sich daraus die Aufgabe des Schutzes, der Bewahrung und Förderung von Minderheitenbelangen schon nach seiner Verfassung. Sachsen verfügt damit auch über besondere Erkenntnisse zum Umgang mit Menschen anderer Volksgruppen. Minderheitenschutz wird in Sachsen als ein Maßstab für die Integrationsfähigkeit und das Verantwortungsethos einer Gesellschaft gesehen.²⁰ So erfolgt im „Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen“ in Paragraph 3 eine gemeindeteilgenaue Festschreibung des Sied-

Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen (Angaben in Prozent)

Jahr/Stimmenanteil in Prozent	CDU	SPD	Linke	Grüne	FDP	NPD	AfD
1990	53,8	19,1	10,2	5,6	5,3	0,7	-
1994	58,1	16,6	16,5	4,1	1,7	-	-
1999	56,9	10,7	22,2	2,6	1,1	1,4	-
2004	41,1	9,8	23,6	5,1	5,9	9,2	-
2009	40,2	10,4	20,6	6,4	10,0	5,6	-
2014	39,4	12,4	18,9	5,7	3,8	4,9	9,7

lungsgebietes (im Gegensatz zu anderen Staaten unabhängig von prozentualen Bevölkerungsanteilen) für die Gültigkeit der Gesetznormen, was sich dann beispielsweise in Paragraph 9 ausformt in das (allerdings einseitige) Recht des Gebrauchs der sorbischen Sprache im Siedlungsgebiet vor Gerichten und Behörden sowie öffentliche Einrichtungen unter staatlicher Aufsicht, weiter in die Umsetzung einer zweisprachigen Beschilderung im Siedlungsgebiet, sorbisch sprechende Ansprechpartner, einen Rat für sorbische Angelegenheiten, die Institutionalisierung von Sorbenbeauftragten und die Abfassung eines Berichtes zur Lage des sorbischen Volkes mindestens einmal in jeder Legislaturperiode. Darauf aufbauend gibt es abgeleitete Verbindungen zu weiteren sächsischen Gesetzen wie dem „Schulgesetz für den Freistaat Sachsen“, das bestimmt, dass im „sorbischen Siedlungsgebiet [...] allen Kindern und Jugendlichen, deren Eltern es wünschen, die Möglichkeit zu geben“ ist, „die sorbische Sprache zu erlernen und in festzulegenden Fächern und Klassen- und Jahrgangsstufen in sorbischer Sprache unterrichtet zu werden.“ Auch sind an allen sächsischen Schulen Grundkenntnisse in Geschichte und Kultur der Sorben zu vermitteln. Zudem gibt es für die Sorben eine sehr langfristig angelegte Finanzierungsinstitution in Form einer Stiftung (mit ca. 16 Millionen Euro Jahresetat, wovon der Bund die Hälfte trägt, während ausgerichtet an der geschätzten Minderheitenverteilung sich Brandenburg mit einem Drittel und Sachsen mit zwei Dritteln die verbliebene andere Hälfte teilen).

Abschließend sei vermerkt, dass auch die Sächsische Staatsregierung verschiedene Projekte zur Willkommenskultur fördert und befördert. Zu denken wäre an die Ausstellung „Integration durch Leistung“, in der die porträtierten Persönlichkeiten ihre Erfahrungen mit Ankunft und Heimat wiedergeben – und zwar vom Vertriebenen über den Spätaussiedler, den vietnamesischen Gastarbeiter in der DDR bis hin zum heutigen Zuwanderer: „Ich habe mich engagiert, um meine neue Heimat mitzugestalten“ oder „Die freundliche Wesensart der Sachsen hat uns hier Freunde finden und heimisch werden lassen“ oder „Eigenes respektvolles Verhalten ist eine wichtige Voraussetzung für Integration“, lauten nur einige Meinungsbilder.

Egal, ob Deutscher, Sachse, Sorbe oder Migrant; alle suchen Heimat. Heimat lässt sich so auch mit dem Wunsch nach einem sicheren und sinnfälligen Leben in vertrauter Umge-

bung assoziieren. Dazu muss der Einzelne durch Respekt gegenüber anderen beitragen. Umgekehrt bedingt Heimat aber auch, den Menschen eine Perspektive in seiner Region zu geben. Dies sollte von Politik und Verwaltung als Auftrag gesehen werden. Heimat ist zudem ohne Stabilität nicht vorstellbar. Von Menschen, die mit dem Verlassen ihres Landes eine Zeitgrenze, so Iris Radisch in der „Zeit“ vom 12. Mai 2016, überschreiten, weil sie aus einsichtigen Wünschen der Verspätung ihres Landes entfliehen wollen, muss man daher Integrationswillen erwarten dürfen und kein Verweigern, angefangen bei der Sprachbeherrschung.²¹ Ein Gegenteil von Dankbarkeit ist das falsche Zeichen; es ist vielmehr an der „Zeit, über eine andere Einwanderungspolitik nachzudenken“.²²

Schlussbetrachtung

Für die hier wiedergegebenen Überlegungen hat der Autor mit mehreren Bekannten und Freunden aus den westlichen Bundesländern gesprochen, die seit langem in Sachsen leben. Immer wieder war der Verweis auf die jahrhundertalte kulturelle Tradition, die barocke Kulisse Dresdens und ein großes Traditionsverständnis zu hören. Einer meinte sogar, so offene Menschen wie hier in Sachsen habe er selten erlebt. Jeder hat seinen eigenen Umgang und eine solche Meinungssammlung ist keinesfalls repräsentativ. Aber das Sachsen anders sei, rechter, menschenfeindlicher – das habe ich von keinem der hier Zugewanderten bisher gehört.

Mittlerweile wandelt sich ja auch das Bild in der Presse und damit in der Öffentlichkeit. Journalisten²³ beginnen zu fragen, ob immer sachgemäß berichtet wurde. Nicht wenige Politiker stimmen der vertretenen Ansicht immer mehr zu, dass nicht alles richtig gelaufen war und der gesellschaftliche Zusammenhalt, der ja eine Stärke unseres Landes ist, in Gefahr gebracht werden könnte. So kann man nicht zuletzt den Maßnahmeplan für eine neue Sicherheitsstruktur vom Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, übrigens auch ein Sachse nach 1990, interpretieren. Die Politik hat das Problem, welches viele Menschen mit dem ungehinderten und nicht registrierten Zuzug von Flüchtlingen und Migranten haben, erkannt; eine rechtzeitige offene Diskussion darüber hätte wohl auch viel Unmut erspart. Vielleicht musste es aber auch so kommen, um Veränderungen zu erreichen. Deutlich ist auf jeden Fall geworden, dass die Bürger wach sind, alle Seiten.

20 Ausführlich bei Jens Baumann: Minderheitenförderung als Regionalförderung, in: *Létopis* 1/2015.

21 Bassam Tibi, *Die Welt*, 4. Juli 2016.

22 *Die Zeit*, 29. Dezember 2016.

23 Hans Ulrich Gumbrecht, in: *Die Zeit*, 10. November 2016.

Es ist falsch zu glauben, dass der Mehrheitswille zu fairen Entscheidungen führt. Bloße Zahlen haben keine moralische Bedeutung. Eine Regierung ist nur legitim, wenn sie gleichen Respekt für alle zeigt – wenn also das Schicksal jeder Person gleich viel zählt.
Ronald Dworkin

- 24 Welt N24, 17. Januar 2017: „Im Wortlaut des [Karlsruher NPD-]Urteils klingt das so: ‚Es müssen konkrete Anhaltspunkte von Gewicht vorliegen, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass das Handeln der Partei erfolgreich sein kann (Potenzialität). Lässt das Handeln einer Partei dagegen noch nicht einmal auf die Möglichkeit eines Erreichens ihrer verfassungsfeindlichen Ziele schließen, bedarf es des präventiven Schutzes der Verfassung durch ein Parteiverbot nicht.‘ Ein Parteiverbot, so sagen es die Richter, sei nämlich kein ‚Gesinnungs- oder Weltanschauungsverbot‘.“
- 25 Lubomir Zaorálek, in: Die Welt, 15. Juni 2016.
- 26 Pascal Bruckner, in: Die Zeit, 14. April 2016.
- 27 Jürgen Habermas, in: Die Zeit, 7. Juli 2016.
- 28 Die Zeit, 3. März 2016.

Autor

Dr. Jens Baumann
Radebeul

Deutlich ist auch geworden, dass Stimmungen sich nicht unterdrücken lassen, dazu gibt es zu viele Foren, die bereit sind, ob richtig oder falsch, zu berichten. Auch Wahres kann falsch sein – indem man etwa im Fernsehen nur Frauen und Kinder als Flüchtlinge zeigt, verfälscht man genauso die Wahrheit, wie wenn man nur Straftaten durch Flüchtlinge aufzählt. Weiter ist deutlich geworden, dass durch Übertönen, Gegendemonstrieren und Totschweigen sich keine Probleme lösen lassen, hiervon wird auch niemand anders, höchstens innerlich verletzt, und das ist viel gefährlicher, als wenn er es wagt, seine Meinung zu sagen. Es ist ein Fakt derzeit, dass eine sowohl tatsächlich als auch im übertragenen Sinne laut agierende Minderheit das Gefühl des Einverständnisses der Mehrheit nach außen trägt. Es ist aber nicht die Aufgabe der Mehrheit, diese Minderheit zum buchstäblichen Schweigen zu bringen, denn Gedanken lassen sich eben nicht verbieten; man darf vielmehr erwarten, dass von außen Minderheit, Mehrheit und Meinungsfreiheit als jeweils eigenständig gesehen und Pauschalisierungen vermieden werden. Und nicht zuletzt hat sich wiederholt, was auch nach dem 3. Oktober 1990 schon versucht worden ist: eine Partei, damals unter dem Namen PDS, durch Nichtbeachtung soweit zu diskreditieren, dass sie in den Augen der Wähler unmöglich gemacht wird, funktioniert nicht. Heute ist die PDS in manchen Ländern Koalitionspartner und unser Land ist dadurch nicht untergegangen. Widerspruch muss eine demokratische Gesellschaft aushalten²⁴, und Widerspruch birgt auch manchmal ungeahnte Alternativen in sich, deren sich sogar im Zweifelsfall, weil es ja immer auch um Macht geht, die bereits Regierenden bedienen könnten.

Im Übrigen könnte man auch mit gleicher Berechtigung fragen, was denn in den westlichen Bundesländern anders ist. Der Blick kritischer Bürger Sachsens auf die deutsche Zuwanderungsdebatte mit dem verordneten „Wir schaffen das“ (aber will überhaupt jeder alles schaffen?) geht eher konform mit Positionen, die man auch als Regierungspolitik in Polen, Tschechien, der Slowakei oder in Ungarn findet, kurzum in den Visegrád-Staaten.²⁵ Großbritannien wäre ebenso nicht zu vergessen, auch Frankreich teilt nicht die Ansichten der Bundesregierung.²⁶ Wer ist denn

dann anders – dies entscheidet sich je nach Blickrichtung. Und woher nimmt sich mancher das Recht der Befragungshoheit? Die deutsche Europapolitik wird nicht umsonst kritisiert: „Seit 2010 sehen wir, wie die deutsche Regierung die ihr ungewollt zugewachsene Führungsrolle in Europa weniger im gemeinsamen als im eigenen Interesse wahrnimmt. Deutschland ist ein widerwilliger, zugleich unsensibler und unfähiger Hegemon“.²⁷ Ebenso wäre an Rüdiger Safranski oder Peter Sloterdijk zu denken, der anmerkte: „Merkel hat ganz einfach nicht das demokratische Mandat, ein Land so zu verändern“.²⁸

Bayern ist schwarz. Berlin ist rot. Die an der Küste halten Winterschlaf. Am Rhein feiert man immer noch Fastnacht. Die Brandenburger haben sich bei Senftenberg eine Indoorskihalle gebaut, um auch zum Abfahrtski nicht mehr ihr schönes Land verlassen zu müssen. In Sachsen-Anhalt steht man früher auf, wozu auch immer. Auf dem Rennsteig gibt's auch bei 30 Grad plus Thüringer Klöße. Im Rheinland und in Baden-Württemberg ist ein Viertel immer noch ein Viertel, in Sachsen bekommt man für einen höheren Preis nur 0,2 Liter. Alle sind ein bisschen anders – na und?! Deutschland ist bunt, wer bunt wollte, muss auch Schattierungen und Imre Kertész vertragen (Letzte Einkehr. Ein Tagebuchroman): „Zur Politik wäre noch das eine oder andere zuzusagen. [...] Es ginge darum, wie die Muslime Europa überschwemmen und in Besitz nehmen, direkt gesagt, zerstören werden. [...] Die Zivilisation erreicht einen überzüchteten Zustand, in dem sie nicht nur nicht mehr fähig, vielmehr auch nicht mehr willens ist, sich zu verteidigen; in dem sie, unverständlicherweise, ihre eigenen Feinde verherrlicht. Und dazu kommt, dass man das alles nicht öffentlich sagen darf. Wieso nicht?“

Manche Sachsen haben sich die Frage erlaubt, wieso auch nicht? Ob sie im richtigen Ton die richtige Antwort darauf haben, wer die richtige Antwort darauf hat, das müssen alle gemeinsam diskutieren. Und zwar diskutieren, ohne seine Meinung aufzuoktroyieren. Doch am Anfang steht die Frage, denn wie heißt es schon in den „Liedern des Kleinen Prinzen“ bei Kurt Demmler: „Frag und hast Du keine Fragen, so frag Dich warum.“

prawo
na
domiznu.

X ZWEITSTIMME AfD

Alternative
für
Deutschland

Ein gescheiterter Staat?

Sächsische Besonderheiten

Werner J. Patzelt

Andersartige Bundesländer oder andersartige Reaktionen?

Lange gab es in Deutschland Diskussionen darüber, ob wohl in Bayern „die Uhren anders gingen“, ja ob ein Bayer deutscher Bundeskanzler werden könne. Auch war, wann immer es in Fernsehen oder Film einen „Deppen vom Dienst“ brauchte, stets ein Bayer gefragt. Das hat sich in der Weise geändert, dass statt Bayern nun Sachsen zum bevorzugten innerdeutschen Verachtungsland geworden ist.

Heute nämlich weiß jeder: Sachsen ist PEGIDA-Gau, Hochburg von Rechtsradikalismus und Rassismus, Inbegriff von Dunkeldeutschland, letztlich ein gescheiterter Staat. Deshalb machen Touristen und Investoren einen weiten Bogen um dieses Land und geben manche Staaten sogar Reisewarnungen heraus, die vom Besuch Dresdens abraten. Auch erkennt man schon an ihrer hässlichen Sprache eine gewisse Beschränktheit der Sachsen – und außerdem daran, dass dieses Völkchen trotz der Befreiung von ostdeut-

Recht auf Heimat: Sorbische Wahlwerbung für die AfD in Hoyerswerda, 2014
© Wikimedia (svolks)

scher Parteidiktatur weiterhin mit großer Mehrheit die CDU wählt.

Oder sind weniger die Sachsen und die Bayern anders, als dass man einfach anders über diese Länder redet als über Brandenburg und NRW? Darauf deutet mancherlei hin. Zudem fragt man sich, ob da nicht oft Neid die Feder führt oder die Sprache prägt. Bayern wie Sachsen schafften es nämlich in Deutschland an die Spitze, wenn auch zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Zusammenhängen. Man nimmt es aber einem Aufsteiger übel, wenn er an seinen Konkurrenten vorbeizieht. Über die rückständigen Bayern machte man sich schon im Bismarckreich lustig – und dann zu bundesdeutschen Zeiten immer noch, als sich der einstige Agrarstaat längst modernisiert hatte, zum High-Tech-Standort mit führendem Bildungs- und Wissenschaftssystem geworden war, zum Geberstaat unter den Bundesländern, zum innerdeutschen Traumland der Schönen und Reichen sowie zu einer einzigartigen Mischung aus kulturellem Traditionsstolz und technischer Fortschrittswut. So einen Klassenprimus mag man nicht – und erst recht nicht, wenn er andere die eigene Überlegenheit auch fühlen lässt. Spott und üble Nachrede werden dann zur Waffe der weniger Erfolgreichen.

Es mag sein, dass es Sachsen jetzt ähnlich geht. Seit der Wiedervereinigung ist das Land auf stabilem Erfolgskurs. Der hat nicht nur zu schmucken Städten und guten Straßen, sondern auch zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt und zu einem Spitzenplatz bei innerdeutschen Bildungsvergleichen geführt. In Sachsen gibt es außerdem unbändigen Stolz auf das eigene Land und auf dessen unübersehbar reiches Kulturerbe. Außerdem fehlt es im weiß-grünen Freistaat nicht am festen Willen, auch aus weiterbestehenden oder neuen Problemen am Ende doch besser herauszukommen als so mancher, der Sachsen jetzt von oben herab kritisiert. Also lässt man Vorwürfe abperlen, die man als ungerne empfindet, und geht – ohne das an die große Glocke zu hängen – der Reihe nach jene Fehler an, die zu Recht kritisiert werden.

Einige sächsische Eigentümlichkeiten

Doch die Ähnlichkeiten zwischen Sachsen und Bayern als den beiden „anderen“ oder „anders wahrgenommenen“ Ländern Deutschlands enden irgendwo. Es gibt schon das „wirklich Sachsentypische“. Dieses aber lässt sich nicht

verstehen ohne den Blick in die Geschichte dieses Landes sowie auf die aus dieser Geschichte empfangenen Prägungen. Sachsen kommt nämlich „von woanders her“ und hatte dann auch einen sehr anderen Weg als Bayern. Dieses war seit dem 6. Jahrhundert ein eigenständiges Stammesherzogtum, bestand also längst, bevor von Deutschland in der Geschichte die Rede war. Zwar gab es auch das Stammesherzogtum Sachsen, bevor das Ostfrankenreich zu Deutschland wurde. Doch das erstreckte sich im heutigen Niedersachsen zur Nordsee hin und ist durchaus nicht Vorfahr des heutigen Sachsen. Es wanderte nur dessen Name elbaufwärts und nach Osten.

Das heutige Bundesland Sachsen entstand als Markgrafschaft Meißen in der Grenzregion zum damals noch slawischen Siedlungsgebiet. Im Ergebnis der deutschen Ostsiedlung seit dem 12. Jahrhundert wurde Sachsen dank Landesausbau durch eingewanderte Thüringer und Franken, vor allem aber wegen der Entdeckung von Silber, zu einem der reichsten und mächtigsten deutschen Länder. Die Montanwirtschaft als Macht- und Reichtumsquelle entwickelte sich auch nach dem zweiten „Großen Bergeschrey“ des späten 15. Jahrhunderts weiter. Die Erringung der Kurwürde im späten 14. Jahrhundert, zunächst für das Herzogtum Sachsen-Wittenberg, tat diesen Aufstieg auch noch symbolisch kund. Sich dann obendrein an die Spitze der Reformation stellend und seine Verwaltungssprache über die Luther-Bibel im ganzen deutschen Sprachraum verbreitend, war Sachsen auf einem Gipfel seines Einflusses angelangt.

Doch schon am Ende des 15. Jahrhunderts unterminierte die Leipziger Landesteilung eine dauerhafte Großmachtstellung Sachsens. Stattdessen schuf die mit der Landesteilung einhergehende Machtzersplitterung politischen Raum für den Aufstieg Brandenburg-Preußens. Zwischen diesem werdenden Machtstaat im Norden und dem Habsburgischen Machtblock, der im Süden die böhmischen Länder umfasste, fand sich Sachsen zwei Jahrhunderte später wie ein Pufferstaat eingezwängt. Dafür bezahlte es bis zum Ende der Napoleonischen Zeit als auf Niederlagen abonniertes militärisches Durchzugsland. Zuvor hatten die sächsischen Kurfürsten mit der Erringung der polnischen Krone zwischen 1697 und 1763 zwar den Höhepunkt ihres Ansehens erreicht, doch die Möglichkeiten ihres Landes auch überreizt und übernutzt. Die Erschöpfung der Silber-

vorkommen setzte den politisch begonnenen Abwärtsprozess fort. Das Übrige tat eine oft unglückliche Bündnispolitik.

Neues Selbstbewusstsein schuf freilich die Erhöhung zum eigenen, wenn auch kleinen Königreich nach dem Ende des Alten Reiches. Und neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnete vor allem die industrielle Revolution. Deren Chancen wusste Sachsen sogar besonders gut zu nutzen. Es baute ein modernes Bildungssystem auf, dessen Schwerpunkt auf moderner Technik durch die Rolle von Dresden und Leipzig als anziehungsmächtigen Kunststädten bestens ausbalanciert wurde. Obendrein schufen Arbeitsamkeit und Fleiß der Bevölkerung, von protestantischem Ethos und praktischer Findigkeit getragen, die Voraussetzungen für große wirtschaftliche Erfolge nicht nur in prosperierenden Städten, sondern zudem in vielen „Industriedörfern“. Ebenfalls dort – und nicht allein in den Ballungsgebieten – entstand die neue, stolze, patriotische und alsbald auch eine politische Modernisierung einfordernde Arbeiterklasse. Am Ende des 19. Jahrhunderts war Sachsen dann zum „roten Königreich“ Deutschlands geworden, zum Herzland der SPD, und dabei obendrein – wie schon in der frühen Neuzeit – zur wohlhabendsten Region des Reichs sowie zu einer Heimstatt von Wissenschaft und Kunst. Es war wirklich eine „belle époque“, in der Sachsen damals lebte und sich, samt seinen bonfortionösen – auf Sächsisch: „bomforzionösen“ – Verhältnissen, aufrichtig mochte.

Doch unter der Oberfläche garte es, zumal in den großen Städten, und das nicht nur künstlerisch. Schon zu Weimarer Zeiten traten im zwischen geliebter Tradition und modernem Lebensgefühl zerrissenen Sachsen etliche von Deutschlands politischen Pathologien an die Oberfläche. Bereits im März 1933 wurde der große Dirigent Fritz Busch von den Nazis aus Dresden vertrieben, und bezeichnenderweise fand gleich im September desselben Jahres zu Dresden die erste Ausstellung über „Entartete Kunst“ statt. Obendrein agierte einer der hetzerischsten Nazi-Gauleiter in Sachsen. Der Pöbel war an die Macht gelangt – und fand seine Anhänger quer über die Gesellschaft. Die Zerstörung vieler Innenstädte durch alliierte Bomben war auch dafür die Quittung.

Nach 1945 lebte das einst „rote Königreich“ gleichsam ohne Monarchie und Bourgeoisie wieder auf, ja umfasste bald die gesamte sowjetische Besatzungszone und nachmalige DDR. Insofern war es eine besondere Pointe,

dass – nachwirkend bis heute – das Sächsische des aus Leipzig stammenden SED-Führers Ulbricht zu einer Art Signaldialekt des kommunistischen Deutschland wurde. Ihn ironisch anzubringen, wirkte nicht nur im Westen selbsterhöhend und war eine – recht billige – Form von Kritik. Im deutschlandweit beliebten Verächtlichmachen des Sächsischen lebt derlei bis heute nach. Allerdings hatte der Ansehensverlust dieses Dialekts und Tonfalls bereits mit dem realen Machtanstieg Sachsens seit dem späten 18. Jahrhundert begonnen. Als Kennzeichen von Verlierern oder politischen Wirrköpfen deutete man seither das Sächsische immer wieder – auch seit 2014 bei PEGIDA.

Umgekehrt begann schon im 18. Jahrhundert das sächsische Aufbegehren gegen Sachsens Verächter. Wer sich zumal seiner Sprache wegen als Dummkopf hingestellt erlebt, der pflegt nämlich zu reagieren. Im schlechten Fall tut er das mit bockiger Verschließung, im besten Fall mit unersättlichem Leistungswillen. Eben der lässt dann die anderen hinter sich und nimmt auf diese Weise an ihnen subtil Rache. Preußens Gloria setzte man jedenfalls Sachsens Glanz, politischer Macht jene Mischung aus Findigkeit und Rührigkeit entgegen, die man auf sächsisch „Fischelanz“ nennt, verballhornt vom lateinisch-französischen Fremdwort „Vigilanz“. Solches Verhalten klingt zwar harmlos, wirkt aber subversiv. Preußen ist jedenfalls vergangen, Sachsen hingegen ein stolzes und erfolgreiches Bundesland. Nicht grundlos begann denn auch das Ende der DDR in den sächsischen Städten Plauen, Dresden und Leipzig – und ebenso das Ende manchen bundesdeutschen Konsenses mit dem Aufkommen von PEGIDA, dem rasch der Aufstieg der AfD folgte.

Politischen Umschichtungen scheinen die Sachsen jedenfalls nicht abgeneigt zu sein, ja sie sogar mitzubewirken, wenn die Verhältnisse gefühlte Fesseln von Fischelanz werden. Nach dem Ende der DDR waren jedenfalls die früheren, so starken sozialdemokratischen Milieus verschwunden. Dafür wurde der sächsische Landesverband der PDS zur zeitweise reformwilligsten Gliederung der alten DDR-Staatspartei. Vor allem aber wählten die Sachsen als neue Staatspartei die CDU über ein Vierteljahrhundert lang ohne Unterbrechung mit absoluten oder starken relativen Mehrheiten in den Landtag und an die Macht. Des Freistaats neuer „republikanischer Monarch“ und erste Ministerpräsident ging dann so weit, we-

gen der Attraktivität der CDU „seine Sachsen“ für immun gegen jegliche Form von Rechtsextremismus zu erklären. Da aber war die erfolgsverwöhnte CDU bereits selbstgefällig und bräsig geworden und vermochte es nicht mehr, aufsässige Sachsen ins etablierte System zu integrieren. Schon wenig später zog die NPD in den Landtag ein, getragen von einem breiten Netzwerk rechtsradikaler Privatvereinigungen quer übers Sachsenland, die man mitsamt ihren Motivationslagen so recht nicht ernstgenommen hatte. Zehn Jahre darauf entstand in Sachsens Hauptstadt dann PEGIDA – und wurde der weiß-grüne Freistaat zum Spitzenreiter bei Übergriffen auf Geflüchtete und auf deren Unterkünfte. Als bald war das ehemals rote Sachsen zu Deutschlands braunem Sumpf geworden – und wenn schon nicht in Wirklichkeit, so doch in den Augen von Westdeutschen und von Linken.

Was ist da los? Offenbar können viele Sachsen „links“ und „rechts“ ähnlich gut. Sie wechseln willig die Seiten, wenn es sein muss, sein soll, ja vielleicht auch bloß sein kann. Dabei lassen sie sich nicht weit ins Innere von dem bewegen, was man äußerlich von ihnen will. Man macht mit, bis der innere Kompass anzeigt: „Jetzt is' aber gutt!“. Denn so gutmütig Sachsen auch sein können, so wenig ist auf handsames Verhalten dann Verlass, wenn sie sich in ausweglose Lagen gebracht fühlen. Das tut eine nennenswerte Minderheit von ihnen seit einiger Zeit bei der Einwanderungspolitik und beim Auftreten des Islam in Deutschland, wenn gleich eher beim Vorausblick in die Zukunft als beim Urteil über die Gegenwart. Doch wer fischelant ist, sinnt eben mehr auf Künftiges denn auf das bereits Geschehene. Und er mag es schon gar nicht, wenn mühsam Erreichtes leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird – wie in Sachsens Geschichte nicht gerade selten.

Tiefenschichten heutiger politischer Kultur in Sachsen

Erklärungen sächsischer Eigentümlichkeiten ohne solche historische Tiefenschicht, auch bar des Gespürs für soziokulturelle Zusammenhänge, sind stets unzureichend. Etwa hat die sächsische CDU zweifellos jene rechtsradikalen Netzwerke unterschätzt, die seit Beginn der 1990er Jahre erkennbar waren; doch warum hat sich rechtspopulistisches Empfinden ausgerechnet in jenem Sachsen so verbreitet, das man 1990 als neues sozialdemo-

kratisches Musterland erwartete? Gewiss auch verfestigte sich im seit damals von der CDU regierten Sachsen eine rechte Grundstimmung, die den „Kampf gegen rechts“ nicht zum Herzensanliegen der Regierung werden ließ; doch eine rechte Grundstimmung gibt es ebenfalls im seit 1954 von der CSU regierten Bayern, wo – obwohl 2015 von der Zuwanderung am meisten betroffen – sich gerade keine nennenswerte Fremdenfeindlichkeit zeigte, sondern bewundernswerte Willkommenskultur. Und sicher sind die Sachsen besonders stolz auf ihr Land; aber das sind die Badener und Württemberger auch, welche die konservativsten aller Grünen an die Macht gewählt haben und wenig Rechtsradikalismus oder Fremdenfeindlichkeit aufweisen.

Man wird also tiefer graben müssen. Dann findet man, dass gerade in Einwanderungsfragen Sachsen viel mehr mit Polen, Tschechien und Ungarn gemein hat als mit den Hansestädten oder dem Rheinland. Was aus westeuropäischer Warte als fragwürdig-rechtspopulistisch anmutet, wirkt in Ostmitteleuropa politisch ganz normal – und in Sachsen eben auch. Dort hat man außerdem nicht die Demütigungen durch jene „fremden Vögte“ vergessen, als welche viele der seit 1990 ins Land strömenden West-Eliten wirkten. Und heute stört man sich besonders an jenen Denk-, Sprech- und Verhaltensgeboten, die – auf ihre politische Korrektheit so stolze – Wessis gerade in Einwanderungsfragen über „Dunkeldeutschland“ verhängen.

Gerade weil man sich über das erfolgreiche Ende der schweren Umbruchjahre seit 1990 freute, empfand man es als Zumutung, im „soeben wieder schön gewordenen Sachsen“ jetzt den Ausländeranteil „auf westdeutsches Niveau“ bringen zu sollen, also aufs Maß aller Dinge. Weil viele Sachsen – gut gebildet in einem Hochschulland, auch nicht ohne Erfolg mit ihren Handwerksbetrieben, kleinen Geschäften, ja auch mittelständischen Unternehmen – nun einmal kein gutes Ende der seit 2015 betriebenen Einwanderungspolitik erwarten und außerdem empfanden, ihre Kritik werde „arrogant abgebügelt“, empörten sie sich erst recht. Sie taten das umso mehr, als sie ja nie gefragt wurden, ob sie eine solche Veränderung ihrer Kultur und Heimat wirklich wollten. Derlei „Politik von oben herab“ fühlt sich dann an „wie zu DDR-Zeiten“.

Obendrein fehlen – von perfekt integrierten Vietnamesen abgesehen – jene positiven Erfahrungen mit einer Einwanderungsgesellschaft, die man in weiten Teilen West-

deutschlands sehr wohl machen konnte. Also schrecken unschöne Bilder, etwa aus Duisburg-Marxloh. So etwas wäre „nicht mehr ihr Land“, empfinden viele. Einige von ihnen machen sich dann ans Abschreckungswerk durch Unwillkommenskultur und Brandanschläge. Weil außerdem die meisten Sachsen zwar derlei Verbrechen ablehnen, doch die so bekämpfte Flüchtlingspolitik auch selbst für falsch erachten, entsteht vielerorts ein Einvernehmenszusammenhang folgender Art: „Das geht zwar zu weit; doch im Grunde ...“. Und weil völlig klar zu sein scheint, dass nur Rechtsextremisten und Rassisten so denken, wird allzu oft in Mithaftung genommen, wer derlei gar nicht ist. Alsbald führt wachsender Trotz zur stillschweigenden Solidarisation – und fängt ein undifferenzierter „Kampf gegen rechts“ an, die Rechten nur noch weiter zu stärken. Deutschland wiederum findet dann in Sachsen seinen Sündenbock und projiziert auf ihn alle Pathologien unserer Nation.

Tatsächlich werden viele Veränderungen, die auf Deutschlands Einwanderungsgesellschaft zukommen, gerade im landesstolzen Sachsen als drohender Verlust von Beheimatung empfunden. Noch gar nicht lange liegt ja die vom Ende der DDR-Gesellschaft bewirkte Erfahrung zurück, dass man sehr wohl seine Heimat verlieren kann, ohne sie je zu verlassen. Es reicht nämlich, wenn sich die Umwelt über eigene Anpassungswünsche hinaus verändert und man angesichts dessen objektiv machtlos ist. Eben das befürchten jetzt nicht wenige in Sachsen als Folge der von Deutschland passiv hingenommenen Einwanderung, zumal jener aus muslimischen Kulturkreisen. Derzeit wird dieses Gefühl meist als „Rassismus“ etikettiert. Solcher spielt zwar mit, doch eher in einer Nebenrolle. Wichtiger ist, dass man nach über zwanzig Jahren der Systemtransformation das Land Sachsen – nach dessen offenkundigem Niedergang zu DDR-Zeiten – wieder oben angelangt sieht und nun eine Gefährdung des Erreichten durch zahlenstarke Einwanderung von Migranten mit ganz anderem kulturellen Hintergrund befürchtet. Stark emotionalisierend wirkt in diesem Zusammenhang der oft vorgebrachte Hinweis, erst wenn es „ausreichend viele“ Ausländer und Muslime auch in Sachsen gäbe, hätte die dortige Bevölkerung überhaupt einen Grund, sich – und gar mit Sorgen – in Diskussionen um Deutschlands Einwanderungspolitik einzumischen; jetzt aber halte man besser den Mund und akzeptiere die Politik der Regierung.

Ferner gehört zu den Tiefenschichten derzeitiger sächsischer politischer Kultur ein tief empfundener, doch ungerne eingestandener Neid. Meist wird er als „Verlangen nach Gerechtigkeit“ rationalisiert. Dieses wuchs überall im Osten parallel zum Wandel der egalitären DDR-Gesellschaft hin zur auf Konkurrenz und habituelle Distinktion gebauten westlichen Gesellschaft. Als Neid treffen solche Empfindungen heute gerade auch Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Die sind nämlich eine weitere, womöglich grenzenlos neu hinzukommende und – angesichts hierzulande nachgefragter Berufskompetenzen – ihre Lage womöglich kaum verbessernde Gruppe von sozialstaatlichen Anspruchsträgern. Unterm Strich entstand so neben der ohnehin schon aufgetretenen Spannungslinie zwischen „oben“ und „unten“ eine weitere Spannungslinie zwischen den „kleinen Leuten“ hierzulande sowie den – wie sie auf Hartz IV-Niveau gestellten – Geflüchteten. Auf diese Weise verbindet sich in brisanter Weise ein materieller Verteilungskonflikt mit den üblichen ethnisch-kulturellen Konflikten einer Einwanderungsgesellschaft.

Er verbindet sich überdies mit der nach der Wiedervereinigung wichtig gewordenen Spannungslinie zwischen eingesessenen Sachsen und hinzugekommenen Westdeutschen. Sie ist zugleich eine Spannungslinie zwischen neuer „kultureller Oberschicht“ und „rückständiger Regionalgesellschaft“. Besonders folgenreich ist sie in Sachsen, weil die dortige Umgangssprache der einzige genuin ostdeutsche Dialekt ist. Während sich alle anderen Regionen der neuen Bundesländer sprachlich mit Gebieten der alten Länder überlappen, lässt sich allein in Sachsen die landfremde Herkunft von Funktionseliten schlicht durch Zuhören feststellen. Diese Spannungslinie wird denn auch in Tausenden von Alltagssituationen immer wieder schmerzlich fühlbar.

Gewiss gab es gute Gründe dafür, die kommunistisch geprägten Funktionseliten der DDR durch Personal aus den alten Bundesländern zu ersetzen. Doch auch eine Generation später haben sich die Sozialräume der hinzugekommenen Westeliten sowie der Einheimischen nicht sonderlich durchmischt, sondern im Wesentlichen nur „überschichtet“. Die „da unten“ sichern als steuerzahlendes oder den Staat subsidiär in Anspruch nehmendes Fußvolk denen „da oben“ ihre Aufgaben und materielle Versorgung, während die „da oben“ allein schon durch

Präsenz, Dominanz und Habitus zeigen, was alles die „da unten“ noch nicht können oder sind. Das legitimiert dann gleichsam, dass die einen oben, die anderen aber unten bleiben. Aufstieg in die neue Herrschicht und deren Sozialkreise gelingt zwar durch Bildung, Glück und Anpassung. Wer das alles aber nicht schafft oder sich immerhin der West-Assimilation verweigert, der gilt schnell als rückständig oder allzu arm an jetzt wichtigem kulturellem Kapital. Und wer letzteres wirklich ist, gilt dann rasch als ungehobelter sächsischer Pöbel. Tritt der dann auch noch provokant, ja unübersehbar protestierend auf, dann verdient er wohl nicht mehr als Verachtung und Ausgrenzung. Gegen solches Dunkeldeutschland steht dann Dünkeldeutschland. Ganz wesentlich solchen Zusammenhängen verdankt sich die Eskalationsdynamik um PEGIDA sowie das frühe Großwerden von Rechtspopulismus gerade in Sachsen.

Gegen diesen Hintergrund muss nun auch nicht wundern, dass in Sachsen politische Ohnmachtsempfindungen weit verbreitet sind. Dort aber führten sie vielfach nicht zur Untertänigkeit, sondern gerade zur Aufsässigkeit. Man empfindet, zu wenig Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben und Grundlegendes durch Wahlen ohnehin nicht ändern zu können; also wird es populär, Volksabstimmungen nun auch auf Bundesebene zu fordern. Manche empören sich auch soweit, dass sie die heutige Lage mit der zu DDR-Zeiten gleichsetzen: Schon wieder übersähen Politiker reale Missstände, hörten nicht aufs Volk und ließen die Medien gerade das berichten, was sie selbst sehen und lesen wollten. 1989 hatte man einem solchen Regime auf der Straße sein Ende bereitet; warum also nicht auch jetzt wieder? So entstanden ganz illusorische Hoffnungen, mit Demonstrationen allein könne man in einer repräsentativen Demokratie wie der unseren Weitreichendes verändern.

Zu kurz greift es allerdings, die seit 1990 andauernde CDU-Regierung Sachsens als ursächlich für derzeitige Diktaturvorwürfe auszugeben. Wichtiger sind nachwirkende DDR-Prägungen. Gerade diese, und dabei die frühere Rolle der staatsleitenden Partei mit heutigen vulgärdemokratischen Ansichten kurzschließend, führen etwa zur ziemlich schrägen Ansicht, echte Demokratie gäbe es im Wesentlichen dort, wo die Regierenden einfach nachvollzögen, was man selbst und seinesgleichen für richtig hielt. Wenn angesichts solcher Erwartungen die politische

Klasse nicht demonstrativ zuhören will, ja nicht einmal ihre Politik plausibel erklärt, so entsteht rasch eine wechselseitig verursachte Entfremdungs- und Empörungsspirale. Die ist, trotz fortbestehender CDU-Mehrheiten, auch in Sachsen zu erkennen. Doch während früher die systemkritische PDS solche Stimmungen gegen eine „zu rechte“ Politik aufzufangen konnte, tut dies bei heutiger Systemkritik ob einer „links-grün versifften“ Politik spiegelbildlich die AfD.

Alle diese Faktoren wirken umso wuchtiger, als auch in Sachsen die zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Bewältigung weiterhin herausfordernder Wandlungsprozesse immer noch recht anders sind als im Westen. Den – in der DDR schwerlich so zu bezeichnenden – „vorpholitischen Raum“ hatte auch in den südlichen Landesbezirken die SED mitsamt ihren Vorfeldorganisationen gründlich durchsetzt. Dabei war die Praxis selbstverantwortlicher Eigeninitiative weitgehend geplant worden. Nach dem Zusammenbruch der SED und ihrer Transmissionsinstitutionen fand sich dann dort, wo eine selbstbewusste Zivilgesellschaft wünschenswert gewesen wäre, ein ruinendurchsetztes Brachland mit nur wenigen tauglichen Fundamenten für einen Neubau. Es ist kein Wunder, dass sich dort – nach dem Ende einer linken Diktatur – orientierungsverheißende rechte Strukturen bildeten.

Obendrein war der SED weitgehend die Entbürgerlichung der einst so reichen und kulturstolzen sächsischen Gesellschaft gelungen. Das lief auf eine Beseitigung der Grundlagen einer selbsttragenden freiheitlichen Ordnung hinaus. Ergänzt wurde derlei um die Beseitigung der wirtschaftlichen Grundlagen eines selbstbewussten Bürgertums, nämlich durch Verstaatlichungen und klassenorientierte Personalpolitik. Seinen Höhepunkt fand das alles in der – solchermaßen nahegelegten und bis zum Mauerbau auch möglichen – Flucht bürgerlicher Elitenangehöriger in den Westen. Das dünnte, zumal im klein- und mittelstädtischen Bereich Sachsens, die demographische Basis einer bürgerlichen Gesellschaft sehr stark aus. Umso leichter war es dann, auch die selbstbewussten Sachsen in ihrem dichtbesiedelten Land auf die Verhaltensanforderungen eines autoritären und paternalistischen Systems zu prägen.

Im Zuge all dessen verschwand jene Rolle, auf die allein sich ein freiheitliches Staats- und Gesellschaftswesen gründen kann, nämlich die eines selbstbewussten, sich nicht

schwach und staatlicher Stützung bedürftig fühlenden Bürgers. Der nämlich versteht politische Teilhabe nicht vor allem als Fordern und Einfordern, sondern in erster Linie dahingehend, dass er eigene Fähigkeiten, Energie und Zeit bereitwillig in den Dienst anderer stellt. Auch die Friedliche Revolution, obwohl von Sachsen ausgehend und in Sachsen siegend, konnte diese Rolle nicht rasch ins Leben zurückrufen. Einesteils war das ohnehin unmöglich, weil die Etablierung politisch-kultureller Rollen nun einmal längere Entwicklungsprozesse braucht. Andernteils misslang das, weil Revolutionszeiten nun einmal Ausnahmezustände darstellen, die nur schlecht auf gewöhnliche Dauerbelastungen vorbereiten.

Doch auch die folgenden Jahre der demokratischen Konsolidierung Sachsens waren wenig geeignet, eine solche Bürgerrolle flächendeckend neu entstehen zu lassen. Arbeitslosigkeit grenzte nicht wenige von auf zivilgesellschaftliches Engagement hinführenden Entwicklungsprozessen von vornherein aus. Noch mehr Leute gerieten in eine – oft schockartig erfahrende – Phase der Statusunsicherheit und mussten sich überhaupt eine neue Berufs- und Lebensrolle suchen. Also waren sie mehr mit sich selbst als mit dem von ihnen möglicherweise mitzugestaltenden Gemeinwesen beschäftigt. Und das allzu wenig auf politische Bildung ausgerichtete Schulsystem bringt unter Haupt-, Ober- und Berufsschülern inzwischen allzu viele junge Leute hervor, die sich politisch antiliberal, ja auch rechtsradikal positionieren.

Außerdem braucht dauerhaftes, nicht auf materielle Gratifikationen ausgehendes zivilgesellschaftliches Engagement schon auch ein großes Maß an Selbstbewusstsein und an Stolz auf das bereits Erreichte. An Selbstbewusstsein fehlt es gottlob den Sachsen nicht: Gleich nach dem Ende der SED-Herrschaft fand sich allenthalben das sächsische Weiß-Grün neben deutschem Schwarz-Rot-Gold. Und neu entstehender Stolz richtete sich unmittelbar auf die Rolle Sachsens in der Friedlichen Revolution, mittelbar auf die Glanzzeiten sächsischer Geschichte. Zu denen wollte man wieder aufschließen. Und weil Kurt Biedenkopf als erster Ministerpräsident des neu entstandenen Freistaates genau das als Vision verkündete und tatkräftig in Regierungspolitik umsetzte, genoss er bald nicht nur großes Vertrauen, sondern regelrechte Verehrung – bis hin zur freundlich-ironischen Rede-

weise vom „König Kurt“. Seiner Partei, von einer Reformgruppe um Arnold Vaatz tiefergehend erneuert als andere Landesverbände der ehemaligen Block-CDU, wuchs solches Vertrauen ebenfalls zu – und wird von Biedenkopfs Nachfolgern inzwischen ratenweise aufgezehrt.

Sachsen-Bashing und seine Folgen

Eben derlei Selbstbewusstsein und solchen Stolz verletzt das seit dem Medienhype um PEGIDA modisch gewordene „Sachsen-Bashing“ zutiefst. Von ihm profitieren allem Anschein nach auch jene nicht, die es zum Zweck der politischen Auseinandersetzung mit ihren rechtspopulistischen Gegnern in Sachsen selbst betreiben. Kontraproduktiv wird es sogar, wenn es sich bei den Aktivisten des Sachsen-Bashing um Angehörige der neuen Oberschicht mit westdeutschem Migrationshintergrund handelt. Vermutlich wird deren undifferenziert angelegter Kampf gegen das „braune Sachsen“ nur mehr und mehr Sachsen den Rechtspopulisten zutreiben – wie anfangs bei PEGIDA und inzwischen bei der AfD.

Derweil geht Sachsen auf eine Phase scharfer innenpolitischer Polarisierung zu. In ihr werden bundesweit wichtige Konflikte exemplarisch ausgetragen, zumal solche um Einwanderung und Islam, um Heimat und Nationalstolz, um Eliten und Demokratie. Sollte Sachsens markante Rolle bei solchen Debatten daher rühren, dass jene Themen sich in anderen Bundesländern leichter vom politischen Diskurs fernhalten lassen als im weißgrünen Freistaat, so dürften dafür die erörterten Besonderheiten Sachsens ursächlich sein, darunter vor allem die sprachlich markante Grenze zwischen angestammter Bevölkerung und landfremden Eliten.

Und am Ende mag sich zeigen, dass die geläufige ironische Charakterisierung von Sachsen als „helle, höflich und heimtückisch“ sich bei alledem wie folgt ausgewirkt hat: Höflich hielten sich die allermeisten von PEGIDAS Pöblern fern, waren aber helle genug, reale Probleme rechtzeitig zu erkennen – und agierten darin heimtückisch gegen ihre Kritiker, dass sie durch Erzwingung öffentlicher Debatten und entsprechendes Wahlverhalten auch auf die Lösung jener Probleme hinwirkten. Wenn das aber wirklich so kommen sollte und Sachsen einmal mehr besonders erfolgreich aus einer Krise hervorginge: Wer wollte derlei Andersartigkeit dann wirklich zum Vorwurf machen!

Autor

Prof. Dr. Werner J. Patzelt
TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft
Professur für Politische Systeme und Systemvergleich
01062 Dresden



Das deutsche Missverständnis um den Freistaat Sachsen

Kritische Reflexionen und Erwiderungen auf die Polemiken gegen die sächsischen Bürger

Anton Sterbling

Ausgeprägtes regionales Identitätsbewusstsein: Die wiederaufgebaute Frauenkirche in Dresden
© Wikimedia

Mit einigem Befremden nehmen Kenner der Verhältnisse seit einiger Zeit die mittlerweile regelmäßig wiederholte und nicht selten polemisch zugespitzte Aussage von der „Andersartigkeit“ oder gar „Devianz“ des Freistaates Sachsen und seiner Bürger im bundesdeutschen Kontext in den öffentlichen und politischen Diskussionen zur Kenntnis. Dabei wird vor allem auf eine besonders stark ausgeprägte Neigung zu rechtsextremistischen wie auch fremdfeindlichen Denk- und Verhaltensweisen und eine weitreichende diesbezüglichen Resonanz und Akzeptanz in der Bevölkerung dieses Bundeslandes und selbst bei staatlichen Funktionsträgern angespielt. So hat der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Dr. Anton Hofreiter, am 24. Februar 2016 im Bundestag, unter Bezugnahme auf die unmittelbar davor erfolgten Geschehnisse in Clausnitz

und Bautzen, nicht nur den Vorwurf erhoben, Täter „waren der braune Mob, aber die Polizisten vor Ort haben die Schutzbedürftigen nicht ausreichend vor dem braunen Mob geschützt“, sondern er hat dem noch eines polemisch und denunziatorisch draufgesetzt und im Hinblick auf die Polizei von „einem Fall von institutionalisiertem Rassismus“¹ gesprochen. Dem fügte er des Weiteren hinzu, dass man in Sachsen „auf eine 25-jährige Geschichte der Verharmlosung, des Abstreitens und des Wegschauens im Umgang mit Rechtsextremismus“ zurückschauen, und er gab der CDU und der Landesregierung dafür eine gehörige Mitschuld.² Diese Äußerungen haben in der sächsischen Polizei und sicherlich auch darüber hinaus großes Befremden und Empörung ausgelöst und wurden auch von der Gewerkschaft der Polizei entschieden zurückgewiesen.

1 „Rassismus“ und „institutionalisierter Rassismus“ zählen in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zu den beliebtesten und mit am häufigsten verwendeten linken Kampfbegriffen, wobei dahinter in der Regel weder eine ideengeschichtliche Kenntnis, noch ein elaborierteres Verständnis rassistischer Theorien und Ideologien zu erkennen ist. Siehe zur Kenn-

Wie bei vielen durch die verstärkende und nicht selten auch verzerrende Wirkung der Massenmedien³ oft krass und einseitig dargestellten Dingen gewannen auch in diesem Falle und in anderen Fällen die medialen Projektionen rasch den Stellenwert von Selbstverständlichem und kaum noch Hinterfragbarem. Ist dies aber tatsächlich so, wie vermeint und immer wieder medial bekräftigt? Was ist an den öffentlich zirkulierenden Vorstellungen über Sachsen und seine Bürger zutreffend und mithin auch sozialwissenschaftlich begründbar, was ist daran politische und mediale Übertreibung oder Erfindung und daher kritisch entschieden zurückzuweisen?

In diesem essayistischen Beitrag soll auf diese Frage in drei Gedankenschritten geantwortet werden. Zunächst soll unter Heranziehung eigener empirischer Untersuchungsergebnisse an einige sozialdemographische und sozialstrukturelle Gegebenheiten und Entwicklungen erinnert werden. Sodann sind einige Aspekte der „kollektiven Identität“ anzusprechen, die zu erklären verhelfen, warum und in welchem Maße die Bevölkerung in Sachsen graduell etwas wertkonservativer als in vielen anderen Bundesländern ist. Dabei soll dargelegt werden, dass dies zugleich deutlich von rechtsextremistischen Erscheinungen, die es in Sachsen auch und wahrscheinlich auch vermehrt gibt, abzugrenzen ist.

Diese gut begründbare und notwendige Abgrenzung wird in den gegenwärtigen politischen und medialen Diskussionen allerdings zu wenig beachtet, ja geradezu bewusst oder unbewusst verwischt, so soll dargelegt werden. Der allgemeine Kontext, der diese Missverständnisse oder unzureichenden Differenzierungen erklärbar macht, geht auf in Deutschland besonders deutlich ausgeprägte ideologisch und interessenbedingt begründete Angriffe auf den herkömmlichen „Nationalstaat“ zurück, die gerade in der letzten Zeit an Intensität zugenommen haben. Diese Bestrebungen wie auch massive Gegenbewegungen dazu erhielten insbesondere durch die gegenwärtig in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen gerückte „Zuwanderungsproblematik“⁴ eine starke zusätzliche gesinnungsethische und emotionale Aufladung, die es in den Erklärungen zu berücksichtigen gilt.

Einige sozialstrukturelle Anmerkungen

Der Freistaat Sachsen ist historisch eine hochindustrialisierte Region Europas mit einem ausgeprägten soziokulturellen Selbstbe-

wusstsein und einer entsprechend konturierteren Eigenidentität. Sozialstrukturell, wenn man die sozioökonomischen Lagen, die sozialen Beziehungen und typischen Vergesellschaftungsformen wie auch das soziale Bewusstsein etwas genauer in den Blick nimmt, sind seit der deutschen Wiedervereinigung wirtschaftsstrukturelle Modernisierungs- und Anpassungsvorgänge und sozialstrukturelle und sozialdemographische Wandlungsprozesse in deren Folge festzuhalten, die insbesondere in ländlichen Randgebieten, wie etwa der Oberlausitz,⁵ zu kontinuierlichen und zugleich sozial selektiven Abwanderungen und entsprechend tiefgreifenden Veränderungen der Altersstruktur geführt haben. Die Tatsache, dass stets vorwiegend jüngere und besser qualifizierte Bevölkerungsgruppen abwanderten, hat erhebliche Auswirkungen, wie sich auch in unseren eigenen Studien zeigte.⁶ Neben dem Bevölkerungsrückgang und dem fortschreitenden Alterungsprozess der Bevölkerung lässt sich beispielsweise in der Untersuchung von Hoyerswerda 2008, nicht aber in den Untersuchungen in Görlitz oder im Landkreis Görlitz 2014 erkennen, dass die jüngeren Altersgruppen signifikant schlechtere Bildungsabschlüsse als die älteren aufweisen und zugleich deutlich europakritischer als andere Altersgruppen erscheinen.⁷ Beides ist eher unerwartet, aber wohl dadurch zu erklären, dass es sich bei den weniger mobilen Angehörigen dieser Altersgruppen gleichsam um Teile jener Bevölkerungskreise handelt, die man hier wie in anderen Teilen Sachsens, Ostdeutschlands oder auch Osteuropas als Verlierer der Modernisierungs-, Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse betrachten kann.⁸ Diese jüngeren und älteren, zumeist männlichen „Verlierer“ des Systemwechsels und seiner Folgeprobleme wirken nicht nur sozial depriviert und mit ihren Lebensbedingungen unzufrieden, nicht nur politisch enttäuscht oder desinteressiert, sondern bilden auch einen wichtigen Teil des zum ideologischen Extremismus und Aktivismus neigenden Potenzials, wobei sich hier sowohl rechtsextremistische wie auch links-extremistische Gesinnungen und Handlungstendenzen finden.

Es gab und gibt in Sachsen, einschließlich der ländlichen Räume und nicht zuletzt in den grenznahen Randgebieten durchaus auch binnendeutsche und grenzüberschreitende Zuwanderungen. Dennoch blieben diese zumeist recht begrenzt und der Anteil der zugewanderten wie auch der ausländischen

zeichnung des Rassismus als Ideologie auch: Dumont, Louis: Individualismus. Zur Ideologie der Moderne, Frankfurt am Main/New York 1991. Auch der Begriff der Institutionen wird oft ohne geringsten analytischen Sachverstand verwendet. So stellt sich die Formulierung „institutionalisierter Rassismus“ auch häufig, wie im vorliegenden Verwendungszusammenhang, als weitgehend unreflektierter, polemischer Kampfbegriff dar.

- 2 Siehe dazu: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Übergriffe von Clausnitz und Bautzen verurteilt, online unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw08-vereinbardebate-clausnitz/409832> (Abgerufen: 11.6.2016).
- 3 Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: Anmerkungen zur „Informationsgesellschaft“, in: Sterbling, Anton: Modernisierung und soziologisches Denken. Analysen und Betrachtungen, Hamburg 1991, S. 292-313.
- 4 Siehe auch: Sterbling, Anton: Zuwanderungsschock. Deutschland und Europa in Gefahr? Probleme der Zuwanderung und Integration, Hamburg 2016.
- 5 Siehe dazu auch: Napp, Thomas u.a. (Hrsg.): Zwischen Neißer, Schöps und Spree. Der Landkreis Görlitz, Görlitz 2011.
- 6 Es handelt sich um einer Reihe von bisher sieben, auf Bevölkerungsbefragungen in Hoyerswerda, Görlitz und im Landkreis Görlitz zwischen 1988 und 2014 durchgeführte Untersuchungen zur Lebensqualität und subjektiven Sicherheit, auf deren empirische Befunde ich mich stütze. Dazu liegt eine Vielzahl von Veröffentlichungen vor. Siehe vor allem: Sterbling, Anton: Sicherheit und Lebensqualität im Landkreis Görlitz. Ergebnisse einer Bürgerbefragung, Rothenburg/Oberlausitz 2015.
- 7 Siehe dazu eingehender: Sterbling, Anton: Rechtsextremismus. Ursachen, lokale Aspekte und Handlungsmöglichkeiten, in: Sterbling, Anton: Verwerfungen in Modernisierungsprozessen. Soziologische Querschnitte, Hamburg 2012, S. 47-69, insb. S. 53 ff.
- 8 Siehe auch: Vobruba, Georg: Die Dynamik Europas, Wiesbaden 2005.

- 9 Der Ausländeranteil im Freistaat Sachsen beträgt rund 3 bis 4 Prozent. Siehe dazu auch: Vogt, Matthias Theodor/Sokol, Jan/Bingen, Dieter/Neyer, Jürgen/Löhr, Albert (Hrsg.): *Minderheiten als Mehrwert*, Frankfurt am Main 2010.
- 10 Siehe Etzioni, Amitai: *Die aktive Gesellschaft*, Opladen 1975.
- 11 Siehe vor allem Sterblich, Anton: *Sicherheit und Lebensqualität im Landkreis Görlitz. Ergebnisse einer Bürgerbefragung*, Rothenburg/Oberlausitz 2015, insbesondere S. 238 ff. und S. 242 ff.

Bevölkerung erscheint relativ niedrig.⁹ Die Vertrautheit mit Zugewanderten ist eher gering, die Erfahrungen im Verhältnis zu diesen bleiben eher ambivalent.

Zu den Sozialbeziehungen und zur sozialen Integration konnten wir in allen Untersuchungen daher auch feststellen, dass die befragten Bürger zumeist über eine Vielzahl enger Verwandtschaft-, Freundschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen vor Ort berichten, und dass vor allem eine hohe Zufriedenheit mit der sozialen Integration gegeben erscheint (Tabelle 1). Dies ist gleichsam die andere, günstige Seite der angesprochenen sozialdemographischen Entwicklungen.

Zwei weitere Befunde unserer Untersuchungen seien hier noch angemerkt. Zum einen zeigte sich durchgängig eine verhältnismäßig geringe Zufriedenheit mit den politischen Partizipations- und gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten von zwischen rund 38 Prozent (2004 in Görlitz) und knapp 49 Prozent (2014 im Landkreis Görlitz) vorwiegend Zufriedenen mit ihren Beteiligungsmöglichkeiten. Also im gesamten Zeitraum erscheint weniger als die Hälfte der Befragten mit diesem sehr wichtigen Element einer aktiven Demokratie und einer demokratischen politischen Kultur zufrieden.¹⁰

Ein anderer bedenklicher Aspekt, der im Zeitverlauf festzustellen war, betrifft die Beurteilung der Osterweiterung der Europäischen Union (Tabelle 2).

Im Jahr 2004, als dieser Aspekt erstmalig erhoben wurde, betrachteten in Görlitz 10 Prozent der Befragten die EU-Erweiterung „sehr positiv“ und weitere 23 Prozent „eher positiv“. Fast die Hälfte der Befragten (47,1 Prozent) ließen eine ambivalente Haltung erkennen. „Eher negativ“ beurteilen 13 Prozent die EU-

Erweiterung und 5,7 Prozent äußerten dazu eine „sehr“ negative Meinung. Den 33,6 Prozent mit einer überwiegend positiven Einschätzung stand also 18,7 Prozent mit einer eher negativen gegenüber. Im Jahr 2012 stellten sich in Görlitz diese Anteile bereits deutlich anders dar. Es waren nur noch insgesamt 17,7 Prozent der Befragten, die die EU-Erweiterung „sehr positiv“ (4,4 Prozent) oder „eher positiv“ (13,3 Prozent) bewerteten, zu einem überwiegend negativen Urteil kamen indes 36,2 Prozent, von denen 24,9 Prozent diesen europäischen Vorgang „eher negativ“ und 11,3 Prozent, die ihn „sehr negativ“ sahen. Mit „teils/teils“ antworteten 43,7 Prozent der befragten Bürger. Nochmals etwas ungünstiger erscheinen die diesbezüglichen Befunde der Bürgerbefragung 2014 im Landkreis Görlitz: Zu einer vorwiegend positiven Einschätzung kommen nunmehr lediglich 13,5 Prozent der Befragten, davon äußerten sich 2,8 Prozent „sehr positiv“ und 10,7 Prozent „eher positiv“. „Teils/teils“ lautete die Antwort von etwa der Hälfte (48,1 Prozent) der Befragten, vorwiegend negativ bewerteten 37,4 Prozent die EU-Erweiterungen, davon 26,6 Prozent „eher negativ“ und 10,8 Prozent „sehr negativ“. Es zeigte sich auch eine enge Wechselwirkung mit der Beurteilung der Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Sicherheit. Zudem stellte sich eine noch etwas ungünstigere Beurteilung der Erweiterung des Schengen-Raums und seiner Sicherheitsauswirkungen durch die Bürger heraus.¹¹

Sind die Bewohner der östlichen Grenzgebiete Sachsens oder die Einwohner des Freistaates überhaupt angesichts solcher Befunde besonders demokratiekritisch, europaskeptisch oder fremdfeindlich einzuschätzen? Zunächst sei darauf hingewiesen, dass sich eine deutliche

Zufriedenheit mit der sozialen Integration vor Ort

Umfrage	sehr zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	k. A.
Soziale Integration LK Görlitz 2014	211 (18,2 %)	728 (62,8 %)	176 (15,2 %)	16 (1,4 %)	28 (2,4 %)
Görlitz 2012	21,9 %	60,7 %	14,3 %	1,4 %	1,8 %
Hoyerswerda 2008	18,3 %	62,8 %	14,6 %	1,6 %	2,7 %
Görlitz 2004	18,0 %	64,0 %	13,9 %	1,8 %	2,2 %
Hoyerswerda 2002	11,8 %	65,1 %	17,0 %	2,3 %	3,8 %
Görlitz 1999	12,6 %	67,5 %	15,5 %	2,1 %	2,3 %
Hoyerswerda 1998	9,6 %	65,4 %	18,9 %	2,4 %	3,8 %

Umfrage	sehr positiv	eher positiv	teils/ teils	eher negativ	sehr negativ	k. A.
LK Görlitz 2014	32 (2,8 %)	124 (10,7 %)	557 (48,1 %)	308 (26,6 %)	125 (10,8 %)	13 (1,1 %)
Görlitz 2012	4,4 %	13,3 %	43,7 %	24,9 %	11,3 %	2,3 %
Hoyerswerda 2008	5,5 %	18,4 %	54,5 %	14,3 %	5,0 %	2,3 %
Görlitz 2004	10,2 %	23,4 %	47,1 %	13,0 %	5,7 %	0,6 %

Beurteilung der EU-Erweiterung durch die befragten Bürger

Verschiebung im Meinungsbild zur EU-Erweiterung erkennen lässt. Waren es 2004 in Görlitz und 2008 in Hoyerswerda jeweils etwa 19 Prozent, die die EU-Erweiterung vorwiegend negativ sahen, aber rund ein Drittel (33,6 Prozent) in Görlitz und knapp ein Viertel (23,9 Prozent) in Hoyerswerda, die zu einer positiven Einschätzung gelangten, so waren es bereits 2012 in Görlitz gut über ein Drittel (36,2 Prozent), die zu einer negativen, und nur 17,7 Prozent, die zu einer positiven Beurteilung neigten. Im Landkreis Görlitz waren es 2014 sodann ebenfalls 37,4 Prozent, die vorwiegend zu einer negativen Meinung und lediglich 10,5 Prozent, die eher zu einer positiven Einschätzung der europäischen Erweiterungsprozesse tendieren. Also haben wir es nur teilweise mit entsprechenden, stabilen Grundeinstellungen zu tun, während sich andererseits vermutlich eher zeit- und erfahrungsbedingte Veränderungen ergeben haben. Zur besseren Einordnung und Interpretation solcher und ähnlicher Befunde sei im Hinblick auf entsprechende Aspekte des sozialen Bewusstseins noch ein weiterer analytischer Gesichtspunkt angesprochen, nämlich der der „kollektiven Identität“, der nicht zuletzt den wichtigen Unterschied zwischen nationalkulturell und nationalstaatlich orientierten wertkonservativen Einstellungen und gesellschaftsbezogenen Grundhaltungen und extrem nationalistischen, fremdfeindlichen und mithin auch rechtsextremistischen Erscheinungen differenzierter erfassbar und damit zutreffender einordenbar und interpretierbar macht.

Aspekte der kollektiven Identität und das Fallbeispiel Sachsens

Unter den für die politische Kultur besonders relevanten Wertorientierungen und Einstellungen finden sich allemal grundlegende Aspekte der „kollektiven Identität“. Dabei erscheinen allerdings nach wie vor große diesbezügliche Missverständnisse gegeben, denen man nur

durch eine differenziertere Fassung und insbesondere dynamische Auffassung dieses Konzeptes kritisch begegnen kann. In aller gebotenen Kürze sei daher darauf hingewiesen, dass die mit der kollektiven Identität zusammenhängenden Fragen der subjektiven Selbstzurechnung und Zugehörigkeit zwar auch in modernen Gesellschaften eine sehr wichtige Rolle spielen, dass es dabei aber zu berücksichtigen gilt, dass wir es mit einer zunehmenden Pluralität entsprechender Bezugsgrößen, von familialen sowie berufs- und statusbezogenen oder religiösen über lokale und regionale bis zu nationalen und europäischen Zurechnungseinheiten zu tun haben, zwischen denen häufig relativ komplizierte und zugleich recht dynamische Wechselbeziehungen bestehen können.¹² Dabei ist aus meiner Sicht vor allem auch wichtig, zwischen entsprechenden normativen Einstellungen und Überzeugungen einerseits und unmittelbar verhaltensrelevanten Bezügen andererseits zu unterscheiden. Je nach sozialen Lagen und situativen Handlungskonstellationen können bestimmte kollektive Identitätsbezüge als maßgebliche Orientierungen oder Motive des Handelns, als „subjektiv gemeinter Sinn“ im Verständnis Max Webers,¹³ stärker oder schwächer handlungswirksam in Erscheinung treten. Auch ist davon auszugehen, dass zum Beispiel europäische, nationale und regionale Identitätsbezüge sich in bestimmten Konstellationen oder Handlungssituationen überlagern und verstärken und mithin in die gleiche Handlungsrichtung wirken, in anderen aber in einem spezifischen Spannungsverhältnis oder Konflikt miteinander stehen können. Ebenso können bestimmte kollektive Identitätsbezüge, zum Beispiel regionale oder nationale, in einer kulturell fremden Umgebung, in der ein Individuum schon länger lebt, normativ stark ausgeprägt, aber kaum verhaltensrelevant erscheinen.¹⁴ Oder umgekehrt, im subjektiven Sinn schwach ausgeprägte normative Identitätsbezüge, zum Beispiel die Identität als Europäer oder als Christ, die unter norma-

12 Siehe dazu ausführlicher Sterbling, Anton: Kollektive Identitäten. Anwendungsmöglichkeiten einer Analysekategorie, in: Sterbling, Anton: Verwerfungen in Modernisierungsprozessen. Soziologische Querschnitte, Hamburg 2012, S. 155-193.

13 Siehe: Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. Auflage Tübingen 1980.

14 So hat beispielsweise für mich meine Identität als „Banater Schwabe“ eine relativ große normative wie auch subjektive und emotionale Bedeutung, ist für meine alltäglichen Handlungsmuster und Verhaltensweisen in meiner derzeitigen sächsischen Lebensumwelt aber weitestgehend irrelevant. Siehe dazu auch: Sterbling, Anton: Grenzgänge, Heimat, Wanderungen. Narrative über das zerbrochene Sinnmuster der Vergangenheit, Ludwigsburg 2013.

- 15 Im Freistaat Bayern oder auch in großen Teilen von Rheinland-Pfalz dürfte es sich ähnlich verhalten.
- 16 Zur historischen Bedeutung von Nationalstaaten und ihren Grenzen siehe eingehender Sterbling, Anton: Historisch-soziologische Fragen der Grenzen in Europa, in: Sterbling, Anton: Zuwanderungsschock. Deutschland und Europa in Gefahr? Probleme der Zuwanderung und Integration, Hamburg 2016, S. 53-85, insbesondere S. 60 ff.

len Lebensumständen weitgehend selbstverständlich und mithin auch entsprechend irrelevant erscheinen, können in bestimmten Ausnahmesituationen, nicht selten auch ganz unerwartet, eine sehr große Handlungsbedeutung bekommen, obwohl sie im allgemeinen normativen Selbstverständnis lediglich einen geringen Stellenwert besitzen. Etwa, wenn man zufällig in die Geiselhaft von islamistischen Terroristen gerät, die einen entsprechenden Unterschied zwischen ihren Geiseln und in deren Behandlung machen. In einer solchen Ausnahmesituation werden die Identitätsbezüge als Europäer oder als Christ – in diesem Falle als lebensbedrohliche Diskriminierungskriterien – besonders relevant.

Es gilt also, so können wir unsere bisherigen Überlegungen resümieren, die multiple Identität moderner Menschen ebenso zu berücksichtigen wie den Unterschied zwischen normativen und verhaltensrelevanten Aspekten kollektiver Identität und ebenso die Verschiedenheit und Vielgestaltigkeit der sozialen Konstellationen und Handlungssituationen, in denen verschiedene Facetten der kollektiven Identität relevant werden und damit mehr oder weniger intensiv und folgenreich in Erscheinung treten können. Dies ist in Analysen entsprechender Wertorientierungen und Wertbezüge und ihrer Relevanz als subjektive Sinnmuster des Handelns stets zu berücksichtigen, wobei auch noch die individuelle, die gruppenspezifische und die gesamtgesellschaftliche Aggregatebene der Betrachtungen tunlichst auseinander zu halten sind.

Bei aller demnach gebotenen Vorsicht und allen notwendigen Relativierungen kann man wahrscheinlich doch die Hypothese vertreten, dass die Bürger des Freistaates Sachsen im Vergleich zu den Deutschen in den meisten, aber wahrscheinlich nicht allen anderen Bundesländern,¹⁵ insgesamt ein etwas ausgeprägteres regionales und vermutlich auch stärkeres nationales Identitätsbewusstsein haben. Dabei sollte man – in deutlicher Absetzung von den heute oft geläufigen öffentlichen wie auch politisch und wissenschaftlich nicht selten vertretenen Auffassungen – einen dezidierten Unterschied zwischen nationalkulturell und nationalstaatlich ausgerichteten, patriotischen Wertüberzeugungen einerseits und betont nationalistischen, die im Sinne einer kollektiven Identitäts- und Integrationsideologie stets auch eine mehr oder weniger aggressive fremdenfeindliche Komponente aufweisen, andererseits vornehmen. Im Sinne dieser Unterscheidung dürften erhebliche Teile der

Bevölkerung Sachsens im Hinblick auf ihre regionalen und nationalen Identitätsbezüge wohl als „wertkonservativer“ als die Bevölkerungen vieler anderer Bundesländer, aber vermutlich nicht als „nationalistischer“ zu charakterisieren sein.

Wird dabei auch der vorhin herausgestellten Unterschied zwischen normativen und unmittelbar handlungsrelevanten Aspekten kollektiver Identitätsbezüge berücksichtigt, kann man wohl feststellen, dass es in Sachsen in einem gewissen, sicherlich unerfreulichen und ohne Zweifel auch bedenklichen Umfang extrem nationalistische, aggressiv fremdenfeindliche und mithin auch als rechtsextremistisch einzuordnende Gesinnungen und Tätergruppen gibt, dass dieses Bevölkerungssegment, das vielfach – wie bereits angedeutet – aus „Verlierern“ der Modernisierungs-, Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse besteht, aber keineswegs zu verwechselt, sondern klar abzugrenzen ist von den relativ großen wertkonservativen Teilen der sächsischen Bevölkerung. Sowohl die vorhin umrissenen sozialstrukturellen und sozialdemographischen Überlegungen wie auch die Anmerkungen zur „kollektiven Identität“ sprechen deutlich für eine solche konsequente Unterscheidung zwischen wertkonservativen, nicht selten ländlichen wie auch bürgerlichen oder kleinstädtischen Bevölkerungsgruppen einerseits und rechtsextremistischen Gruppierungen im Freistaat Sachsen andererseits, neben denen es natürlich auch rechtsliberale und linksliberale soziale Milieus und übrigens auch gleichermaßen besorgniserregende linksextremistische Gruppierungen und Milieus und gewalttätige Aktivisten gibt.

Hintergründe der gängigen Missverständnisse über Sachsen

Seit mehreren Jahrzehnten – mit den fortschreitenden und dabei vielfach immer umstritteneren europäischen Erweiterungs- und Integrationsprozessen zusammenhängend – wird von bestimmten, intellektuell und politisch durchaus einflussreichen Kreisen eine Ideologie verbreitet, die darauf abzielt, die bestehenden Nationalstaaten zu Gunsten supranationaler Strukturen zu schwächen oder schrittweise aufzulösen, ihren Bestand als obsolet zu betrachten und ihren Fortbestand als problematisch und gefährlich zu erklären. In Deutschland sind solche, vornehmlich von bestimmten Strömungen der Grünen und Linken vertretene Positionen und politische Bestre-

bungen besonders auffällig und zugleich durchaus wirkungsmächtig. Dabei werden durch ideologische Verkürzungen, mangelnde historische Kenntnisse und gesellschaftsbezogene Irrtümer die fundamentale Bedeutung erfolgreicher Prozesse der modernen Staaten- und Nationenbildung und der nationalstaatlichen Entwicklungen in der abendländischen Modernisierung¹⁶ weitgehend verkannt wie überhaupt die institutionellen und kulturellen Grundlagen moderner Staatlichkeit und ihrer demokratischen und wohlfahrtsstaatlichen Funktionsfähigkeit übergangen und durch leichtfertige utopische oder illusorische Vorstellungen, die sich in Parolen wie „No Borders, No Nations“ radikal, aber durchaus bezeichnend artikuliert finden, ersetzt. Im Lichte solcher ideologischer Leitvorstellung und Gesinnungen wird natürlich kein Unterschied mehr zwischen nationalkulturell und nationalstaatlich orientierten, wertkonservativen Einstellungen, Weltanschauungen, Haltungen und nationalistischen und rechtsextremistischen Erscheinungen und Tendenzen vorgenommen, wie auch die anfangs erwähnte polemische „Wutrede“ des „Grünen“ Spitzenpolitikers hinreichend erkennen ließ.

Mit den Massenzuwanderungsprozessen, insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2015, die mit der gesinnungsethischen Entfesselung und emotionalen Aufladung einer um sich greifenden „Willkommenskultur“ auf der einen Seite und starken Irritationen und Widerständen größerer Teile der Bevölkerung auf der anderen Seite einhergingen, spitzten sich auch nochmals die angedeuteten Auseinandersetzungen um den Stellenwert und die Verfassung des Nationalstaates in Deutschland zu. In einem anderen Betrachtungszusammenhang hielt ich dazu fest: „Es scheint so, dass, nachdem das in den 1960er und 1970er Jahren von den sozialrevolutionären Linken verfolgte Projekt einer antikapitalistischen Revolution nicht verwirklicht war, aber der ökologische und pazifistische ‚Umweg‘ gleichwohl einen deutlichen politischen Macht- und Einflussgewinn, durch die permanente parlamentarische Vertretung der ‚Grünen‘ und ‚Linken‘ sowie eine zumindest gelegentliche Regierungsbeteiligung wie auch eine starke Definitionsmacht im Hinblick auf die öffentliche Meinung und den vorherrschenden Zeitgeist herbeiführte, nunmehr der Weg über die ‚Entmachtung‘ des Nationalstaates durch Souveränitäts- und Kompetenzverlagerungen auf die supranationale Ebene, insbesondere der Europäischen Union, Forcierung

einer sozialen Umverteilungs- und Transferunion und eben durch die Herbeiführung einer ‚multikulturellen‘ Gesellschaft als durchaus erfolgsversprechender gesellschaftsverändernder Weg betrachtet wird. Als soziale ‚Revolution‘ auf Umwegen so zu sagen, wie sich nicht zuletzt an der linken Begeisterung für die Revolutionsrhetorik und für die Revoluzzerallüren eines Alexis Tsipras in bezeichnender Weise zeigte.“¹⁷

Nun haben sich, ebenso wie die Massenzuwanderungen, mit der allmählichen Realisierung ihrer weitreichenden und komplizierten Probleme, auch die Begeisterung für die „Willkommenskultur“ und die weitgespannten Erwartungen in ihre gesellschaftsverändernden Wirkungen abgeschwächt und sind eher einer verbreiteten Ernüchterung und Desillusionierung gewichen.

In einer solchen europaweiten gesellschaftlichen Ausnahmesituation und einer entsprechend aufgeheizten Stimmung suchte indes der „revolutionäre Weltgeist“ auch in Deutschland seine konkreten Feinde und diese wurden, nicht zuletzt durch bestimmte Vorkommnisse und das Zutun der Massenmedien, unter anderem im „institutionalisierten Rassismus“ in Sachsen, der angeblich notorischen „Fremdfeindlichkeit“ großer Teile seiner Bevölkerung und dem permanenten „Wegschauen“ seiner Regierungen gefunden. Sich von Sachsen kritisch zu distanzieren und seine Bürger zu stigmatisieren, scheint in Deutschland zu so etwas wie dem Nachweis der richtigen und dabei natürlich auch linken Gesinnung geworden zu sein.¹⁸ Erstaunlich und höchst fragwürdig erscheint dabei, dass sich auch durchaus seriöse Medien und verantwortungstragende Politiker zumindest zeitweilig zu solch grobschlächtiger, weitgehend undifferenzierter und pauschalisierender wie auch empirisch unhaltbarer Polemik, zu solcher Hetzjagd, hinreißen ließen. Dies führte auf der anderen Seite wohl auch zu verbreitetem Unverständnis, zu wachsenden Irritationen und Entfremdungen und auch zu entsprechenden, teilweise ebenfalls gesinnungsethisch motivierten Gegenreaktionen verschiedener Teile der betroffenen Bevölkerung. Und – so muss man abschließend tief besorgt feststellen – zu einem bislang nur schwer abzuschätzenden, aber sicherlich gravierenden Schaden für die politische Kultur und das zivilisierte Zusammenleben in Sachsen und darüber hinaus. Es ist leider zu befürchten, dass die Geister, die man leichtfertig rief, nur schwer wieder zu kalmieren sein werden.

17 Sterbling, Anton: Massenzuwanderung und Integrationsfragen. Dilemmata und kritische Nachfragen, in: Sterbling, Anton: Zuwanderungsschock. Deutschland und Europa in Gefahr? Probleme der Zuwanderung und Integration, Hamburg 2016, S. 31-52, insbesondere S. 44.

18 Siehe dazu als mehr oder weniger willkürliches Beispiel, dem man Hunderte andere in ähnlicher Diktion und Geisteshaltung hinzufügen könnte, die so bezeichnete „Wutrede“ der Schauspielerin Annedore Bauer. Es ist schon selbstredend, mit welcher Intoleranz die Autorin meint, alles, das sich den Kategorien ihres Weltbildes nicht fügt, konsequent brandmarken zu müssen. Ganz so, als ob andere Bevölkerungsgruppen kein Recht auf eigene Wertvorstellungen und ein eigenes Weltbild hätten, sondern die ideologisch fixierten Wertmaßstäbe selbstgerechter linker Künstler gleichsam selbstverständlich über allem stünden. Siehe Bauer, Annedore: Warum ist Sachsen so rechts? Die CDU lässt zu, dass sich die Rechtsextreme in Sachsen Fleisch anfressen, in: Tagesspiegel, vom 10. Juni 2016, online: <https://causa.tagesspiegel.de/die-cdu-lasst-zu-dass-sich-rechts-extreme-in-sachsenfleisch-anfressen.html> (Abgerufen: 12.6.2016). Siehe kritisch zu solchen links-dogmatischen Anmaßungen auch Sterbling, Anton: Rückkehr in ein ideologisches Zeitalter entmündigter Bürger?, in: Sterbling, Anton: Europa zwischen Realität und Verblendung, Hamburg 2016, S. 133-141.

Autor

Prof. Dr. Anton Sterbling
Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)
Friedensstraße 120
02929 Rothenburg/O.L.



Vom Wert sächsischen Selbstbewusstseins. Und dessen Gefahren

Hans Joachim Meyer

Von der Geschichte ungerecht behandelt: Der Goldene Reiter vor der DDR-Bebauung am Neustädter Markt in Dresden
© Wikimedia (DCB)

Ist Sachsen anders? Selbstverständlich ist Sachsen und sind die Sachsen anders als andere Länder und Menschen in Deutschland. In einer Zeit, wo ständig nach bunter Vielfalt gerufen wird, sollte das eigentlich nicht erstaunen. Dass sich Hamburger und Bayern unterscheiden, wird ja auch nicht bestritten. In Wahrheit lautet die Frage ja auch: Warum verhalten sich manche Sachsen zu Flüchtlingen und zu Ausländern in einer Weise, die menschlichem Anstand widerspricht, und warum erzählen sie zur Begründung haarsträubenden Unsinn? Zu behaupten, dass

sich die Mehrheit der Sachsen so verhält und so äußert, halte ich für eine Verleumdung. Aber die so reden und handeln, schaden dem Ansehen Sachsens. Darüber nachzudenken, ist also notwendig.

Freilich steht ein solches Nachdenken immer in der Gefahr, zu pauschalen Urteilen zu kommen. Daher sei gleich am Anfang betont: Wie jedes Land bietet Sachsen kulturell und sprachlich ein Bild deutlicher Unterschiede. Seine historischen Landschaften sind kulturell und sprachlich unverwechselbar. Seine drei großen Städte – Leipzig, Dresden und

Chemnitz – haben ein je eigenes Gesicht. Miteinander im Wettbewerb zu stehen, gehört zu ihrem Selbstverständnis. Im europäischen Kontext gesehen nahm die sächsische Kultur- und Geistesgeschichte Anregungen aus allen Himmelsrichtungen auf und kann auch nur in diesem Zusammenhang beschrieben werden. Auch sprachlich ist das Land nicht einheitlich und seine lokalen Differenzen sind unüberhörbar. Das Sächsische gibt es im realen Leben nicht, wie man auswärtige Imitatoren warnen muss. Wer an Differenz wirklich interessiert ist und „diversity“ nicht als Kampfbegriff gegen jede geschichtlich gewachsene Identität verwendet, dem bietet Sachsen kulturell wie sprachlich eine faszinierende Wirklichkeit. Dazu stehen die außersächsischen Vorurteile über dieses Land und seine Sprache in einem traurigen Kontrast.

Was die Bevölkerung eines Landes von sich hält und über andere denkt, hängt vor allem mit ihrem Identitätsbewusstsein zusammen. Was sind nun die Eindrücke und Erfahrungen, welche das sächsische Selbstbild prägen oder mitbestimmen? Geschichtlich ist Sachsen eines der ältesten deutschen Länder, auch wenn man berücksichtigt, dass der Name „Sachsen“ vom Norden Deutschlands in dessen Südosten gewandert ist. Doch auch die Zeit ab 1423, als Markgraf Friedrich IV. von Meißen zum Herzog von Sachsen(-Wittenberg) und damit zugleich zu einem der Kurfürsten des Reiches wurde, zählt bis heute mehr als ein halbes Jahrtausend. Seitdem werden die Menschen in Leipzig, Dresden und Chemnitz als Sachsen bezeichnet. Im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation war Sachsen wie Österreich und Bayern und später dann auch Brandenburg-Preußen nicht nur Reichsstand, sondern zugleich eine Größe der europäischen Geschichte. Noch vor der Selbstkrönung Friedrich III. von Brandenburg als König in Preußen gelang 1697 August dem Starken der Griff zur polnischen Königskrone, was ihm den Status eines souveränen Monarchen gab – freilich mit verheerenden Folgen für Sachsen. Man könnte den Widerspruch zwischen dem Glanz, der bis heute mit dieser Herrscherpersönlichkeit verbunden wird, und dem politischen Abstieg Sachsens, der in der Augusteischen Epoche begann, als emblematisch für das sächsische Selbstbewusstsein betrachten. Schon dass die Vormacht des deutschen Protestantismus nach der Konversion August des Starken von einem katholischen Herrscherhaus regiert wurde, war eine fortdauernde

Schwächung Sachsens und für die meisten Sachsen überdies eine Kränkung. Freilich, entscheidend in der Konkurrenz mit Preußen war dann 1815 die Halbierung des sächsischen Staatsgebietes zu Gunsten Preußens durch den Wiener Kongress nach der Niederlage Napoleons, von dem sich sein sächsischer Verbündeter König Friedrich August I. nicht rechtzeitig lösen konnte. Trotz dieses enormen politischen Bedeutungsverlusts blieb Sachsen ein wirtschaftlich erfolgreiches Land mit einem beachtlichen kulturellen und wissenschaftlichen Leben. Auch dieser Widerspruch zum geringen politischen Gewicht hielt die Erinnerung an die Demütigung durch Preußen wach.

Nun mag man einwenden, dies alles läge inzwischen mehr als zwei Jahrhunderte zurück. Und überhaupt wären solche Erinnerungen heutzutage kaum noch bedeutsam. Da hatte ich, als ein im November 1990 aus Berlin nach Sachsen in ein politisches Amt Gekommener, jedoch ganz andere Eindrücke. Sehr bald stieß ich auf Verse, die ich schon als Kind irgendwo gelesen hatte: „Warum ist die Elbe / bei Dresden so gelbe / sie schämt sich zu Schanden / sie muss aus den Landen / denn gleich hinter Meißen, / pfui Spinne, kommt Preußen.“ Eigene Erfahrungen ließen nicht auf sich warten. Kurz nach meinem Amtsantritt beging die Bergakademie Freiberg ihr 225. Gründungsjubiläum. Die Feier war einer meiner ersten öffentlichen Auftritte als sächsischer Wissenschaftsminister. In der Aula neben einem großen Ölgemälde des Akademiegründers, des Generalbergkommissars Anton von Heynitz, stehend, hielt ich es für eine gute Idee daran zu erinnern, dass dieser später nach Berlin gegangen sei, um dort preußischer Gewerbeminister zu werden. Ich hätte mich jetzt umgekehrt für den Weg von Berlin nach Sachsen entschieden. Die Reaktion war betretendes Schweigen und ohne jedes Wort so eindeutig, dass ich fortan nur noch meine Herkunft aus Rostock erwähnte. Dennoch blieb ich für die Journalisten, auch in wohlmeinenden Charakterisierungen, „der Preuße“ (als der ich mich nie in meinem Leben gefühlt habe). Kurz nach meiner Freiburger Erfahrung besuchte ich die Sächsische Landesbibliothek. Anklagend präsentierte man mir dort die angesengten Gesangbücher, welche an den Beschuss Dresdens und seiner Kreuzkirche auf Befehl des preußischen Königs Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg erinnerten.

Auch nach 1945 und in der Zeit der DDR blieb das Verhältnis der Sachsen zu Berlin

schwierig. Das mag Nichtsachsen, insbesondere im Westen, überraschen, denn durch die herausragende Stellung Walter Ulbrichts schien „der Osten“ eine sächsische Stimme zu haben. Tatsächlich weiß ich aus eigener Erfahrung, dass in Ostberlin und in den nördlichen Teilen der DDR ein sächsisch gefärbtes Deutsch zu Vorannahmen in Bezug auf die politisch-ideologische Position des Sprechers verführte. Das mag nicht wenige Sachsen verletzt haben. Spätestens ab 1971 mit dem Machtantritt Honeckers erfuhren die Sachsen dann die gleiche Zurücksetzung zugunsten der „Hauptstadt der DDR“, wie dies generelle Praxis war. Übrigens traf dann 1990 auch die demokratisch legitimierte Regierung de Maizière auf sächsisches Misstrauen. Ja, als es 1991 um den Sitz von Bundestag und Bundesregierung ging, gab es in Sachsen durchaus Leute, die beide lieber weiterhin in Bonn gesehen hätten.

Mit dem Geschichtsbewusstsein ist es ja generell so eine Sache. Einerseits erinnert man sich der Daten und Fakten nur vage bis gar nicht; andererseits pflegen Eindrücke, Meinungen und Urteile aus der Vergangenheit und über die Vergangenheit von langer Dauer zu sein. Zum sächsischen Selbstbild scheint es zu gehören, sich unter Wert behandelt zu sehen und gleichwohl das Widersprüchliche des sächsischen Weges in der Geschichte zumindest zu spüren. Man fühlt sich von der Geschichte ungerecht behandelt und auch in der Gegenwart nicht angemessen geschätzt. Zwar gibt es ein beträchtliches Maß an sächsischer Selbstironie. Doch auf Mangel an Respekt oder gar offen geäußerte Kritik von außen reagiert man empfindlich. Darüber sollte auch die typisch sächsische Höflichkeit nicht hinwegtäuschen. Erst ist man leise; dann wird man laut.

Nicht zuletzt war Sachsen ein Land der Unterschiede von Arm und Reich und mithin auch von internen Spannungen. Schließlich ist es eine der ältesten Industrieregionen Europas, mit großen Aufschwüngen und Abstürzen der Wirtschaft und mit harten sozialen Auseinandersetzungen. Dem entsprach eine Neigung zu politischer Radikalität. Es gab einmal das „rote Königreich“ Sachsen. In der Weimarer Republik intervenierte das Reich sogar militärisch gegen eine linksradikale Landesregierung. Bei den letzten demokratischen Landtagswahlen im Jahre 1930 wurde die NSDAP zwar zweitstärkste Partei, hatte aber weniger als die Hälfte der Mandate der SPD und weniger als ein Drittel der Mandate von SPD und

KPD zusammengenommen. Bei den Landtagswahlen von 1946 erhielt die SED 49,1% der abgegebenen Stimmen und hatte zusammen mit drei Abgeordneten von angeblich unabhängigen Organisationen die absolute Mehrheit im Landtag.

Was dann folgte, hat die meisten enttäuscht, wenn nicht sogar verbittert. Denn das waren nicht mehr die Ideale der lange in Sachsen stark gewesenen Sozialdemokratie. Zwar blieb Sachsen in der Zeit der DDR ein industrieller Schwerpunkt und hatte neben dem (Ost-)Berliner Raum die meisten akademischen und wissenschaftlichen Institutionen. Dennoch verstärkte sich immer mehr das Gefühl, national wie international abgehängt zu werden. Und dass es Sachsen seit 1952 als politische Größe nicht mehr gab, wurde zunehmend als weitere geschichtliche Kränkung gesehen. Der Schlager „Sing, mei Sachse, sing“ wurde – trotz seiner unverkennbaren Selbstironie – zur begeistert gesungenen Ersatzhymne. Der politische Wandel von „Rot“ zu „Schwarz“, der sich dann – zur Überraschung mancher außerhalb Sachsens – in der Landtagswahl von 1990 manifestierte, hatte reale und seit langem herangewachsene Gründe. Die Geschichte hatte in vierzig Jahren das Land politisch umgepflügt.

Dass in dieser Situation Kurt Biedenkopf und die CDU bewusst und ausdrücklich auf den Stolz der Sachsen setzten, war richtig und die einzig erfolgversprechende Strategie. Denn was 1990 auf die Einheit und die Landtagswahlen mit Notwendigkeit folgte, war der jahrelange Umbau und Neuaufbau so gut wie aller staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche. Und dies ganz unvermeidlich, wenn auch im Übermaß und viel zu lange, mit erheblicher Hilfe aus dem Westen. So gut wie jeder im Osten Deutschlands musste beruflich von vorn beginnen und sich völlig neue Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen. Es ist schon oft geschrieben worden, doch es kann nicht oft genug wiederholt werden: Im Ergebnis des Hoffnungssturms von 1989/90 wurden die Menschen im Osten zu Lehrlingen in einer für sie neuen Welt und damit zu Einwanderern im eigenen Land. Und zu viele wurden zu Arbeitslosen und Frührentnern. Niemand von ihnen war 1989 auf die Straße gegangen, um seine Arbeitsstelle abzuschaffen. Die Menschen in Sachsen wie überall im Osten Deutschlands hatten die Freiheit gewollt und mussten nun lernen, dass diese auch bitter schmecken kann. Denn Freiheit ist immer Chance und Risiko zugleich. Und

der Genuss der Freiheit ist für die meisten ohne harte Arbeit nicht zu haben – so man Arbeit hat. Zu diesem mühevollen Prozess langsamen Erfolges mussten die Menschen immer wieder ermutigt werden. Darum war es richtig, an den geschichtlichen Stolz der Sachsen zu appellieren und ihre Leistungen für die Wiedergewinnung der Freiheit und deren Gestaltung hervorzuheben. Als Neuankömmlinge in der Bundesrepublik wurden sie ohnehin schon im Übermaß belehrt. Nur durch ihren eigenen Anteil an der Veränderung ihres Landes konnten die Menschen im Osten Deutschlands Neues lernen und sich selbst verändern.

Was soll es also heißen, wenn heute aus westlichen Medien der Vorwurf zu hören ist, man hätte nach 1990 zu stark auf den „Sachsenstolz“ gesetzt? Was hätte man stattdessen empfohlen – eine Kombination von nachgeholter „re-education“, kräftig versetzt mit der Ideologie der altbundesdeutschen Achtundsechziger, damit die Menschen im Osten nicht mehr „so deutsch“ sind? Wer so etwas meint, sollte besser darüber nachdenken, welchen Anteil er an dem von manchen gehegten Verdacht hat, es könne gar nicht genug Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und aus Afrika geben, damit Deutschland endlich „bunt“ und „postnational“ wird und die als gefährlich betrachteten Deutschen nicht weiter unter sich sind. Wohlgemerkt: Ich hege diesen Verdacht nicht, sondern betrachte die Hilfe für Menschen in Not als Christenpflicht. Und für viele Menschen ist Hilfe für Flüchtlinge eine ethische Verpflichtung. Aber dass manche im akademisch-journalistischen Komplex der Bundesrepublik an diese Herausforderung auch Erwartungen in Bezug auf den künftigen Charakter unseres Landes knüpfen, ist unüberhörbar und unüberlesbar. Wer einen solchen Wandel nicht will oder nicht so will, wie von links gewünscht, landet rasch in der rechten Ecke.

Gleichwohl bleibt wahr: Trotz eines unbestreitbaren, wenn auch noch lange nicht erfolgreich abgeschlossenen Wiederaufstiegs Sachsens im Kreis der deutschen Ländern kommt es hier seit 2013 zu bestürzenden Bekundungen von Fremdenfeindlichkeit. Verbunden ist dies mit dem massiven Ausdruck des Unwillens und der Unfähigkeit, sich auf argumentative Auseinandersetzungen einzulassen. Stattdessen wird zunehmend mit anti-republikanischen Parolen aus der Weimarer Zeit unsere auf Diskurs basierende Demokratie grundsätzlich abgelehnt und verleumdet. Für diese schockierende Entwicklung gibt es

neben dem spannungsvollen sächsischen Geschichtsbewusstsein Gründe, die für den ganzen Osten Deutschlands gelten, und Gründe, die für Dresden spezifisch sind.

Was die DDR generell charakterisierte, waren die allgegenwärtige politische und ideologische Erziehungsdiktatur der SED, die offen proklamierte Verstaatlichung der Gesellschaft und die groteske Ritualisierung des gesellschaftlichen Lebens. Dazu kam die im Verlauf von 40 Jahren DDR-Existenz wiederholt zu machende Erfahrung, dass sich politische Zielvorgaben ruckartig ändern konnten, wenn dies der „Führung von Partei und Staat“ für ihren Machterhalt zweckmäßig erschien. Erinnert sei insbesondere an das wechselhafte Verhältnis zur deutschen Nation. Unter solchen Umständen wachsen erfahrungsgemäß nicht der Wille und die Fähigkeit zur argumentativen Auseinandersetzung darüber, wie diese Realität zu beurteilen ist und welche Chancen es gibt, sie zu verändern. Diese Fähigkeit ist ja auch unter freiheitlichen Bedingungen eine eher seltene Gabe. Jedenfalls gilt für freiheitliche wie für nichtfreiheitliche Gesellschaften, dass es nicht genügt, dagegen zu sein. Wer nur dagegen ist, der ist sich leicht mit jedem einig, der auch dagegen ist. Und dann gilt alles als Argument, was einem so in den Kopf und in den Mund kommt. Kritisches und darum auch differenzierendes Denken stört da nur.

Generell wurde im gesamten Ostblock, doch ganz besonders in der DDR seit dem Mauerbau, jedes nationale Moment oder Interesse zurückgestellt, wenn nicht sogar geleugnet. Stattdessen wurde der Primat der sowjetisch geführten Staatengemeinschaft und der weltweiten antiimperialistischen Solidarität betont und notfalls auch erzwungen. Was das für das Denken und Fühlen der Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich Europas bedeutete und in deren Vorstellungen auch „angerichtet“ hat, scheint man in der Bundesrepublik bis heute nicht begreifen zu wollen. Denn dort hatte man ja gleichzeitig bis hin zur Albernheit auf die Abwendung von der eigenen Nation als Eintrittskarte in die westliche Welt gesetzt, ohne wahrzunehmen, dass ebendort zwar auch kritisch auf die eigene Vergangenheit zurückgeblickt wird, doch niemand daran denkt, seine geschichtlich gewachsene Identität gering zu schätzen.

Für Dresden scheinen mir zwei zusätzliche Umstände von erheblicher Bedeutung. Erstens konnte man in Dresden, wie in vielen anderen Teilen Sachsens, das bundesdeut-

sche Fernsehen nicht empfangen. So wurde diese Stadt zum „Tal der Ahnungslosen“. Mit Recht hat man für die DDR gesagt, dass dort die Mehrheit abends über das Fernsehen in die Bundesrepublik auswanderte. Man konnte also eine Ahnung davon haben, was es bedeuten würde, dort zu leben. Die Dresdner wussten vom wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik. Sie hatten im Hörfunk an den heftigen Debatten im Bundestag teilhaben und dies mit der Rolle der Volkskammer vergleichen können. Gelegentlich sahen sie auch künstlerisch wertvolle und politisch mutige Filme aus der Bundesrepublik. Doch das Fernsehbild kam aus Adlershof. Allenfalls über den Westhörfunk konnten die Dresdner mitbekommen, dass im Westen der große Aufbruch der frühen Bundesrepublik inzwischen als „dunkle Adenauerzeit“ verachtet und die erste erfolgreiche freiheitliche Demokratie auf deutschem Boden als „FDGO“ verhöhnt wurden. Sie sahen nichts von den verstörenden Szenen der Kulturrevolution, welche die Achtundsechziger gegen ihre Eltern und Lehrer als „Generation der Täter“ ins Werk setzten, und nichts vom linksextremistischen Terror. Noch Mitte der 1990er Jahre erlebte ich, wie eine Dresdner Ärztin einen Westbekannten fragte, was denn 1968 gewesen sei. Auch wussten die Dresdner nichts von den zahlreichen Gesprächsrunden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik, bei denen die deutsche Einheit abgeschrieben oder gar der Wunsch danach als „Revanchismus“ gebrandmarkt wurde – bis in den Sommer 1989 hinein. Als ein bis 1990 in Potsdam Lebender wusste ich, konnte es jedenfalls wissen, worauf ich mich mit der deutschen Einheit einließ. Die meisten Dresdner hatten bis 1990 diese Chance nicht.

Das zweite Spezifikum der Dresdner ist das Verhältnis zu ihrer Stadt. Unbestreitbar ist Dresden architektonisch wie landschaftlich ein Juwel und ein herausragender Ort der Künste und der Wissenschaft. Darauf stolz zu sein, ist normal. Normal ist freilich auch, dass Stolz auf das Vorhandene den Blick verstellen kann für den Wert des Neuen. Und Kritik von außen nicht zu goutieren. Als wegen der Waldschlösschenbrücke Dresden der Titel „Weltkulturerbe“ aberkannt wurde, meinte Bischof Joachim Reinelt, die Dresdner wären auch ohne diesen Titel davon überzeugt, Weltkulturerbe zu sein. Die Zerstörung ihrer Stadt kurz vor dem Kriegsende hatte die Dresdner tief getroffen und, wie wohl in keiner anderen Stadt, den Willen be-

gründet, die vergangene Schönheit wieder zu gewinnen. In der Zeit der DDR hieß dies lange Zeit, mit List und Beharrlichkeit an den Ruinen der früheren Monumente festzuhalten und sie gegen eine sich als Zukunft proklamierende Ideologie vor dem Verschwinden zu bewahren. So kann es nicht wundern, dass viele Dresdner in Wende und Einheit auch die Chance sahen, endlich ihre Stadt wieder erstehen zu lassen. Dafür fanden sie auch Verständnis und Unterstützung im Westen. Zugleich erregten sie jedoch den Argwohn jener in den akademischen und journalistischen Kreisen der alten Bundesrepublik, die in jeder Hinwendung zur deutschen Geschichte nazistischen Unrat wittern. Und die den Wiederaufbau historisch und künstlerisch wertvoller Bauten nur dann bereit sind hinzunehmen, wenn dabei unübersehbar „geschichtliche Brüche“ inszeniert werden. Demonstrieren lässt sich das am Konflikt um das Dresdner Schloss, dessen Wiederaufbau und kulturelle Nutzung von Dresdner Denkmalpflegern in den Jahren der DDR gründlich vorbereitet worden war. Jetzt wurde diesen Persönlichkeiten von Leuten im Westen jede Kompetenz abgesprochen, über ihre Arbeit wurden haltlose Behauptungen verbreitet und es wurde allen Ernstes gefordert, die Verantwortung westdeutschen Fachleuten zu übertragen. Ausdrücklich füge ich hinzu: Es gab hochangesehene Fachleute in der alten Bundesrepublik, die dem widersprachen und die Arbeit der Dresdner Denkmalpflege würdigten. Ob es allerdings ohne deren Hilfe 1997 zu dem von Landtag mitgetragenen positiven Regierungsbeschluss zum Schlosskonzept gekommen wäre, frage ich mich.

Nicht vergessen kann ich auch, dass die bundesdeutsche Presse die linksextremistischen Attacken auf das Dresdner Gedenken an die Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 ignorierten, über die rechtsextremistischen Versuche, diese Erinnerung nationalistisch zu missbrauchen, dagegen breit berichteten und der Mehrheit der Dresdner anlasteten. Zwar müsste die schreibende Zunft eigentlich wissen, dass Verfassungs- und Verwaltungsrichter – trotz Artikel 18 Grundgesetz – Verbote extremistischer Aktionen nur selten akzeptieren. Aber nachdem sich die Deutschen im Osten herausgenommen hatten, entgegen linken Prophetien die deutsche Einheit herbeizuführen, stehen sie eben alle unter Verdacht.

Ist Sachsen anders als die anderen deutschen Länder? Als Deutsche, die erst seit 1990

Bundesbürger sind, haben sie Anteil an den in vierzig Jahren Teilung entstandenen unterschiedlichen Erfahrungen und Einstellungen in Ost und West. Diese Unterschiede haben seitdem zwar an Bedeutung verloren oder verschwinden sogar mit den nachwachsenden Generationen. Allerdings haben sich einige Unterschiede auch verschärft und neue sind hinzugekommen. Wohl kein „Ossi“, der als Erwachsener ins vereinigte Deutschland kam, könnte nicht von Demütigungserfahrungen erzählen. Und in der öffentlichen Meinungsbildung gibt es ein dramatisches Gefälle von West nach Ost. Sachsen, die auf ihre Vergangenheit stolz sind und sich zugleich von der Geschichte schlecht behandelt fühlen, mögen da besonders sensibel reagieren.

Stehen Menschen vor einer solchen Herausforderung wie der Flucht einer großen Zahl von Menschen aus Krieg, Not und Verfolgung, dann sind Sorge und Angst normale Reaktionen. Dass alle in der Politik und in den Medien das ihnen Mögliche getan haben, um damit in angemessener Weise umzugehen, wird man schwerlich behaupten können. So wurde lange jeder Vorschlag, eine halbwegs praktikable Ordnung im Umgang mit den Ankommenden einzuführen, mit hysterischem Geschrei beantwortet. Noch schlimmer war der von einigen systematisch betriebene Versuch, jeden Unterschied zwi-

schen Flüchtlingen und Einwanderern zu leugnen oder aufzuheben, wodurch die aktuelle Herausforderung globale und zeitlich unbefristete Dimensionen erhielt. Dass Menschen dagegen demonstrierten, war sicherlich nicht sonderlich hilfreich, aber ihr gutes Recht, so lange es friedlich blieb. Was leider fast nie der Fall war.

Dass im Osten Flüchtlinge auf mehr Ablehnung stoßen als im Westen, ist zwar wegen der viel geringeren Zahl von Ausländern grotesk, könnte aber wie in Mitteleuropa aus der früher herrschenden Doktrin des Internationalismus erklärt werden. Erklären heißt jedoch nicht entschuldigen. Nichts von dem hier Gesagten erklärt oder entschuldigt die widerwärtige Hetze und die gewalttätigen Attacken gegen Flüchtlinge in Sachsen oder anderswo in Deutschland. Wer inzwischen ein Vierteljahrhundert in einer freiheitlichen Demokratie lebt und überdies in Lohn und Brot ist, darf nicht erwarten, als Diskussionspartner ernst genommen zu werden, wenn er oder sie gegen Flüchtlinge hetzt oder solcher Hetze applaudiert. Und wer Gewalttaten gegen Flüchtlinge begeht, unterstützt oder fordert, gehört vor Gericht. Diese Leute haben den Ruf Sachsens für lange Zeit in schlimmer Weise beschädigt. Die Folgen muss das ganze Land tragen. Ja, Sachsen ist anders. Und das ist sein gutes Recht. Doch darüber steht das Recht aller Menschen.

Autor

Prof. Dr.
Hans Joachim Meyer
Berlin



Im Klammergriff struktureller Faktoren?

Die politische Kultur in Sachsen im europäischen Vergleich

Astrid Lorenz

EU-Skepsis in Ostmitteleuropa:
Demonstration vor der Prager
Burg gegen die Aufnahme von
Flüchtlingen

Einleitung

Wegen zahlreicher Übergriffe gegen Ausländer, rechter Hochburgen und einer scheinbar starken Anfälligkeit für populistische Einstellungen steht Sachsen seit geraumer Zeit im Fokus medialer Berichterstattung. Ist Sachsen „anders“ und wenn ja, worin liegen die Ursachen dafür?

Der vorliegende Beitrag zeigt zunächst anhand eines europäischen Vergleichs, dass das Land mit Blick auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten der Men-

schen insgesamt keinen Sonderfall darstellt, auch wenn die erwähnten Ereignisse einen anderen Eindruck erwecken. Wenn Sachsen „anders“ ist als andere Bundesländer, dann so „anders“ wie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Tschechien oder Ungarn. Überall begegnen die Menschen hier der Funktionsweise ihrer Demokratie mit Skepsis und ein großer Anteil sehnt sich nach einem „Regieren mit starker Hand“. Verglichen damit, sind die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen in Sachsen im Großen und Ganzen sogar günstiger für die Demokratie.

Hier gibt es beispielsweise mehr überzeugte Demokraten und ein größeres Vertrauen in den Rechtsstaat.

Im zweiten Teil zeigt der Aufsatz, dass es nichts der Region Eingeschriebenes ist, was für ihr „Anderssein“ sorgt; vielmehr fördern die hier anzutreffende Mischung aus rapidem Strukturwandel, beschränkten finanziellen Spielräumen des Regierens, tradierten Normvorstellungen und dem Gefühl der Inferiorisierung gegenüber „fremden Zentren“ (Berlin, Brüssel) bestimmte politische Einstellungen und Verhaltensweisen. Scheinbar „sächsische“ Verhältnisse sind vielerorts möglich, wo diese Faktoren ähnlich auftreten – etwa in ländlichen Regionen West- und Südeuropas, die rasche Strukturumbrüche durchlaufen. Der Beitritt Ostdeutschlands zur Bundesrepublik förderte zwar ein Gefühl der Unterprivilegierung, federte aber zugleich die sozialen Einbrüche der gewünschten wirtschaftlichen Liberalisierung ab und sorgte für politisch-institutionelle Stabilität. Im Vergleich mit Ostmitteleuropa begünstigte dies Sachsen letztlich.

Die Zusammenhänge verdeutlichen, dass Politik und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung nicht nur durch konkrete Parteien oder Regierungsentscheidungen, sondern in hohem Maße durch allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren beeinflusst sind. Diese determinieren zwar die Entwicklung nicht, da reflektierende Menschen sich aus ihrem „Klammergriff“ lösen können, aber es sind größere Anstrengungen nötig, um eine lebendige Demokratie zu gestalten und zu schützen als unter anderen Rahmenbedingungen. Der letzte Abschnitt schlägt zwei politische Maßnahmen vor, die geeignet sein könnten, Beteiligungswünschen entgegenzukommen und ein realistisches Demokratieverständnis zu fördern.

Sachsen als „Hybrid“ im postsozialistischen Raum

Die Medienberichterstattung und der politische Diskurs in Deutschland sind traditionell national gerahmt. So verwundert es nicht, dass Sachsen fast immer nur mit dem Rest Deutschlands, nicht aber mit Osteuropa oder anderen europäischen Regionen verglichen wird. Analytisch aber liegt der Vergleich mit Ostmitteleuropa viel näher, teilen doch die Systemwechsler viele Ähnlichkeiten in Bezug auf die Erfahrung eines undemokratischen Fürsorgestaates, umfassenden politischen und wirtschaftlichen Wandels einschließlich

ökonomischer Schwierigkeiten sowie des Beitritts zu einem anderen Staat (Ostdeutschland) bzw. einem bereits etablierten supranationalen Staatenverbund, der Europäischen Union (Ostmitteleuropa).

Obgleich Studien zu politischen Einstellungen und politischem Verhalten in Europa Unterschiede zwischen *allen* Staaten der Europäischen Union und auch Uneinheitlichkeiten *innerhalb* von Staaten belegen (etwa bei unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen), bilden die postsozialistischen Gesellschaften bis heute bei manchen Schlüsselaspekten politischer Einstellungen eine eigene Gruppe, die deutlich abweicht.¹ Dies gilt, wenngleich in geringerem Maße, auch für die ostdeutsche Gesellschaft. Allerdings tendiert sie in einigen Aspekten mehr „zum Westen“ und ist insofern ein Hybrid.

Typisch für die postsozialistischen Gesellschaften ist Ostdeutschland, wenn es um die Parteiidentifikation geht. Deutlich weniger Menschen als im Rest EU-Europas identifizieren sich hier mit Parteien – in Ostdeutschland, Polen, Spanien, Slowenien und Estland sogar besonders wenige.² Die einzigen Parteien mit einer relativ stabilen Mitglieder- und Anhängerschaft sind in Ostdeutschland die CDU und die Linke, doch haben auch diese beiden Parteien es nicht geschafft, nachhaltig viele jüngere Unterstützer an sich zu binden. Damit gehen in ganz Ostmitteleuropa eine niedrige Wahlbeteiligung und ein hoher Anteil an Wechselwählern einher. Zwar sinkt die Parteiidentifikation auch im Rest Europas, doch die Unterschiede sind trotzdem erheblich.

Dass dies nicht (jedenfalls nicht nur) dem Verhalten der konkreten Parteien allein geschuldet sein kann, zeigt eine weitere Ähnlichkeit Ostdeutschlands mit Ostmitteleuropa: Hier gibt es generell eine schwächere Gruppensozialisation; nicht nur die Bindung an Parteien, sondern die Bindung an jegliche Großorganisationen, wie Gewerkschaften und Kirchen, ist schwach ausgeprägt. Dies bestätigen auch nach Bundesländern aufgeschlüsselte Analysen für Sachsen.

Typisch für Ostmitteleuropa ist zudem, dass in Ostdeutschland ein großer Anteil der Menschen die *tatsächliche* Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land kritisch sieht. Der Wert liegt auf einem gleich niedrigen Niveau wie in der Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Lettland und Ungarn und zeigt wie in den beiden letztgenannten Ländern wenig Änderungen. (In den südeuropäischen Staaten sind diese Werte ähnlich niedrig.)³

1 Oscar W. Gabriel: Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Oscar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich, Wiesbaden 2008, S. 181-214, hier S. 206 f.

2 Gabriel (wie Anm. 1), S. 204.

3 Gabriel (wie Anm. 1), S. 191 ff.

- 4 Silvia von Steinsdorff: Institutionelle Stabilität, politische Fragilität: Die mittel- und osteuropäischen Parlamente 25 Jahre nach dem demokratischen Neubeginn, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2015) 2, S. 235-256, hier S. 245, 256.
- 5 Gabriel (wie Anm. 1), S. 195 ff.
- 6 Gabriel (wie Anm. 1), S. 198.
- 7 Tom Mannewitz: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat, Baden-Baden 2015, S. 300 f., 308 ff.
- 8 Grigore Pop-Eleches/Joshua A. Tucker: After the Party: Legacies and Left-Right Distinctions in Post-Communist Countries, Estudio/Working Paper 2010/250, June 2010.
- 9 Wie Anm. 8.
- 10 Mannewitz (wie Anm. 7), S. 319.
- 11 Mannewitz (wie Anm. 7), S. 303-304.
- 12 Timm Beichelt: Die Folgen der Osterweiterung für die politische Kultur und Demokratie in Mitteleuropa, in: Moritz Brunn/Jan H. Fahlbusch/Raj Kollmorgen u.a. (Hrsg.): Eigenarten und (Inter-)Dependenzen von post-sozialistischem Wandel und Europäischer Integration, Münster 2009, S. 107-130, hier S. 111 ff.
- 13 Mannewitz (wie Anm. 7), S. 317.

Ähnlich ist in Ostdeutschland und Sachsen wie in Ostmitteleuropa, dass die Parlamente es zwar schafften, trotz der fragilen, fragmentierten und nicht selten polarisierten Parteiensysteme Stabilität zu gewährleisten,⁴ jedoch dafür nicht mit einem hohen Ansehen „belohnt“ wurden. Vielmehr schweben sie in gewisser Weise über den Bürgerinnen und Bürgern. Typisch ist ein schwaches Vertrauen in Parlamente, das in Ostdeutschland wie in Ostmitteleuropa grundsätzlich niedriger liegt als im Rest EU-Europas und im Gegensatz zur Entwicklung im Rest der EU seit 1990 sogar noch sinkt. Ostdeutschland hat hier immerhin eine Zwischenposition inne und weist ähnlich wie Estland, Ungarn, Frankreich, Portugal und Spanien mittlere Vertrauenswerte auf.⁵ Dies ist auch deshalb relevant, weil mit dem Vertrauen in Institutionen oft das Vertrauen in Politiker steigt oder sinkt.⁶

Wie in Ostmitteleuropa generell gewichten die Menschen in Ostdeutschland und konkret auch in Sachsen die soziale Gleichheit gegenüber der Freiheit höher. Entsprechend präferieren sie als politische Ziele zumeist Wirtschaftswachstum und eine hohe soziale Sicherheit. Im Vergleich der deutschen Bundesländer zeigte sich für Sachsen sogar die stärkste Befürwortung sozialer Gerechtigkeit und wie in den anderen ostdeutschen Ländern nahezu Einstimmigkeit hinsichtlich abgefragter Instrumente der Sozialstaatlichkeit, bspw. Unterstützung von Senioren und Studierenden, Gesundheitsversorgung u.ä. bis hin zu einer hohen Befürwortung staatlicher Preiskontrolle.⁷

Ähnlich ist auch, dass die Sozialstruktur der Rechts-Links-Anhänger sich deutlich von jener des restlichen Europas unterscheidet. Während dort Jüngere, Höhergebildete und demokratischer eingestellte Menschen sich tendenziell stärker als links bezeichnen, neigen sie in den postsozialistischen Staaten eher in die rechte Richtung. Umgekehrt sind „Rechte“ sonst eher ältere Menschen, im Osten hingegen viele Jüngere.⁸

Ähnlich ist auch das abweichende Verständnis von „rechts“ und „links“. Ältere, die sich in postsozialistischen Staaten und auch in Ostdeutschland als „links“ positionieren, stützten sich dabei vor allem auf die materielle Gleichheitsorientierung und sehen den Staat in der Verantwortung für Wirtschaftsentwicklung und Versorgung. In anderen Staaten Europas sind hingegen auch soziopolitische Aspekte (Multikulturalismus, Minderheitenschutz, antiautoritäre Erziehung

u.ä.) hochrelevant für die Selbstverortung als „Linke“.⁹ Dieser Mechanismus ist in Ostdeutschland bei Jüngeren zunehmend zu beobachten, spielt aber insgesamt weiter eine geringere Rolle. Im Bundesländervergleich gab es in Sachsen den geringsten Anteil an Postmaterialisten.¹⁰

Mit dem unterschiedlichen Verständnis von „rechts“ und „links“ könnte zusammenhängen, dass in Ostdeutschland und auch in Sachsen weniger Menschen ein linksextremes Bündnis für unwählbar halten und mehr Menschen die PDS bzw. Linke wähl(t)en als in den anderen Bundesländern. Ihre Priorisierung von Umverteilungspolitik verschreckt nicht in einer Region, in der wenige damit rechnen müssen, durch sie schlechter gestellt zu werden und der andernorts bestehende soziopolitische „Kulturbruch“ bestand in geringerem Maße. Rechtsextreme Bündnisse wurden überall lange weit entschiedener zurückgewiesen.¹¹

Trotz der Ähnlichkeiten in den politischen Einstellungen und Präferenzen in Ostmitteleuropa gewannen unterschiedliche Parteien Mehrheiten. Dies wird verständlicher, wenn man berücksichtigt, dass diese sich programmatisch alle eher im Zentrum aufhielten. Seit einigen Jahren ist allerdings in ganz Ostmitteleuropa eine gewisse Radikalisierung der Wählerschaft und einiger Parteien – neuer sowie bisher gemäßiger – hinsichtlich sozio-ökonomischer Themen zu beobachten.¹² Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung in der Breite konnten hochmotivierte Protestwähler leicht höhere Wählerstimmenanteile erlangen.

Während in Ostmitteleuropa Slogans gegen die Europäische Union, ausländische Unternehmen, Asylbewerber und Migranten große Popularität erlangten, richteten sie sich in anderen europäischen Staaten stärker gegen das eigene politische und wirtschaftliche Establishment. In Ostdeutschland und konkret auch Sachsen finden beide inhaltlichen Zielrichtungen zunehmend Unterstützung. Zu beachten ist dabei, dass sich in Sachsen weit mehr Menschen, nämlich mehr als ein Viertel, in Befragungen sogar revolutionären Veränderungen gegenüber aufgeschlossen zeigten als in den meisten anderen Bundesländern.¹³

Bei zwei Aspekten tendiert Ostdeutschland stärker in die Richtung der in Westeuropa gemessenen Werte: Zum einen ist hier (wie in Tschechien) die Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsmodell stärker ausgeprägt als in den anderen ostmitteleuropäischen Staa-

ten.¹⁴ Dies täuscht nicht darüber hinweg, dass auch viele Ostdeutsche, die bereits in einem anderen politischen System gelebt haben, nicht an die grundsätzliche Überlegenheit der Demokratie als Ordnungsmodell glauben. Zum anderen ist in Ostdeutschland das Vertrauen in die Institutionen des Rechtsstaates – konkret in Polizei und Gerichte – vergleichsweise höher ausgeprägt als in den meisten postsozialistischen Staaten.¹⁵ Doch auch hier weisen fast alle ostdeutschen Bundesländer (außer Thüringen) niedrigere Werte auf als die alten.¹⁶

Insgesamt wurde die Ausprägung der politischen Kultur in Ostdeutschland als distanziert-legalistisch bezeichnet. Es bildet eine Gruppe mit Italien und Ungarn, während etwa die politische Kultur in Westdeutschland wegen der höheren Demokratiezufriedenheit als demokratisch-legalistischer Typus charakterisiert wurde.¹⁷

Strukturelle Faktoren als Ursache

In den Sozialwissenschaften wird regelmäßig untersucht, ob „Region“ ein relevanter Erklärungsfaktor für bestimmte scheinbare Besonderheiten ist. Die gängigsten Erklärungsfaktoren für Muster der politischen Einstellungen und des politischen Engagements sind jedoch die sozioökonomische Lage, das Bildungsniveau, die Art der Religion bzw. Areligiosität sowie Systemsozialisation (z. B. sozialistisches Erbe) und die Organisationsbindungserfahrung (strukturelles „Sozialkapital“). Auch die Systemwechselforschung schwenkte nach einer langen Phase der Orientierung an regierenden Mehrheiten, Parteien und Koalitionen inzwischen wieder stärker zur Untersuchung struktureller Faktoren über. Tatsächlich scheinen sie eine größere Bedeutung für Entwicklungsunterschiede zu haben, als zwischenzeitlich gedacht.¹⁸ In jüngerer Zeit gewann dabei die Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Aufmerksamkeit.

Unterschiede in den Ergebnissen lassen sich teils auf die methodischen Differenzen der Untersuchungen zurückführen, z. B. ob viele Menschen standardisiert befragt werden oder wenige Menschen in ihrem Verhalten beobachtet werden. Manche scheinbaren Widersprüche lösen sich aber bei komplexeren Erklärungsmodellen auf.

Dies betrifft beispielsweise die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren, um die Erklärungen der politischen Einstellungen und des Verhaltens immer wieder kreisen. Dass die soziale Gleichheit gegenüber der Freiheit hö-

her gewichtet wird, werteten manche Beobachter beispielsweise als vom Sozialismus ererbte „Versorgungsmentalität“.¹⁹ Andere zeigten, dass staatsinterventionistische Einstellungen und Gleichheitspräferenzen im Osten Deutschlands erst später, nämlich im Laufe der 1990er Jahre, erstarkten.²⁰ Sie führen daher die wirtschaftliche Situation als Grund an. Beides (Sozialisation und Situation) passt zusammen, wenn man berücksichtigt, dass der Abbau von Ungleichheit die Sensibilität für verbliebene Ungleichheiten fördert.²¹

Menschen in Ostmitteleuropa, die in eher nivellierten Gesellschaften sozialisiert wurden, empfanden die in den 1990er Jahren gewachsenen ökonomischen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft daher deutlicher,²² selbst wenn es ihnen materiell fast durchgängig besser ging als zu sozialistischen Zeiten. Auch kleine (tatsächliche oder vermutete) Unterschiede in materiellen Zuwendungen oder Erleichterungen des Staates für bestimmte Adressatenkreise, etwa Steuerzahler, Empfänger staatlicher Leistungen, Asylbewerber, Mütter oder Abgeordnete, werden hier – auch in Sachsen – sensibel wahrgenommen und schnell als ungerecht empfunden. Wann genau ein Gefühl relativer Benachteiligung eintritt, ist also nicht nur beeinflusst von der tatsächlichen sozioökonomischen Lage, sondern auch durch den Filter tradierter Normerwartungen.

Auch in anderer Hinsicht sind komplexere Erklärungsmodelle nötig. Während beispielsweise für die westeuropäischen Staaten ein statistischer Zusammenhang zwischen einer höheren sozialen Ungleichheit und einem niedrigeren Vertrauen in demokratische Institutionen und einer geringeren Demokratiezufriedenheit beobachtet wurde sowie eine schwächere politische Beteiligung besonders einkommensschwacher Gruppen,²³ so zeigte sich für postsozialistische Staaten dieser empirische Zusammenhang nicht.²⁴ Zwar fördert hier eine stärkere individuelle Wahrnehmung sozialer Ungleichheit den Wunsch nach einem „Regieren mit starker Hand“; die Unzufriedenheit mit der aktuellen Funktionsweise der Demokratie ist aber nicht vorrangig an die Einkommensverteilung geknüpft und muss also andere prioritäre Ursachen haben.

Ungeachtet der aktuellen Diskussionen über die Verteilung des Wohlstands ist auch klar, dass zumindest in Sachsen und Deutschland die Menschen heute im Schnitt materiell besser dastehen als in Zeiten, in denen das poli-

14 Gabriel (wie Anm. 1), S. 188, 190; Gert Pickel, Die subjektive Verankerung der Demokratie in Osteuropa, in: Uwe Backes/Tytus Jaskulowski/Abel Polese (Hrsg.): Totalitarismus und Transformation, Göttingen 2009, S. 261-283, hier S. 266 ff.

15 Gabriel (wie Anm. 1), S. 195 ff.
16 Mannewitz (wie Anm. 7), S. 404.

17 Gabriel (wie Anm. 1), S. 206-207.

18 Wolfgang Merkel: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. Politische Vierteljahresschrift 48 (2007) 3, S. 413-433.

19 Eckhard Jesse: Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen, in: Astrid Lorenz (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften, Leverkusen 2011, S. 99-119, hier S. 100.

20 Detlef Pollack/Olaf Müller: Die unvollendete Einheit – ein später Triumph der DDR?, in: Birgit Schwellig (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft, Wiesbaden 2004, S. 207-230, hier S. 212 ff.

21 Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1996, S. 275.

22 Eine Analyse von zwölf postsozialistischen Staaten ergab, dass Menschen in Staaten mit einer geringeren Einkommensungleichheit mehr dazu tendieren, Wahrnehmungen von sozialer Ungleichheit mit einer Erwartung marktinduzierter sozialer Konflikte zu verknüpfen, nicht aber mit der Demokratiebewertung, während bei einem höheren Niveau der Einkommensungleichheit weniger Menschen meinen, dass der Markt soziale Konflikte hervorruft. Vgl. Stephen Whitefield/Matthew Loveless, Social Inequality and Assessments of Democracy and the Market, in: Europe-Asia Studies 65 (2013) 1, S. 26-44, hier S. 32, 37, 39.

23 Armin Schäfer: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4/2010, S. 131-156.

24 Whitefield/Loveless (wie Anm. 22), S. 37.

25 Gabriel (wie Anm. 1), S. 202.

26 Jesse (wie Anm. 19), S. 101.

27 Amelie Kutter/Vera Trappmann: Das Erbe des Beitritts, in: dies.: Das Erbe des Beitritts: Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006, S. 13-55.

tische Engagement noch größer war. Es wäre daher falsch, aus statistischen Zusammenhängen von Aggregatdaten abzuleiten, man müsste nur den Wohlstand mehren und die Einkommensverteilung nivellieren und alle Menschen würden politisch gleich interessiert, demokratisch eingestellt und politisch aktiv sein.

Zwei weitere Faktoren, die für die Erklärung politischen Engagements zumindest in Deutschland immer wieder ins Spiel gebracht wird – Bildung und Kompetenzvertrauen – besitzen in Sachsen und Ostmitteleuropa geringere Relevanz. Das Bildungsniveau in dieser Großregion ist nicht niedriger als in Westeuropa. Hinsichtlich des Gefühls, politisch kompetent zu sein, zählen West- und Ostdeutschland neben Zypern, Dänemark, Österreich, Irland, Bulgarien und Ungarn sogar zu den Spitzenreitern.²⁵ Vor dem Hintergrund der in Westeuropa ausgemachten statistischen Zusammenhänge müsste daher das politische Engagement deutlich höher ausgeprägt sein. Entweder steht also auch in Westeuropa hinter dem statistischen Zusammenhang ein ganz anderer Faktor, der in Ostmitteleuropa anders ausgeprägt ist, oder er gilt nicht überall. Auch die Religionszugehörigkeit erwies sich als wenig erklärungsstärkend.

Die Muster der beschriebenen Werte sprechen eher dafür, dass auch falsche Eingangserwartungen gegenüber der Gestaltung und Gestaltbarkeit von Politik eine wichtige Rolle für die Erklärung der Unzufriedenheit in Ostmitteleuropa spielen – der Glaube, dass ein demokratisches Institutionensystem sich ohne großen Einsatz aus der Gesellschaft heraus quasi von selbst exekutiert, weitgehend unabhängig von den konkreten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen zu guten Lösungen führt und dass der Beitritt zur Bundesrepublik bzw. zur Europäischen Union viele Probleme schlagartig löst. Diese Erwartungen wurden (zwangsläufig) enttäuscht, damit einhergehend blieb das strukturelle Sozialkapital schwach ausgeprägt, was wiederum *spill-over*-Effekte in Bezug auf die politische Partizipation verhinderte:

Mit den Härten der persönlichen Lebensumstellung befasst und froh über die entfallene staatliche Politisierung, waren die meisten Menschen in den 1990er Jahren nicht politisch engagiert. Es entstanden ähnliche Parteien wie in Westeuropa bzw. Westdeutschland, aber da keine vergleichbare gesellschaftliche Konfliktlinienstruktur bestand,

waren sie nicht durch eine aktive gesellschaftliche Trägerschaft untersetzt; der Wandel vollzog sich erst später und langsam.²⁶ Wegen der zunächst recht homogenen Gesellschaftsstruktur überlappten sich die Zielsetzungen der Parteiprogramme stark, was das Risiko eines Nichtengagements senkte. Die Engpässe in den Staatshaushalten schränkten die faktischen Gestaltungsspielräume der Regierungen massiv ein und bestimmte strukturelle Probleme des Systemwechsels traten zutage. Regierungen wurden dafür abgestraft und anschließend neue Koalitionen praktiziert. Allerdings machten die Wähler die Erfahrung, dass sich die Politikentscheidungen oft nicht sehr stark voneinander unterschieden – eben wegen der programmatischen Überlappungen, der beschränkten finanziellen Gestaltungsspielräume und der strukturellen Rahmenbedingungen. Dies schwächte das Vertrauen in die Fähigkeiten oder Redlichkeit der Politiker.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die ambivalenten Folgen des Wunsches nach einem Beitritt zur Europäischen Union in Ostmitteleuropa bzw. zur Bundesrepublik in Ostdeutschland. Einerseits verstärkte er die intern angelegten und bereits vorangeschrittenen Prozesse der Demokratisierung und ökonomischer Liberalisierung positiv, andererseits bestand eine asymmetrische Verhandlungssituation hinsichtlich der Beitrittsmodalitäten, zumal es wegen der geringen Partizipation der Bevölkerung und ihres übereinstimmenden Wunsches nach einem schnellen Beitritt keine ernsthaften Vetospieler gab, die Kurskorrekturen im Sinne einer beidseitigen Annäherung erzwungen hätten. In dieser asymmetrischen Konstellation entwickelten die EU (und Westdeutschland) recht einseitig „Moralismus und Sendungsbewusstsein“ oder zumindest wurde dies von der anderen Seite so wahrgenommen. Der Vergleich mit Westeuropa führte außerdem dazu, dass eigene Erfolge etwa in der Wohlfahrtsentwicklung als dennoch nicht ausreichend empfunden werden.²⁷

Mit einiger Verzögerung, als die wichtigsten Lebensgrundlagen neu etabliert waren, erstarkten die Kritik an Westdeutschen bzw. der EU, „abgehobenen Politikern“ und die Forderung nach mehr direkter Demokratie, die aber im starken Kontrast zur geringen Beteiligung an Wahlen und Volksabstimmungen steht. Nicht nur in Sachsen, sondern in ganz Ostmitteleuropa kam es zu einer nachholenden „Politisierung der Politik“ – die seit den Hartz-Reformen und in Ostmitteleuropa

seit dem EU-Beitritt zu beobachtende Radikalisierung eines Teils der Wählerschaft und einiger Parteien ist ein Indiz dafür. Auf diesen Trend setzten sich die Themen Migration, EU und Anti-Establishment-Ausfälle nur drauf.

Tatsächlich wird der Einfluss „fremder Mächte“ und der Gestaltungsspielraum von Politikern vielfach überschätzt.²⁸ Die Entscheidung für weitgehende Wirtschaftsreformen wurde nicht von außen aufgezwungen, sondern sie fiel schon lange vor dem Beitritt zur Bundesrepublik bzw. zur Europäischen Union und wurde durch vielfache Kaufentscheidungen der Konsumenten, die sich gegen einheimische Unternehmen richteten, faktisch abgestützt. Es waren in Teilen diese eigenen Entscheidungen, deren Folgen später zu einer Radikalisierung betrogen, nicht Vorgaben externer „Mächte“ oder das Versagen eigener Eliten – doch diese sind bequeme Schuldige.

Zwar ist es richtig, dass mit dem Bedarf, dem Institutionensystem beizutreten (DDR) bzw. den *acquis communautaire* (Ostmitteleuropa) zu übernehmen, ein stärkerer Anpassungsdruck gegenüber den neuen Mitgliedern erzeugt wurde – ein Prozess, der auch als Konditionalität gefasst wird –, doch sowohl in der „alten“ EU als auch in den Beitrittsgebieten hatte die EU wenig Einfluss auf die politischen Interaktionen und die konkreten politischen Institutionen.²⁹ Sie wirkte eher über Politiken, führte in großem Umfang finanzielle Mittel zu und kompensierte auf diese Weise zumindest teilweise Folgen von politischen Richtungsentscheidungen, die in Ostmitteleuropa selbst getroffen worden waren. In Ostdeutschland, das wie auch Sachsen in noch erheblicherem Maße von solchen Unterstützungsleistungen profitierte, zeigt sich an der im postsozialistischen Vergleich demokratiefreundlicheren politischen Kultur und höheren Wahlbeteiligung, dass dies auch günstige Effekte haben kann.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Demokratisierung in einigen Teilen nur oberflächlich vollzogen wurde; die faktische Funktionsweise der Institutionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wich ab, da bestimmte innere Anpassungsprozesse nicht oder nur teilweise stattfanden.³⁰ Insofern ist der kritischen Bewertung der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie durch viele Menschen durchaus zuzustimmen, wenn man ein normativ anspruchsvolles Demokratiekonzept zugrunde legt; diese Defizite wurden aber von ihnen selbst mit herbeigeführt

und sie lassen sich daher weder allein „der Politik“ anlasten noch durch einen Institutionen- oder *policy*-Transfer vonseiten der EU (oder Westdeutschlands) oder durch einen weiteren Austausch der regierenden Parteien (weiter) beheben.³¹ Die Impulse müssen aus der Gesellschaft selbst kommen und in der Gesellschaft wirken, Menschen- und Bürgerrechte, Gewaltenteilung, Pluralismus und Verfassung achtend.

Entwicklungsperspektiven

Der Effekt struktureller Rahmenbedingungen lässt sich nicht einfach abschalten. Jedoch könnten zwei Maßnahmen die Situation in Sachsen (und in Ostmitteleuropa) verbessern: die Stärkung des Parlaments und eine teilweise Delegation politischer Entscheidungen in die Gesellschaft. Warum ist das relevant?

Demokratien machen aus der Not eine Tugend: Aus Einsicht darin, dass kein System der Welt die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen gleichermaßen optimal erfüllen kann, vergeben sie Macht nur auf Zeit und nach Wahl durch die Menschen. Sie machen den friedlichen politischen Konflikt zur Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Regeln und Entscheider müssen sich permanent gegenüber öffentlicher Kritik bewähren. Damit das funktioniert, benötigen Demokratien Vertrauen, Gestaltungsspielräume und Bürger, die ihre politischen Interessen erkennen und aktiv verteidigen können. Diese Zusammenhänge sollten mehr Menschen vermittelt und durch konkrete Erfahrungen bewusst werden.

Zu diesem Zweck sollten die Parlamente zum einen sich selbst stärken. Ihnen kommt in dieser Zeit der gewachsenen Politisierung eine potenziell besonders wichtige Rolle zu. Abgeordnete müssen ein hohes Maß an Aufgaben erfüllen, die Parlamenten früher nicht zukamen. Zu nennen sind die Beobachtung und Kontrolle der immer komplizierter organisierten staatlichen Politiken, die heute stärker mit Unternehmen und gesellschaftlichen Akteuren koordiniert werden, der europäischen Politik sowie der Gestaltung grenzüberschreitender Politiken, aber auch die Kommunikation politischer Zusammenhänge in einer anspruchsvolleren, kleinteiliger gewordenen, durch zahlreiche Interessenunterschiede gekennzeichneten, schwer erreichbaren Gesellschaft.

An diese veränderten Rahmenbedingungen sollten die Arbeitsressourcen der Abgeord-

28 Radoslaw Markowski: Conclusion, in: Radoslaw Markowski/Paul G. Lewis (Hrsg.): *Europeanising Party Politics? Comparative Perspectives on Central and Eastern Europe*, Manchester 2011, S. 236-247, hier S. 245.

29 Tanja Börzel, Deep Impact? Europeanization Meets Eastern Enlargement, in: Amelie Kutter/Vera Trappmann (Hrsg.), *Deepening and Widening in an Enlarged Europe: The Impact of Eastern Enlargement*, Baden-Baden 2006, S. 99-116, hier S. 107.

30 Börzel (wie Anm. 29).

31 Vgl. Beichelt (wie Anm. 12), S. 127.

32 Paul Ackermann/Ragnar Müller: Bürgerhandbuch, Schwalbach/Taunus 2016.

33 Der Landtag könnte beispielsweise durch die Formulierung von Rückfallpositionen (wie bisher Zeitkorridore, Kompetenzanforderungen a service-learning-Module o.ä.) die Risiken abmildern und weiter letztverantwortlich sein. Denkbar sind auch die Begrenzung auf lokale Modellprojekte, eine Befristung von Änderungen und die Bindung der endgültigen Entscheidung an positive Zwischenevaluierungen. Solche Öffnungs-, Experimentier- und Evaluationsklauseln sind übliche Bestandteile moderner Gesetzgebung und modernen Managements.

neten angepasst werden. Wie in der Arbeitswelt üblich, könnten zugleich Leistungsindikatoren eingeführt werden, die den Arbeitsaufwand, die Bevölkerungsnähe, möglicherweise auch inhaltliche Erfolge messbar machen. Die meisten Abgeordneten würden von dieser Änderung profitieren, denn es würde sichtbar, wieviel sie in Ausschüssen leisten, wie viele Anträge sie einbringen, mit wie vielen Besuchergruppen sie reden und wie stark sie an der Basis unterwegs sind – Dinge, die von der kritischen Öffentlichkeit derzeit oft wenig wahrgenommen werden.

Zum anderen könnten Bürger mehr in die Pflicht genommen werden, um Beteiligungswünschen entgegenzukommen und ein realistisches Demokratieverständnis zu fördern. Dies wäre noch wirksamer als konventionelle politische Bildung, die Erwachsene oft nicht erreicht und die nicht mit konkreten Konsequenzen verbunden ist. Unverbindliche Angebote der Bürgerbeteiligung, die in den vergangenen Jahren erheblich erweitert wurden,³² wie Jugendparlamente, werden bisher kaum angenommen. Einige Formen der Bürgerbeteiligung, wie Volksentscheide, führen zu eruptiven Entscheidungsfindungen ohne langfristige Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht. Zudem zeigen viele Studien für Westeuropa, dass mit dem Aufwand und der Unverbindlichkeit der Beteiligung die soziale Schieflage der Aktiven steigt: Höher Gebildete und materiell besser Gestellte sind neben den inhaltlich Hochmotivierten oft überrepräsentiert. Diese potenziellen Probleme müssten bei der Konzeption der Beteiligung beachtet werden.

Günstig wäre es, allgemein und leicht zugänglichen Arenen, beispielsweise Schulen, die Pflicht zur regelmäßigen Klärung bestimmter Angelegenheiten bei erkennbaren Alternativmöglichkeiten aufzuerlegen. Dies muss nicht so weit gehen wie in Hessen oder Niedersachsen, wo die Landesregierungen den Schulen bzw. den Kommunen die Entscheidung über die Länge des Wegs zum Abitur (8 oder 9 Jahre) übertragen, sondern könnte auch niedrigschwelliger sein. So könnten Eltern im Einvernehmen mit der Gesamtlehrerkonferenz und dem Schulträger

jährlich neu über den Beginn des Unterrichts entscheiden. Dies wäre nah an der aktuellen Regelung, würde aber die Gewichtung der Einflussnahme verschieben. Außerdem könnten Schulklassen im Einvernehmen mit der Gesamtlehrerkonferenz und der Schulkonferenz über die Ausgestaltung verpflichtender *service-learning*-Module entscheiden, die den Dienst an der Gemeinschaft zum Ziel haben. Solche Änderungen sind landesrechtlich leicht möglich; derzeit hat der sächsische Landtag wie die meisten Landesparlamente die Regelung der Elternmitwirkung und Schulorganisation in Teilen an das Kultusministerium delegiert.

Klar ist, dass diese Maßnahmen – wie alle anderen Maßnahmen auch – die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nicht komplett auflösen und sogar weiteren Unmut erzeugen könnten. Sie würden den einen zu viel Belastung, Zwangsbeteiligung, Risiken, regulatives Durcheinander bedeuten, andere könnten monieren, dass sie nur Sand in die Augen streuten, weil sie Beteiligung im Kleinen ermöglichten, jedoch zentrale Fragen der Machtverteilung nicht antasten. Eine Verlagerung von Entscheidungsbedarfen würde jenen großen Anteil von Menschen mit in die Pflicht nehmen, die Parlamente zu ihrer eigenen Entlastung schätzen und zufrieden mit der Funktionsweise der repräsentativen Demokratie sind. Eine Verlagerung von Kompetenzen fördert außerdem das Risiko einer Nichtregelung und Belastung der Gesellschaft, indem Konflikte „vor die Haustür“ verlagert werden.

Das große Plus solcher Entscheidungsveränderungen: Es würde deutlich, dass jede auf Kollektive bezogene Entscheidung zwangsläufig Kritiker findet, dass nicht jede scheinbar suboptimale Entscheidung Ergebnis von Machtmissbrauch ist und dass individuelles Handeln politische Wirksamkeit entfaltet, die für die Demokratie elementar ist. Menschen müssten einen Schritt über die Kritik hinausgehen und sich ernsthaft mit der Gestaltung und Umsetzung von Alternativen auseinandersetzen. Ob und unter welchen Umständen³³ dies die Nachteile und Risiken übertrumpft, muss politisch geklärt werden.

Autorin

Prof. Dr. Astrid Lorenz
Universität Leipzig
Institut für Politikwissenschaft
Professur Politisches System
der Bundesrepublik Deutschland/
Politik in Europa
Beethovenstraße 15
04107 Leipzig



Gegen-Demokratie auf Sächsisch

André Brodocz, Stefanie Hammer

Sachsens Bürgerinnen und Bürger: streitbar, normabweichend, misstrauisch

Sachsen ist ein gefährlicher Ort. Zumindest 2015 war bundesweit in Sachsen die Gefahr am höchsten, von einem Blitz getroffen zu werden. Aber nicht nur Blitze machen Sachsen gefährlich. Auch Sachsens Bürgerinnen und Bürger weichen häufiger von Normen ab als in den meisten anderen Bundesländern. Abgesehen von den Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen und dem Bundesland mit den meisten Einwohnern, Nordrhein-Westfalen, hatte Sachsen im selben Jahr die meisten Ladendiebstähle je Einwohner. Bezieht man alle Straftaten mit ein, gesellt sich zwar noch Sachsen-Anhalt in diese unrühmliche Spitzengruppe dazu, doch lässt Sachsen auch in dieser Statistik noch zehn andere Bundesländer hinter sich.¹

Normen werden aber nicht nur verletzt, um sich persönlich zu bereichern. Insbesondere unter Rechts- und Linksextremen ist Gewalt ein Mittel, um den eigenen politischen Willen durchzusetzen oder zumindest öffent-

lichkeitswirksam Ausdruck zu geben. Auch in dieser Hinsicht sind Sachsens Bürgerinnen und Bürger aktiver als in den meisten anderen Bundesländern. Allein das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen hat 2015 mehr rechts- oder linksextreme Gewalttaten verzeichnet als Sachsen. In keinem anderen Bundesland gab es zudem 2015 mehr gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte als in Sachsen. Widerspruch bekommt in Sachsen aber auch schon der Nachbar schnell zu hören. Im Jahr 2014 hatten knapp 40 Prozent der sächsischen Bürgerinnen und Bürger einen Streit mit ihren Nachbarn – nur in Hamburg und Baden-Württemberg wurde seinerzeit mehr gestritten.²

Sachsens Bürgerinnen und Bürger machen mit ihren Mitbürgern also häufiger die Erfahrung, dass sie von Normen abweichen und durchaus auch Streit suchen. Man könnte den Eindruck bekommen, dass sie vielleicht deshalb auch ihren politischen Repräsentanten immer weniger Vertrauen entgegenbringen. Innerhalb von 20 Jahren ist etwa die Wahlbeteiligung der Sachsen bei den Wahlen zum

Gruppierungen der Gegen-Demokratie: PEGIDA-Demonstration am Blauen Wunder und Gegendemonstration auf der Brücke am Tag der Deutschen Einheit, 3. Oktober 2016
© Wikimedia (Z Thomas)

1 Vgl. zur Anzahl der Blitze in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015 (Blitzdichte pro km²), Erhebung durch Siemens, Erhebungszeitraum 2015, Veröffentlichung durch siemens.com, Juli 2016; zur Häufigkeit von Ladendiebstahl (Fälle pro 100.000 Einwohner) in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015, Erhebung durch Bundeskriminalamt, Erhebungszeitraum 2015, Veröffentlichung durch Bundeskriminalamt, September 2016 (Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahrbuch 2015, Seite 242); zur Häufigkeitszahl von Straftaten (Straftaten pro 100.000 Einwohner) nach Bundesländern von 2010 bis 2015, Erhebung durch Bundeskriminalamt/ Statistisches Bundesamt; Er-

hebungszeitraum 2010 bis 2015, Veröffentlichung durch Bundeskriminalamt, Mai 2016 (Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, Kurzbericht, Seite 22).

- 2 Vgl. zur Anzahl der politisch motivierten Gewalttaten mit rechts- bzw. linksextremistischem Hintergrund in Deutschland im Jahr 2015 nach Bundesländern, Erhebung durch Bundeskriminalamt; Erhebungszeitraum 2015, Veröffentlichung durch Bundesministerium des Inneren Juni 2016 (Verfassungsschutzbericht 2015, Seite 30, 35); zur Anzahl der Übergriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015 (Stand: bis 3. September 2015), Erhebung durch Amadeu-Antonio-Stiftung, Veröffentlichung im Handelsblatt, September 2015 (Handelsblatt, Nr. 182, 22. September 2015, S. 13); zum Ranking der Bundesländer in Deutschland nach Nachbarschaftsstreit-Quote im Jahr 2014, Erhebung durch Gesellschaft für Konsumforschung, Veröffentlichung durch Focus.de, August 2014.
- 3 Vgl. zur Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Deutschland von 1979 bis 2014 nach Bundesländern, Erhebung durch Bundeswahlleiter. Erhebungszeitraum 1979 bis 2014, Veröffentlichung durch Bundeswahlleiter; Mai 2014 (Endgültige Wahlbeteiligung und Verteilung der gültigen Stimmen nach Ländern, S. 1-2); zur Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen von 1990 bis 2014, Erhebung durch Landeswahlleiter/in (Sachsen), Veröffentlichung durch wahlrecht.de; August 2014; zur Veränderung der Anzahl der Mitglieder der Parteien in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 1990, Erhebung durch Prof. Dr. Oskar Niedermayer (FU Berlin, Otto-Stammer-Zentrum), Veröffentlichung durch FU Berlin, Juli 2016 (Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, S- 15); zu Meinungen zur AfD in Sachsen, Erhebung durch Infratest dimap, Veröffentlichung durch ARD/Infratest dimap, August 2014 (LänderTREND Sachsen, S. 6).

Europäischen Parlament und zum sächsischen Landtag jeweils von über 70 Prozent auf weniger als 50 Prozent gefallen. Insbesondere bei den Landtagswahlen war die Wahlbeteiligung in den letzten Jahren allein in Brandenburg noch niedriger als in Sachsen. Dass Sachsens Bürger rasant das Vertrauen in politische Repräsentanten verloren haben, spiegelt sich darin, wie wenig Sachsen in Parteien politisch organisiert sind. Von 1990 bis 2015 verlor etwa die sächsische SPD 22,8 Prozent ihrer Mitglieder. Noch stärker sind die Verluste bei den Parteien, die auf Organisationen während der DDR bauen konnten: 64,8 Prozent bei der CDU, 87,9 Prozent bei der Linken und 82,3 Prozent bei der FDP. Misstrauen gegenüber den anderen Parteien ist es dann auch, warum 2014 ungefähr ein Drittel aller wahlberechtigten Sachsen in der AfD eine wichtige Partei sahen. Dies betrifft vor allem ihr Misstrauen in die etablierten Parteien, nicht alle Wähler zu repräsentieren, nicht alle Themen anzusprechen und nicht offen auszusprechen, was die Mehrheit denkt.³

Dieses Misstrauen lässt sich kaum mit sozialstrukturellen Merkmalen erklären, die in der sächsischen Bürgerschaft wesentlich stärker als anderswo in Deutschland ausgeprägt sind. So war etwa 2016 der Anteil an Langzeitarbeitslosen in Sachsen zwar etwas höher als im Bundesdurchschnitt, doch war deren Anteil in Bremen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt noch höher. Zusammen mit Sachsen-Anhalt finden wir hingegen in Sachsen mit ca. 25 Prozent den höchsten Anteil an Mitbürgern, die 65 Jahre oder älter sind, was sicherlich auf den in Sachsen und den anderen vier neuen Bundesländern geringen Anteil von ca. 4 Prozent an ausländischen Mitbürgern zurückzuführen ist. Der hohe Anteil an älteren Bürgern und Bürgerinnen scheint allerdings weniger die Lust am Streit, das normabweichende Verhalten oder das Misstrauen zu erklären als vielmehr den TV- und YouTube-Konsum: So wurde 2014 in Sachsen mehr ferngesehen als sonst in Deutschland, während wir dort bundesweit die wenigsten YouTube Nutzer finden.⁴

Das Misstrauen unter den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den politischen Repräsentanten und Institutionen lässt sich kaum darauf zurückführen, dass die Sachsen in sozialstruktureller Hinsicht anders sind als der Rest der Bundesrepublik. In Sachsen, so unsere These, beobachten wir vielmehr nur eine regionale Variante einer globalen Tendenz zur Dezentrierung demokratischer Le-

gitimität, in der sich Praktiken und Institutionen der Gegen-Demokratie mehr Raum und Sichtbarkeit verschaffen.

Vertrauen und Misstrauen in der Demokratie

Der französische Historiker und politische Theoretiker Pierre Rosanvallon hat in verschiedenen Publikationen der letzten Jahre darauf hingewiesen, dass von der wachsenden Kritik an den Parteien in den liberalen Demokratien des Westens und dem Verlust an Vertrauen in deren politische Klasse nicht vorschnell auf eine Krise der repräsentativen Demokratie geschlossen werden kann.⁵ Dass vor allem in der Öffentlichkeit das Misstrauen in die politischen Akteure und Institutionen als Ausdruck einer Krise debattiert wird, zeugt vielmehr von einer einseitigen Betrachtung dessen, worauf sich die Legitimität unserer Demokratien gründet. In dieser Betrachtungsweise ist die Legitimität demokratischer Institutionen exklusiv mit dem Vertrauen verbunden, dass die Bürgerinnen und Bürger ihnen schenken. Hergestellt wird diese Verbindung vor allem durch Wahlen, in denen die Staatsgewalt unmittelbar vom Volk ausgeht, indem die Bürgerinnen und Bürger diejenigen in politische Ämter einsetzen, denen sie vertrauen.

Dass der Verlust an Vertrauen in die Inhaber politischer Ämter Hand in Hand mit dem Verlust an Legitimität in die Krise führt, erscheint aber nur plausibel, wenn man allein diese Seite der Demokratie betrachtet. Demokratien beruhen aber nicht nur auf Vertrauen, sondern immer auch auf Misstrauen. Deshalb können sie ihre Legitimität auch daraus gewinnen, wie sie Legitimität mit Misstrauen verbinden. Demokratien beruhen genau genommen also auf einer Dualität von Vertrauen und Misstrauen. Diese Dualität durchzieht nicht nur die politischen Institutionen und die Art des Regierens, sondern auch das politische Engagement. Wahlen stellen die Verbindung zwischen Legitimität und Vertrauen darum auch in allen drei Hinsichten her. Mit dem Wählen verleihen die Bürgerinnen und Bürger direkt jenen Akteuren Legitimität, denen sie mehrheitlich das Regieren anvertrauen. Indem die Ausgewählten so durch Wahlen in Ämter eingesetzt werden, verleiht das Wählen unmittelbar auch Institutionen wie Parlamenten oder Regierungen Legitimität, in denen diese Ämter bereit stehen. Die Wahl verschafft den in ihre Ämter Gewählten nicht nur einen Auf-

trag zum Regieren, sondern ebenso die Legitimität so zu regieren, wie es die Wähler-Mehrheit von ihnen erwartet.

Wahlen haben jedoch den Nachteil, dass sie die Verbindung zwischen Legitimität und Vertrauen nur für einen Moment, die Wahl, tatsächlich leisten können. Für die Zeit bis zur nächsten Wahl sind sie nicht mehr als ein Vertrauensvorschuss der Wähler. In zeitlicher Hinsicht öffnet sich hier eine Legitimationslücke. Genau hier setzen die Verbindungen zwischen Misstrauen und Legitimität ein. Während Wahlen allerdings Legitimität und Vertrauen direkt verbinden, weil sie eben unmittelbar vom ganzen Volk ausgeführt werden, sind die Verbindungen zwischen Misstrauen und Legitimität im Vergleich dazu eher indirekt und auch deshalb weniger sichtbar.

Politische Institutionen, die nicht aus Wahlen hervorgehen, können Legitimität nur gewinnen, wenn sie dennoch dazu beitragen, den Willen des Volkes durchzusetzen oder dessen Wohl zu realisieren – und zwar gerade gegen die Regierenden, sobald diese dem in sie gesetzten Vertrauen nicht gerecht werden. Aufsichts- und Regulierungsbehörden wie etwa die Zentralbanken oder Kartellämter gewinnen ihre Legitimität aus Unparteilichkeit, indem sie Distanz zu Regierenden und Regierten wahren und sich so über Einzelinteressen zum Wohle des Ganzen hinwegsetzen können. Verfassungsgerichte hingegen können Legitimität auf Reflexivität aufbauen, indem sie die jeweils regierende Mehrheit daran erinnern, nicht mit der Gesamtheit identisch zu sein, allein weil diese Gesamtheit immer auch durch andere Mehrheiten zum Ausdruck gebracht werden könnte.

Jenseits des Wahlauftrags kann das Regieren seine Legitimität im Alltag demgegenüber auf eine Legitimität durch Nähe beziehen. Dies beinhaltet, dass im Regieren ein Interesse an den besonderen Lebenslagen aller Bürgerinnen und Bürger gezeigt und so sichtbar wird, dass niemand – insbesondere sich sozial benachteiligt, ausgeschlossen oder gar geächtet fühlende Bürgerinnen und Bürger – vergessen wird und so jeder angemessen berücksichtigt erscheint. Diese Legitimität eröffnet sich dadurch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger jenseits des Wahltags immer weniger als Mehrheits-Wahlvolk verstehen, das sich mit der Wahl selbst für einen Zeitraum an einen Auftrag gebunden hat. Vielmehr verstehen sie sich danach eher als eine Art Sozial-Volk, also als ein Volk etwa, das sich in verschiedenen, aus unterschiedlichen

Gründen vernachlässigt fühlenden Minderheiten artikuliert und auch in ihren je eigenen Formen als Volk Anerkennung beansprucht. Anerkennung finden diese Minderheiten mit einer Art des Regierens, das sich auf Nähe zu ihnen beruft. Diese Legitimität durch Nähe zu diesen Minderheiten wird deshalb dadurch gewonnen, dass sich dieses Regieren gerade auch gegen das Mehrheits-Wahlvolk richtet.

Sich gegen die durch Wahlen eingesetzten Politiker oder gegen den durch Wahlen hervorgebrachten Willen des Mehrheit-Volkes zu stellen, verschafft somit durchaus ebenso Legitimität wie Wahlen. Dies gilt nicht nur für bestimmte politische Institutionen oder die Art des Regierens, sondern auch für das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Politische Partizipation ist deshalb mehr als Wählen – und zwar auch in der repräsentativen Demokratie. Legitime politische Partizipation wird nicht nur durch Vertrauen, sondern auch durch Misstrauen motiviert. Das Überwachen, Anprangern und Bewerten der Regierenden sowie das Blockieren und Kontrollieren ihrer Entscheidungen sind Formen politischen Handelns, die Legitimität mit Misstrauen verbinden. Sie richten sich gegen die Legitimität, die aus Wahlen hervorgeht. Ihre eigene Legitimität gewinnen sie daraus, dass sie mit diesen Handlungen das Volk – den Ursprung aller Staatsgewalt – zum Ausdruck bringen. Allerdings nimmt das Volk in Abhängigkeit von den verschiedenen Handlungen auch unterschiedliche Formen an: Es stellt sich als Wächter-Volk dar, wenn es überwacht, anprangert und bewertet, als Veto-Volk, wenn es blockiert, und als Richter-Volk, wenn es kontrolliert.

Politische Institutionen, Arten des Regierens und des politischen Engagement können so also auf verschiedene Formen rekurren, mit denen das Volk zum Ausdruck gebracht werden kann, und deshalb auch eigene Formen der Legitimität generieren, gerade weil sie sich gegen die durch Wahlen direkt legitimierte Gewalten richten. Solche Institutionen und Praktiken bezeichnet Rosanvallon deshalb als Gewalten der Gegen-Demokratie. In den liberalen Demokratien des Westens erfahren diese gegen-demokratischen Formen der Legitimität, die das Volk als Wächter-Volk, als Veto-Volk oder als Richter-Volk bemühen, wachsenden Zuspruch, während die Wahl als Legitimität spendender Mechanismus an Kraft verliert. Zwar haben Wahlen im Vergleich zu gegen-demokratischen Formen der Partizipation den Vorteil, dass sie

4 Vgl. zum Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den Bundesländern in Deutschland (Stand September 2016), Erhebung durch Bundesagentur für Arbeit, Veröffentlichung durch Bundesagentur für Arbeit, September 2016 (Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, S. 63); zum Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2014, Erhebung durch Statistisches Bundesamt; Ergebnisse auf Grundlage Zensus 2011, Veröffentlichung durch Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, November 2015 (statistik.sachsen-anhalt.de); Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015, Erhebung durch Statistisches Bundesamt, Veröffentlichung durch Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, September 2016 (statistik.sachsen-anhalt.de); zur durchschnittlichen täglichen Fernsehdauer in den einzelnen Bundesländern in Deutschland im Jahr 2014 (in Minuten), Erhebung durch AGF/GfK, Veröffentlichung durch media-perspektiven.de, Oktober 2015; zum Anteil der Nutzer von YouTube an Social Media-Nutzern in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2015, Erhebung durch Toluna, Veröffentlichung durch faktenkontor.de, Januar 2016.

5 Vgl. zum Folgenden Pierre Rosanvallon: *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Paris 2006; ders.: *La Légitimité démocratique. Impartialité, réflexivité, proximité*, Paris 2008 (dt. *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Hamburg 2010).

6 Vgl. Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schaller: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Heidelberg 2016; Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016. Gießen 2016.

7 So etwa Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter: PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2015.

verschiedenen Dimensionen des politischen Engagements bündeln, indem sie gleichzeitig politischen Willen ausdrücken, die Teilhabe an der Gesetzgebung durch die Auswahl der Repräsentanten ermöglichen und durch die Abwahl einer Regierung auch in den politischen Prozess eingreifen lassen, während gegen-demokratisches politisches Engagement häufig nur eine Dimension bedient. Das Mehrheits-Wahlvolk hat allerdings auch Nachteile: anders als das Wächter-Volk kann es die Regierenden nur im Moment der Wahl überwachen; anders als das Veto-Volk braucht es gemeinsame Ziele oder Motive, um eine Regierungsmehrheit zu schmieden, was für das bloße Blockieren einer einzelnen Entscheidung nicht nötig ist; und anders als das Richter-Volk, das im Einzelfall über die politische Klasse urteilen kann, ist die Wahl zunächst nur eine Entscheidung, deren Folgen im Einzelnen noch nicht absehbar sind.

Stellt man diese Entwicklungen in Rechnung, dann erleben wir gegenwärtig eine globale Tendenz zur Dezentrierung demokratischer Legitimität, mit der Ambivalenzen und Probleme einer sich allein durch Wahlen legitimierenden demokratischen Ordnung sich möglicherweise überwinden lassen.

Ambivalenzen der Gegen-Demokratie

Die jüngere Geschichte der politischen Kultur Sachsens lässt sich vor dem Hintergrund der Dezentrierung demokratischer Legitimität als eine regionale Ausprägung dieser weltweit zu beobachtenden Tendenz betrachten. Dadurch wird auch deutlich, dass das verbreitete Misstrauen gegenüber den Institutionen der Wahl-Demokratie und der damit verbundene gegen-demokratische Aktivismus nicht zwingend als Legitimitätsverlust der demokratischen Ordnung angesehen werden müssen, sondern dazu beitragen können, der Demokratie andere Legitimitätsressourcen zu erschließen. Allerdings sind wir damit ebenso wenig Zeugen eines demokratischen Fortschritts, weil auch die gegen-demokratischen Institutionen und Praktiken selbst nicht frei von Ambivalenzen sind.

So weist auch Rosanvallon darauf hin, dass gegen-demokratisches Engagement selbst zwar nicht unpolitisch ist, aber unpolitische Auswirkungen haben kann. Zum einen sind gegen-demokratische Praktiken zuerst darauf angelegt, von einer Mehrheit geteilte Vorstellungen über die gemeinsam angestrebten Ziele in Frage zu stellen. Da gegen-demokra-

tische Praktiken auf diese Weise stets nur reaktiv wirken, tragen sie selbst zur weiteren Entwicklung solch kollektiv angestrebter Projekte nichts bei und lösen diese so perspektivisch auf. Zum anderen tragen gegen-demokratische Praktiken dazu bei, die Fragmentierung der Zivilgesellschaft weiter voranzutreiben. Dadurch können die direkt demokratischen Institutionen allerdings auf Dauer genau den sozialen Ort verlieren, an dem öffentlich die Probleme als gemeinsame Aufgaben identifiziert werden, um deren Lösung die Repräsentanten mit verschiedenen Programmen um die Mehrheit der Wähler konkurrieren.

Vor allem in Sachsen wurden diese Ambivalenzen in den letzten Jahren sichtbar. Die historischen Plätze der sächsischen Hauptstadt werden hier regelmäßig am ebenso historisch bedeutsamen Montag auf der einen Seite durch die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) sowie auf der anderen Seite von Vertretern der NoPegida-Bewegung besetzt. Was PEGIDA und NoPegida wöchentlich zusammenbringt, ist die öffentliche Inszenierung beider Bewegungen: das Aufsuchen eines öffentlichen Ortes, um die jeweils eigenen Forderungen, mithilfe performativer Elemente, zum Ausdruck zu bringen. Es sind jedoch die Inhalte dieser Forderungen, die die beiden Gruppen unterscheiden. So richtet sich der Protest von PEGIDA nicht allein gegen die Asylpolitik der Bundesregierung, sondern vornehmlich gegen deren Mitglieder, die als „Volksverräter“ beschimpft und „an den Galgen“ gewünscht werden, während die symbolischen Forderungen von NoPegida „Kein Mensch ist illegal“ oder „Refugees welcome“ inklusiv formuliert sind.

Die sächsischen Anhänger PEGIDAS, soviel scheint bei aller Verslossenheit gegenüber Außenstehenden sicher, sind mehrheitlich männlich, biographisch in der mittleren Lebensphase zwischen 30 und 60 Jahre alt und gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Ihre politischen Einstellungen zeichnen sich durch Misstrauen und Distanz gegenüber der bundesdeutschen Demokratie und deren etablierten politischen Institutionen aus. Während die Zustimmung zur „Demokratie als Idee“ in der bundesdeutschen Bevölkerung in den letzten zehn Jahren immer bei über 90 Prozent lag, liegt sie bei denjenigen, die mit den Zielen von PEGIDA vollkommen übereinstimmen, bei unter 70 Prozent. Und auch wenn schon im Verhältnis zur sächsischen und erst recht zur bundesdeutschen Gesamt-

bevölkerung stets nur eine Minderheit an den Demonstrationen von PEGIDA teilnimmt, so nehmen sie doch wie selbstverständlich für sich in Anspruch, für das deutsche Volk zu sprechen.⁶

NoPegida umfasst als politische Bewegung eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Gruppierungen und Netzwerke, deren kleinster gemeinsamer Nenner die Gegnerschaft zu PEGIDA ist. Sie nennen sich Dresden Nazi-frei, Bündnis für ein offenes Dresden und stellen dem Anspruch PEGIDAS auf Volksvertretung ihr „#ihrseidnichtdasvolk“ entgegen. Manch einer erkennt darin schon die funktionierende, helle Seite der Zivilgesellschaft.⁷ Tatsächlich wissen wir aber bei NoPegida noch weniger über die Motive der einzelnen Akteure als im Falle der Pegidisten. Bei einer politischen Bewegung, die sich aus Antifa, lokalen politischen Bündnissen und regionalen Initiativen zusammensetzt, kann aber angenommen werden, dass die Einstellungen zu Staat und Demokratie hier durchaus weit auseinandergehen können.

Und so lässt sich mit Rosanvallon zunächst nur resümieren, dass wir im Falle Sachsens

von (mindestens) zwei Gruppierungen einer Gegen-Demokratie sprechen können, die sich nicht nur unversöhnlich gegenüberstehen und die Fragmentierung der (sächsischen) Zivilgesellschaft am geschichtsträchtigen Montagstermin vorantreiben. Sie führen uns auch vor Augen, wie sich jenseits von Wahlen das Volk zunehmend durch verschiedene Minderheiten artikuliert und so die schleichende Erosion des Wahl-Volks als Ursprung aller Staatsgewalt betreibt. So auch am 3. Oktober 2016, als in Dresden die jährliche Einheitsfeier stattfand. Am 26. Jahrestag dieses Ereignisses wollte Sachsen, als Gastgeber, sich von seiner hellen Seite zeigen und – so das Motto der offiziellen Feierlichkeiten – „miteinander/zueinander/füreinander BRÜCKEN BAUEN“. Es sollte anders kommen: Während die politische Elite drinnen feierte, wurde draußen lautstark gestört, miteinander gegeneinander demonstriert und so der sächsischen Gegen-Demokratie als eine regionale Variation für die Ambivalenzen der laufenden globalen Dezentrierung demokratischer Legitimität weltweite Aufmerksamkeit beschert.

Autoren

Prof. Dr. André Brodocz
Professur für Politische
Theorie, Staatswissen-
schaftliche Fakultät,
Universität Erfurt
Postfach 900 221
99105 Erfurt

Dr. Stefanie Hammer
Wissenschaftliche Mitar-
beiterin an der Professur
für Politische Theorie,
Universität Erfurt



Ein Volk, ein Wille?

Legitimationsprobleme der Demokratie in Sachsen

Lenz Jacobsen

„Staat“ und „Volk“: Polizeischutz für die PEGIDA-Demonstration am 25. Januar 2015 in Dresden
© Panoramio (Kalispera Dell)

Es ist schon heikel, als Nicht-Sachse über Sachsen zu schreiben. Es ist aber noch viel heikler, wenn man, wie ich, auch noch Journalist eines westdeutsch geprägten liberalen Meinungsmediums wie der „Zeit“ ist. Man ist dann gleich doppelt Außenseiter. Was sowohl die Gefahr erhöht, Dinge nicht richtig zu erkennen, als auch die Gefahr, von denjenigen, über die man sich zu schreiben anmaßt, schon im Vorhinein abgelehnt zu werden. Eine Erfahrung der vorbeugenden Konfrontation, die nicht nur Journalisten machen, sondern beispielsweise auch Bundespolitiker, die in Sachsen auftreten.

Das ist der „sächsische Zustand“, um den es hier gehen soll: Ein landsmannschaftliches „Wir“ steht gegen ein „Die“ aus Ortsfremden, aus etablierten Parteien, Politik und Medien, von dem man mindestens enttäuscht ist, sie teils gar als Bedrohung wahrnimmt.

Die Erklärungsversuche für diesen Zustand sind zahlreich. Die meisten Analysen, ob absichtlich oder unabsichtlich, tragen selbst zur weiteren Konfrontation bei, was wiederum die formatierende Kraft der Frontstellung belegt. Das gilt natürlich für polemische Forderungen nach einem „Säxit“, aber auch für jene Deutungen, die wahlweise ökonomische Prekarisierung, westdeutsche Ignoranz oder

sächsische Selbstbezogenheit für die Entfremdung verantwortlich machen. All diese (legitimen) Deutungen lassen sich jeweils für oder gegen „Sachsen“ instrumentalisieren und werden deshalb als Teil des Kampfes und nicht als seine Erklärung verstanden. Dieser Text soll versuchen, dieser Falle zu entgehen.

Die demokratische Gründungsfiktion

Was in Sachsen gerade mit aller Wucht zurückkehrt, ist die Vorstellung, dass es *ein* Volk mit *einem* einheitlichen Willen gibt, und Politik darin besteht, diesen Willen zu erkennen und umzusetzen. Das ist kein Grund zur Anklage, denn diese Einheitlichkeitsvorstellung ist nicht etwa undemokratisch. Sie war vielmehr von Anfang an das Versprechen der Demokratie.

„Wir haben nur einen Wunsch: im großen Ganzen aufzugehen“, verkündete einst die Pariser Kommune, und brachte damit den Geist der Französischen Revolution auf den Punkt. Auch der „volunté generale“ Jean-Jacques Rousseaus meint einen eindeutigen, allgemeinen Willen. „Um das Ideal von Gleichheit und Brüderlichkeit zu verwirklichen, sollen alle bisherigen Unterschiede und Besonderheiten ausgelöscht werden“, schreibt der Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon über die Einstimmigkeitsvorstellungen der frühen Demokraten.¹ „Inthronisation des Individuums und Kult der sozialen Einheit gehen Hand in Hand. Nur so lässt sich die Nation als homogene Totalität verstehen, als perfektes Gegenbild zur hierarchischen Gesellschaft davor.“

Es braucht nicht allzu viel Phantasie, um diesen „Kult der sozialen Einheit“ heute auf den Straßen und Plätzen von Dresden, Plauen oder Meißen wiederzuerkennen. In den Wir-sind-das-Volk-Rufen zeigt sich der unbedingte Wille des Volkssouveräns zur inneren Homogenität, zur Identität mit sich selbst. Die regelmäßigen Demonstrationen in Plauen finden gar unter dem programmatischen Titel „Wir sind Deutschland“ statt. Es sind „Einstimmigkeitsrituale“ (Rosanvallon), die erst einen allgemeinen Volkswillen zu begründen versuchen, um dann dessen unmittelbare politische Umsetzung einfordern.

Natürlich laufen nicht alle Sachsen mit bei diesen Demonstrationen. Es teilen auch nicht alle die dort geäußerten politischen Positionen. Aber es stellt sich kaum jemand dem Anspruch der Demonstranten entgegen, im Namen des Volkes zu sprechen. Diese Auftritte können formatierend für den gesamt-

sächsischen Zustand werden, weil sie nahezu unwidersprochen bleiben. Aber kaum jemand geht in offene Opposition. Zusammenhalt ist wichtiger als ein Pluralismus, der ja immer auch darin besteht, Differenzen nicht ausräumen zu können, sondern sichtbar zu machen und auszuhalten.

Man kann das beispielsweise daran erkennen, dass selbst die Organisatoren der PEGIDA-Gegendemonstrationen den „Dialog“ mit PEGIDA wollen.² In der Folge organisierte die Landesregierung „Dialogforen“, deren Funktion es offensichtlich war, wieder einen scheinbaren Konsens herzustellen, indem sie die Wütenden einfach reden ließen und ihnen nicht öffentlich widersprochen wurde.

Zufrieden waren die Teilnehmer des Forums deshalb aber nicht. Ein Erfolg wäre es erst dann, sagte ein Teilnehmer, „wenn der Ministerpräsident am Ende aufgestanden wäre und gesagt hätte: Nach heute Abend habe ich mich entschlossen, mich dafür einzusetzen, die Asylpolitik endlich den wirklichen Gegebenheiten anzupassen“.³

Das ist der nächste Schritt: Nimmt man an, dass es einen eindeutigen, allgemeinen Willen des Volkes gibt, muss die Politik, wenn sich der Wille geäußert hat, diesen sofort und unmittelbar umsetzen. „Rein und ungetrübt“ solle sich das Interesse der Nation umsetzen, forderte einst Emmanuel Joseph Sieyès, einer der Haupttheoretiker der Französischen Revolution. Wenn hinten etwas anderes herauskommt, als das vermeintlich einige Volk vorne einspeist, ist das damals wie heute in Sachsen ein Verrat am Souverän und an der Demokratie.

Wichtig ist, dass diese Vorstellung vor 200 Jahren ihre Berechtigung hatte und auch heute noch hat. Sie ergab sich aus den zeitgeschichtlichen Umständen. Schließlich herrschte vor der Französischen Revolution tatsächlich eine kleine Elite an der Spitze einer streng hierarchischen Gesellschaft über die Masse des Volkes. Das Volk war das Subjekt, das es zu befreien galt und dessen Willen der neuen Politik Legitimität verlieh. Rosanvallon schrieb, die über einen einstimmigen Volkswillen „definierte Legitimität hat sich zunächst ganz natürlich als Bruch mit einer alten Welt durchgesetzt, in der Minderheiten die Gesetze diktieren.“

Interessanterweise galt für Ostdeutschland ähnliches. Die Ideologie der DDR pflegte die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens. Das Volk sollte nur aus „Werkträgern“ bestehen, deren Willen die Partei als Avantgarde umsetzte. Andere Gruppen mit anderen Inte-

1 Pierre Rosanvallon: Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit - Reflexivität - Nähe, Hamburg 2010, S. 8-44.

2 Lenz Jacobsen: Dresden will Pegida nicht zum Feind, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/pegida-dresden-widerstand>.

3 Lenz Jacobsen: Die Regierung lädt zum Dampf ablassen, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/pegida-forum-diskussion-landesregierung>.

- 4 Heinrich Oberreuter: Idee, Norm und Realität sozialistischer Vertretungskörperschaften. in: Werner Patzelt/Roland Schirmer (Hrsg.): Die Volkskammer der DDR, Wiesbaden 2002, S. 75-82.
- 5 Jean-Jacques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag, Stuttgart 1986, S. 171.
- 6 Zur Übersicht über verschiedene Konzepte demokratischer Legitimation vgl. Anna Meine: Legitimität und Legalität, in: Gisela Riescher (Hrsg.): Spannungsfelder der politischen Theorie, Bonn 2013, S. 123-136.
- 7 Jürgen Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, S. 117.

ressen galten als Gegner, die es auszuschließen und zu überwinden galt. Das Ziel war Homogenität.⁴

Auch die Überwindung der DDR 1989 scheint diese Vorstellung bestätigt und gestärkt zu haben. „Wir sind das Volk“ konnte eine emanzipatorische Wucht haben, weil sich mit diesem Spruch eine beherrschte Mehrheit gegen jene herrschende Minderheit erhob, als die sich die vermeintliche Avantgarde längst entpuppt hatte. Der Fall der Mauer war, zumindest in der nachträglichen Inszenierung, ein Akt kollektiven Willens – ganz anders, aber doch ähnlich wie 200 Jahre zuvor in Frankreich.

Der Rückblick in die Geschichte zeigt, wie die Vorstellung vom allgemeinen, einstimmigen Volkswillen die frühdemokratische Praxis prägte. Wahlen waren Sakramente der Einheit. Sowohl in den Townships der amerikanischen Ostküste als auch im nachrevolutionären Frankreich galten Meinungsverschiedenheiten als Störung des eigentlichen, einstimmigen demokratischen Gleichgewichts. In manchen Orten an der amerikanischen Ostküste führte dieses Homogenitätsbestreben zur Abschottung: Dörfer verzichteten lieber auf Wachstum, als neue Menschen in die Stadt zu lassen, die anderen Kirchen angehörten. Ein Verhalten, das sich ausgesprochen oder unausgesprochen auch in Sachsen viele wünschen. Lieber rein deutsch schrumpfen, als Muslime aufzunehmen.

Noch weit ins 19. Jahrhundert hinein erreichten Abgeordnete bei Wahlen Ergebnisse weit über 90 Prozent der Stimmen. Obwohl formal Entscheidungen im Mehrheitsverfahren und nicht einstimmig getroffen wurden, gab es nicht einmal eine arithmetische Vorstellung von „Mehrheit“ in der Politik. Der Begriff kam in den einschlägigen politischen Wörterbüchern gar nicht vor. Stattdessen wurde implizit so getan, als seien Mehrheitsentscheidungen und allgemeiner, einstimmiger Volkswillen identisch. Der Demokratietheoretiker Pierre Rosanvallon nennt diese Gleichsetzung die „Gründungsfiction“ der Demokratie.

Die Gründungsfiction war deshalb so wichtig und ist es bis heute, weil sie dabei hilft, den zentralen, inneren Widerspruch der Demokratie zu überbrücken: den zwischen individueller Freiheit und Herrschaft.

Einerseits soll jeder Mensch über sich selbst bestimmen können, er darf also nicht beherrscht werden. Denn wie, fragte Jean-Jacques Rousseau, „kann ein Mensch frei und dennoch gezwungen sein, sich dem Willen

anderer, der nicht sein Wille ist, unterzuordnen?“⁵ Andererseits aber brauchen auch Demokratien Regierungsgewalt, müssen also herrschen. Die einzig wirklich demokratische Herrschaft ist deshalb eine „Regierung durch das Volk für das Volk“, wie Abraham Lincoln formulierte.

Soweit die Theorie. In der Praxis beginnen die Probleme. Vor allem damit, dass Demokratien Politik durch Mehrheitsentscheidungen betreiben. Diejenigen setzen ihren Willen durch, die in der Mehrheit sind. Alle anderen bekommen ihren Willen nicht. Sie wären dann eigentlich, gemessen an Rousseaus Anspruch, unfrei – nicht souverän, sondern beherrscht.

Demokratien können in ihren zentralen Verfahren nur den Willen der Mehrheit abbilden, müssen aber für alle zustimmungsfähig sein. Das ist die ewige Herausforderung. Sie wird in Sachsen schlechter bewältigt als an anderen Orten oder zu anderen Zeiten.

Spezifische sächsische Bedingungen sorgen dafür, dass hier stärker als anderswo auffällt, dass viele der Legitimationsquellen moderner Demokratie kaum noch ergiebig sind, so dass sich die ursprüngliche, essentialistische Politikvorstellung wieder Bann bricht. Im Folgenden soll es deshalb darum gehen, sowohl diese sächsischen Bedingungen als auch das generelle Schwächeln der demokratischen Legitimationsquellen darzustellen.

Gemeinsamkeitsglauben

Legitimation kann durch einen „Rückbezug auf unbedingt geltendes“ (Peter Graf von Kielmansegg) entstehen. Darunter lassen sich geschichtliche, sprachliche und sonstige kulturelle Gemeinsamkeiten verstehen, die allen Bürgern das Gefühl geben, zusammenzugehören. Dieser „Gemeinsamkeitsglaube“ (Max Weber) macht es für Einzelne erträglicher, wenn Politik im Einzelfall nicht in ihrem konkreten Interesse handelt. Denn der Einzelne vertraut darauf, dass auch diejenigen mit anderen Interessen im Großen und Ganzen doch den gleichen Gemeinsamkeiten verpflichtet sind.⁶

Jürgen Habermas sprach vom „vorbürgerlichen und bürgerlichen Traditionsbestand“ als Ressource eines sinnvollen Lebens.⁷ Ihm ging es dabei nicht etwa um die Traditionen selbst, sondern um ihre gesellschaftliche Funktion. Menschen brauchen einen Rückzugsraum aus religiösen oder weltlichen Selbstverständlichkeiten. Wenn diese Traditionen erodieren und in die politische Sphäre

rutschen, also verhandelbar werden, erwarten die Bürger von der Politik einen gleichwertigen Ersatz. Aber „es gibt keine administrative Erzeugung von Sinn“, wie Habermas schreibt. Der Staat kann nicht liefern, was seine Bürger brauchen, und verliert deshalb an Legitimität.

Diese Traditionsbestände sind in Sachsen besonders wichtig. Dazu gehört der ausgeprägte Heimatstolz. Er spannt sich von August dem Starken, dem sächsischen Sonnenkönig, bis hin zu Kurt Biedenkopf, dem sächsischen Landesvater ab 1990. Die sächsische Identität diente über Jahrhunderte immer wieder als Fluchtpunkt aus einer Gegenwart, die oft von Fremdherrschaft und politischer Entmachtung bestimmt war. Das schöne, friedliche, stolze Sachsen mit seiner Feierkultur und dem barocken Prunk, das Sachsen der Bergbaumythen und des Bürgerstolzes: es ermöglichte den Bewohnern eine stabilisierende, vereinende Identität.

Teil dieser Identität ist eine kollektive Gedenkpraxis, die auf „Erinnerungslust statt Erinnerungslast“ setzt und alles Lästige in andere, nicht-sächsische Identitätsschichten verschiebt. Dazu gehören bis heute lebendige sächsische Mythen.⁸ Dazu gehört auch eine „landsmannschaftliche Verbundenheit, die der Sachse sich gönnt“, wie Hans Vorländer sagt. Und dazu gehört auch die Pflege einer Privatheit, die durch Familie und Tradition geprägt war und sich eben nicht als politisch verstand. Uwe Tellkamps Dresdner Turmbewohner haben individuelle Freiheit gerade in der Freiheit von der Politik verstanden.

Man kann manche Aspekte des aktuellen sächsischen Zustands als Reaktion auf diese von Habermas beschriebene Erosion von Traditionsbeständen deuten. In der Sorge um das klassische Familienmodell beispielsweise käme dann weniger eine Furcht vor einer baldigen Dominanz homosexueller oder sonst wie „alternativer“ Familien- und Lebensmodelle zum Ausdruck. Sondern die Verstörung darüber, dass diese Dinge überhaupt verhandelbar geworden sind. Dass sie Teil der Prozesse politischer Öffentlichkeit geworden sind. Politik ist, kurz gesagt, die „einzige Quelle von Normierungen“ und alles ist „politisch entscheidbar geworden“, wie Danny Michelsen und Franz Walter unter Berufung auf Michael Th. Greven lapidar feststellen.⁹ Grevens „fundamentalpolitisierte“ Gesellschaft lässt sich auch als Schreckensszenario verstehen. Jacob Talmon hatte vor einer „totalitären Demokratie“ gewarnt, „die den Geltungsbereich der Politik so erweitert, dass er

die Gesamtheit der menschlichen Existenz umfasst“¹⁰. Vielleicht erklärt das den Selbstverteidigungstonfall, in dem viele, nicht nur, aber besonders in Sachsen, den Bestand ihrer Selbstverständlichkeiten gegen Entgrenzungen durch Politik und Markt verteidigen.

Mitreden

Wenn aber alles verhandelbar wird, dann muss sich Legitimation aus diesen Verhandlungen selbst ergeben: Legitimation durch Verfahren. „Eine Herrschaftsordnung ist nicht legitim, sie wird es ständig“, schrieb von Kielmansegg¹¹.

Benjamin Rush, einer der Gründerväter der USA, hatte einst noch formuliert, dass „zwar alle Macht vom Volke stammt, das aber diese Macht nur am Wahltag besitzt, wonach sie das Eigentum der Regierenden wird“. Das ist heute längst unhaltbar. Zum einen, weil das Verständnis von Politik und Demokratie sich längst so ausgeweitet hat, dass damit eine individuelle und soziale Praxis gemeint ist, eine Art zu leben¹², die dann keinesfalls auf einen Tag alle vier Jahre begrenzt sein darf. Zum anderen, weil die praktischen Beschränkungen, die einst die Arbeitsteilung zwischen Volk und Repräsentanten nötig machten (vor allem die schwerer zu überbrückende räumliche Distanz), heute größtenteils weggefallen sind. Theoretisch ist es nun tatsächlich möglich, dass alle immer mitreden.

Der Prozess des Mitredens selbst muss jetzt die Legitimation schaffen. Die Diskurse in der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit verbinden die Einzelnen (die Peripherie) mit den Institutionen der politischen Herrschaft (dem Zentrum). Weil sie am Prozess der Entscheidungsfindung selbst beteiligt sind und diesen als transparent und nachvollziehbar miterleben können, erleben sich die Bürger als souverän und verleihen den demokratischen Entscheidungen auch dann Legitimation, wenn sie diesen im Einzelfall widersprechen. Habermas hat dieses Konzept unter dem Begriff *deliberative Politik* bekannt gemacht.¹³

Nun scheint in Sachsen diese deliberative Politik an ihre Grenzen zu stoßen. Das Konzept beantwortet zwar die Frage, wie eine demokratisch legitime Entscheidung zustande kommen soll, nämlich durch einen Diskurs aller mit allen und den „zwanglosen Zwang des besseren, weil einleuchtenderen Arguments“ (Habermas). Doch dieser ideale Diskurs, an dem alle gleichermaßen und mit gleichen Chancen teilnehmen sollen, wird so

8 Matthias Donath/André Thieme: Sächsische Mythen, Leipzig 2011.

9 Danny Michelsen/Franz Walter: Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Frankfurt 2013, S. 8 ff.

10 Jacob Talmon: Die Ursprünge der totalitären Demokratie, Köln 1961.

11 Peter Graf von Kielmansegg: Legitimität als analytische Kategorie, in: Politische Vierteljahrszeitschrift 12 (1994), S. 367-401.

12 Beispielhaft formuliert in Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1965.

13 Im Detail dazu Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt (Main) 1992.

- 14 Lenz Jacobsen: CDU Sachsen: Alles, was das Volk ist, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/meissen-cdu-sachsen-rassismus>.
- 15 Lenz Jacobsen: Das Zeitalter der Fakten ist vorbei, in: ZEIT ONLINE, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-06/populismus-brexit-donald-trump-afd-fakten>.
- 16 Fritz W. Scharpf: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt (Main)/New York 1999.
- 17 Wolfgang Streeck: Eine Last für Generationen, in: Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/finanzkrise-eine-last-fuer-generationen/3131676.html>.
- 18 Fritz W. Scharpf: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper 91/10, Köln 1991.

nie erreicht. Entscheidend ist, wie sehr sich Einzelne am deliberativen Prozess beteiligen oder zumindest vermittelt das Gefühl haben, beteiligt zu sein.

Es gibt Indizien, dass sich Sachsen weniger an diesen Prozessen der politischen Öffentlichkeit beteiligen. Zum Beispiel in Parteien, den klassischen Institutionen dieses Diskurses. Der sächsische Landesverband der CDU hat sich immer durch ein breites, landsmannschaftliches Politikangebot ausgezeichnet.¹⁴ Das beginnt schon beim Namen: die Partei nennt sich hier „Sächsische Union“, legt also weniger Wert auf ihre christdemokratische Programmatik und mehr auf den Anspruch, Union aller zu sein, also zu vereinen.

Das landsmannschaftliche Politikangebot der Sächsischen Union hat sich aber nie auf die Mitgliederzahlen ausgewirkt. Von 10.000 Sachsen sind 27 Parteimitglieder der CDU. Das ist die geringste Quote aller ostdeutschen CDU-Landesverbände. Alle anderen kommen auf Werte deutlich über 30. Die CDU in Thüringen, die seit der Wende als einzige zumindest annähernd ähnlich hohe Wahlergebnisse wie die sächsische CDU erzielt hat, kommt sogar auf einen Wert von 48,8 Parteimitgliedern unter 10.000 Bürgern. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Sächsische Union trotz ihrer Wahlerfolge vergleichsweise schwach darin ist, Bürger institutionell in den politischen Diskurs einzubinden. Das schwächt die demokratische Legitimität.

Außerdem verändert die politische Öffentlichkeit selbst ihre Struktur. Sie hat so zunehmend Probleme, ein funktionierendes Gespräch aller mit allen und so Legitimation demokratischer Herrschaft zu ermöglichen. Das liegt vor allem daran, dass Rationalität und Fakten als gemeinsame Grundlage aller Diskussionsteilnehmer an Bindungskraft verlieren. Gefühlte Wahrheiten gewinnen an Bedeutung, Lügen und unwahre Aussagen bleiben unsaktioniert, das Internet lässt die gemeinsame politische Öffentlichkeit in Teilöffentlichkeiten und sich selbst bestätigende Echoräume zerfallen. Ein allgemeines „Wir“, dem sich alle zugehörig fühlen könnten, gibt es nicht oder nicht mehr. Wissenschaftliche Institutionen, die über unstrittige Fakten eine gemeinsame Gesprächsgrundlage hergestellt haben, sind ebenso diskreditiert und verlieren an formatierender Macht, wie professionelle Medien, die das Gespräch ordnen und Widersprüche und Zusammenhänge aufdecken könnten.¹⁵

Gerade in Sachsen ist das Misstrauen in Journalisten und andere vermeintliche Eliten

nachweislich groß. Diese ist begründet, wenn sie sich gegen handwerkliche Schwächen oder eine eher urteilende als aufklärende Berichterstattung wendet. Das Misstrauen erfüllt aber auch eine egoistische Funktion: Unliebsame Fakten und Argumente können als ungültig aussortiert werden, wenn sie von „den Medien“ kommen. So dient das Misstrauen dazu, das eigene Weltbild widerspruchsfrei und die eigenen Forderungen ungedämpft zu halten von Einwänden und Abwägungen.

Handeln können

Es herrscht in Sachsen eine Ungeduld gegenüber dem, was anderswo gerne „Debatte“ genannt wird, hier aber schnell nur als Gerede gilt. Dass Politik nicht mehr „liefert“, sondern sich in Gerede und Irrelevantem verfängt, ist eine weit verbreitete Einstellung.

Das hat mit der Dominanz der technisch-naturwissenschaftlichen Intelligenz über die Geisteswissenschaften zu tun. Sie hat den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens gerade nach der Wende begründet. Ingenieure stehen für einen Dualismus aus wahr oder falsch, aus Nullen und Einsen, der mit dem Sowohl-als-auch und dem Pluralismus der Sichtweisen und Wahrheiten, wie ihn die Geisteswissenschaften pflegen, wenig anfangen kann. Ein Umfeld, indem die Forderung an Politik, Dinge endlich geregelt zu kriegen, selbstverständlich wird.

Man kann darin ein Defizit dessen erkennen, was Fritz Scharpf „Output-Legitimität“ nennt.¹⁶ Gemeint ist damit, dass politische Entscheidungen dann legitim sind, „wenn und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen fördern“.

Aber geht es Sachsen nicht gut? Führen sie nicht in den Pisa-Tests das Land an und in der wirtschaftlichen Entwicklung zumindest den Osten? Man muss Output-Legitimität weiter fassen, um das Problem zu verstehen. Es geht nicht um die persönlichen materiellen Umstände. Es geht darum, ob man der Politik Steuerung und Regierung generell noch zutraut.

Wolfgang Streeck¹⁷, Scharpf¹⁸ und andere diagnostizieren seit Jahren eine Krise oder gar ein „Ende der Handlungsfähigkeit des Staates“. Das Geflecht ökonomischer Interdependenzen reicht längst weit über den Bereich hinaus, den demokratisch legitimierte, nationale Repräsentanten politisch steuern können und sollen. Wirtschaftliches Handeln

endet nicht an Grenzen, demokratisch legitimierte Politik schon. Das dramatischste Beispiel dafür bleiben die multiplen Krisen, die 2008 auf dem US-Immobilienmarkt ausgelöst wurden und auf die Politik zum Teil nur noch durch Schadensbegrenzung reagieren konnte und zum anderen Teil handlungsunfähig blieb, weil sie sich nicht auf internationale Regelungen einigen konnte. So entsteht bei Bürgern der Eindruck, Spielball und Opfer von Dynamiken und Entwicklungen zu sein, deren Souverän sie eben nicht mehr selbst sind.

Anders, aber doch ähnlich verhält es sich jetzt bei der so genannten Flüchtlingskrise. Hier überwinden Menschen nationale Grenzen, ohne eingeladen worden zu sein, und stellen damit die (immer schon prekäre) Hoheit des Staates darüber infrage, wer sich auf ihrem Territorium aufhält. Man kann nun einwenden, dass es sowohl eine abstrakte (aus einem humanitären Universalismus erwachsende), als auch eine konkrete Mitverantwortung (aus wirtschaftlicher und politischer Verflechtung) europäischer Staaten gibt für das Schicksal von Flüchtlingen, seien sie bedroht oder nur auf der Suche nach besseren Lebenschancen. Mit Bezug auf unsere Frage nach der Legitimität demokratischer Herrschaft in Sachsen ist etwas anderes entscheidend: der Eindruck des Kontrollverlustes durch die deutsche Politik, als Tausende unregistriert über die Grenze kamen. Dadurch verlor in den Augen vieler die eigene Regierung eher an Legitimation, als sie durch die humanitäre Geste der Aufnahme gewann. Es ist die zentrale Erfahrung jener, die der Meinung sind, dass die deutsche Regierung sich nicht mehr genug um das „eigene Volk“ kümmere, also um die Interessen der deutschen Bevölkerung.

So erfährt Sachsen gleich eine dreifache Krise demokratischer Legitimation. Erstens werden die vorpolitischen Quellen kollektiver Identität geschwächt und können nicht gleichwertig ersetzt werden. Zweitens ist der öffentliche, politische Diskurs hier nur eine schwache Legitimationsquelle, was teilweise an sächsischer Diskursaversion liegt und teilweise daran, dass sich die Struktur der Öffentlichkeit zu Ungunsten einer funktionierenden demokratischen Deliberation ändert. Drittens erfahren die Bürger den zunehmenden Kontrollverlust vermittelt als Krise auch der eigenen politischen Souveränität.

So wird „Wir sind das Volk“ zur Rückfalloption eines politischen Subjekts, dem andere Möglichkeiten der Souveränitätserfahrung abhandengekommen oder fremd geblieben sind. Die essentialistische Politikvorstellung wird wieder wirkmächtig in Sachsen, und damit auch Rosanvalls „Gründungsfiktion“ der Demokratie, dass deren Mehrheitsentscheidungen und ein einstimmiger allgemeiner Volkswille das gleiche sein können und also auch müssen.

Damit soll Sachsen weder als rückständig stigmatisiert werden, noch geht es darum, die sächsische Selbststilisierung zur demokratischen Avantgarde zu übernehmen. Es kann nicht um „hinten“ oder „vorne“ gehen, weil Geschichte nicht linear verläuft und auch nicht prognostizierbar ist. Erst im Nachhinein wird aus der Summe der Geschehnisse eine geschichtliche Erzählung, die Unebenheiten begründet und die „optische Täuschung eines umweglosen Fortschritts“¹⁹ erzeugt. Es ist noch unmöglich zu wissen, ob der „sächsische Zustand“ einst als demokratischer Ermächtigungsmoment, als regressive Episode oder als Moment einer Schubumkehr gelten wird.

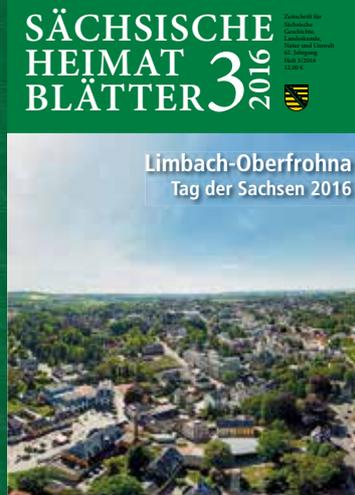
19 Patrick Bahners: Eine Geschichte vom Brexit, in: Merkur 808, Stuttgart 2016.

Dieser Beitrag ist während eines Gastaufenthaltes als „Journalist in Residence“ am Wissenschaftszentrum Berlin entstanden.

Ein Stück sächsischer Geschichte



Bestellen oder verschenken Sie die „Sächsischen Heimatblätter“!



Die „Sächsischen Heimatblätter“ berichten in einem breiten Überblick über Kunst und Kultur, Natur und Denkmalpflege, Geschichte und Volkskunde. Dabei berücksichtigen sie alle Landschaften der sächsischen Heimat. Jeder Jahrgang umfasst bis zu **500 Seiten** mit durchgängig farbigen, reich illustrierten und verständlich geschriebenen Beiträgen. Im Abonnement erhalten Sie vier Ausgaben im Jahr.

Bestellungen richten Sie bitte an:
Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjähna oder an: shb@zkg-dd.de



Nachwort

Mit dieser Ausgabe der „Sächsischen Heimatblätter“ beschreiten wir Neuland, denn sie erscheint erstmals in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Gemeinsam sind die „Sächsischen Heimatblätter“ und die Landeszentrale an Historiker, Soziologen, Politikwissenschaftler und Journalisten herangetreten, um sie vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen zu Heimat, sächsischer Identität und Demokratievorstellungen zu befragen. Schon seit einiger Zeit wird Sachsen mit dem Vorwurf anders zu sein, belegt, was durchaus nicht anerkennend gemeint ist, sondern stets eine negative Beurteilung enthält. Dadurch ist das Heft vielleicht „politischer“ geworden als andere Ausgaben der „Sächsischen Heimatblätter“. Das ändert aber nichts daran, dass sie weiterhin eine „unabhängige Zeitschrift“ sind, denn „Unabhängigkeit“ heißt nicht, sich jeglicher politischer Debatte enthalten zu müssen. Ganz im Gegenteil erweist sich die Bedeutung heimat- und landesgeschichtlicher Forschung gerade dann, wenn sie Anregungen und Anstöße zu gegenwärtigem Handeln zu geben vermag. Wer sich mit Heimat- und Landesgeschichte befasst, kann sich nicht zurückziehen, wenn drängende politische und soziale Fragen zu verhandeln sind. Heimatforscher dürfen, ja müssen ihre Sichtweise

zur Diskussion stellen und ihre Analyse in den Diskurs einbringen.

Die Beiträge dieses Heftes zeigen, dass die Beobachtungen, Interpretationen und Schlussfolgerungen durchaus unterschiedlich sind und die Autoren auch nicht unbedingt einhelliger Meinung sind. Schon gar nicht teilen die Herausgeber jede Aussage und jede Meinung der vorliegenden Beiträge. Auch wollen wir keine festgefügte Meinung vorgeben oder vermitteln, sondern zum Diskutieren einladen. Wir stellen lediglich das Forum, die Bühne für die Debatte zur Verfügung.

Und noch eine Neuerung gibt es ab dem Jahrgang 2017: die „Sächsischen Heimatblätter“ dienen zugleich auch als Mitteilungsblatt des Vereins für sächsische Landesgeschichte. So werden künftig Vereinsmitteilungen und Einladungen zu Veranstaltungen des Vereins für sächsische Landesgeschichte enthalten sein, und die Vereinsmitglieder beziehen die Hefte nunmehr im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. Dadurch werden Kräfte und Kompetenzen gebündelt und nicht zuletzt Kosten gespart. Vielleicht bietet sich diese Form der Zusammenarbeit in Zukunft auch als Modell für andere Vereine an.

Dr. Lars-Arne Dannenberg und
Dr. Matthias Donath
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“

IMPRESSUM Sächsische Heimatblätter

ISSN 0486-8234

Unabhängige Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Landeskunde, Natur und Umwelt:

Mitteilungsblatt des Vereins für sächsische Landesgeschichte e.V. und des Zentrums für Kultur und Geschichte e.V.

Herausgeber: Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath in Zusammenarbeit mit einem Redaktionsbeirat

Anschrift: Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna
shb@zkg-dd.de

Redaktion: Dr. Lars-Arne Dannenberg, Dr. Matthias Donath, Dr. Romy Petrick

Redaktionsbeirat: Dr. Jens Beutmann, Prof. Dr. Enno Bünz, Prof. Dr. Thomas Bürger, Günter Donath, Dr. Heinrich Douffet, Prof. Dr. Angelica Dülberg, Anneliese Eschke, Dr.-Ing. Gerhard Glaser, Klaus Gumnior, Dr. Konstantin Hermann, Dr. Wolfgang Hocqué, Prof. Dr. Uwe Ulrich Jäschke, Dr. Igor Jenzen, Prof. Dr. Winfried Müller, Dr. Wolfgang Schwabenicky, Dr. André Thieme, Dr. Ralf Thomas, Dr. Michael Wetzel, Dr. Peter Wiegand

Herstellung: Redaktions- und Verlagsgesellschaft Elbland mbH Meißen

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift ist im Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Preis von 30,00 € inklusive MwSt., Versand und Porto zu beziehen. Die Aufnahme eines Abonnements ist jederzeit möglich bei anteiligem Abopreis. Kündigungen müssen schriftlich bis zum 15. November eines Jahres für das Folgejahr an das Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna, eingegangen sein. Im freien Verkauf kostet das Einzelheft zwischen 8,50 € und 12,00 €.

Für den Inhalt der Beiträge sowie die Abbildungsrechte zeichnen jeweils die Autoren verantwortlich. Jede Verwertung der Inhalte außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig. Nachdruck, auch auszugsweise, darf nur mit Zustimmung der Herausgeber erfolgen.

Titelfoto: PEGIDA-Demonstration am 25. Januar 2015, © Panoramio (Kalispera Dell)

Sachsens Geschichte

Die ausführlichen Familiengeschichten erklären die Eigenheiten und Besonderheiten der Familien von Schönberg, von Watzdorf und von Breitenbuch. Die Autoren stellen Lebensalltag und Leistungen der Familienmitglieder vor und erzählen, in welchem sozialen und gesellschaftlichen Umfeld Rittergutsbesitzer, Beamte und Offiziere zuhause waren. Damit entfaltet sich eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des sächsischen Adels.



Matthias Donath:
Rotgrüne Löwen.
Die Familie von Schönberg
in Sachsen
17,5 x 24,5 cm, Hardcover
Preis: 29,90 Euro



Matthias Donath:
Schwarz und Gold.
Die Familie von Watzdorf
in Thüringen, Sachsen und Schlesien
17,5 x 24,5 cm, Hardcover
Preis: 29,90 Euro



Clemantine von Breitenbuch,
Asta von Breitenbuch, Matthias
Donath, Lars-Arne Dannenberg:
Rote Sparren auf blauem Grund.
Die Familie von Breitenbuch
(Breitenbauch) in Sachsen
und Thüringen
17,5 x 24,5 cm, Hardcover
Preis: 29,90 Euro

Sonderangebot

für Leser der „Sächsischen Heimatblätter“

Bücher „Rotgrüne Löwen“ und „Schwarz und Gold“ je 25 Euro,
beide Bücher im Paket 45 Euro | Gültig bis 31. März 2017

Schlösser in der westlichen und mittleren Oberlausitz

Das Buch stellt 130 Schlösser und Herrenhäuser in der westlichen und mittleren Oberlausitz vor. Es lädt damit zu einer Entdeckungsreise im Landstrich um Bischofswerda, Kamenz, Bautzen und Hoyerswerda ein. Reste alter Wasserburgen, barocke Schlösser und schlichte ländliche Anwesen entführen in vergangene Jahrhunderte und erzählen vom Landleben des Adels in der Oberlausitz. Zweite, grundlegend neu bearbeitete und bebilderte Auflage.

21 x 21 cm, Preis: 16,80 Euro



Bestellmöglichkeiten:

Telefon: 03521 4104520 (Montag bis Freitag, 10.00 bis 17.00 Uhr) · Fax: 03521 4104522

E-Mail: tp.meissen@ddv-mediengruppe.de

Redaktions- & Verlagsgesellschaft Elbland mbH · Niederauer Straße 43 · 01662 Meißen